

Josef Frey - Materialien - KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juli bis Oktober 1923

39 Dokumente, 87 Seiten, Faksimile

Die hier zusammengestellten Dokumente umfassen den Zeitraum von der 3. Sitzung des EKKI, des erweiterten Exekutivkomitees der 3. Internationale (12.-23. Juni 1923) bis zu den Wiener Gemeinderatswahlen bzw. den Nationalratswahlen am 21. Oktober 1923.

Im Mittelpunkt der Dokumentation stehen Texte, die von Josef Frey bzw. in seinem Umfeld verfasst wurden und die sich kritisch mit der Parteiführung, in der Franz Koritschoner und Karl Tomann dominierten, auseinandersetzten.

Manfred Scharinger, 18.6.2026

KPÖ - innerparteiliche Dokumente - Juli bis Oktober 1923

Nr.	Autor/innen	Dokument	Zeit	Seiten
1	Lokalausschuss Graz	Brief an den Parteivorstand der KPÖ und an die KPÖ-Landesleitung Steiermark	10.7.1923	1
2	KPÖ-Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Brief an den KPÖ-Parteivorstand. Abschrift	25.7.1923	1
3	KPÖ-Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Brief an das I.P.K. ¹ der Bergarbeiter. Abschrift	25.7.1923	2
4	KPÖ-Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Brief an Aloius Donauer. Abschrift	25.7.1923	1
5	Karl Polzer	Brief an Josef Frey	30.7.1923	1
6	---	Rote Fahne, Nr.1284, 31.7.1923, S.4, Versammlungsanzeiger Steiermark	31.7.1923	1
7	KPÖ-Lokalorganisation Grünbach am Schneeberg	Die Lage der österreichischen Bergarbeiter. Abschrift	[Juli 1923]	4
8	Mitglieder des Lokalausschusses Graz und der Mitglieder der Landesleitungsminderheit	Brief an das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, zu Händen des Sekretärs Gen. Pjatnitzky, zu Händen des Vertreters Miljutin in Wien	6.8.1923	4
9	Vertrauensmänner-Konferenz Meidling	Resolution [handschriftliches und maschinschriftliches Exemplar]	10.8.1923	5
10	Karl Daniel	Brief an Josef Frey	16.8.1923	1
11	xxx	Brief an Josef Frey	18.8.1923	1

¹ I.P.K.: Internationales Propaganda- und Aktionskomitee der Revolutionären Bergarbeiter (Moskau)

12	xxx	Brief an xxx	[ca. Mitte August 1923]	1
13	Karl Daniel	Brief an Josef Frey	20.8.1923	1
14	Karl Daniel	Brief an Josef Frey	21.8.1923	1
15	Karl Daniel	Brief an Josef Frey	23.8.1923	1
16	Josef Frey	Erklärung im politischen Büro der KPÖ	23.8.1923	1
17	Sekretariat des I.P.K. der Revolutionären Bergarbeiter	Brief an den Gewerkschaftsrat der revolutionären Blocks innerhalb der Gewerkschaftsverbände Österreichs. Abschrift	28.8.1923	1
18	Sekretariat des I.P.K. der Revolutionären Bergarbeiter	Brief an den revolutionären Block der Bergarbeiter in Grünbach. Abschrift	28.8.1923	1
19	xxx	Brief an Karl Daniel	[o.D., August / Anfang September 1923]	1
20	Karl Daniel	Brief an Josef Frey	4.9.1923	1
21	Josef Grün, KPÖ-Reichssekretär	Rundschreiben an sämtliche Landesleitungen und Lokalorganisationen	4.9.1923	2
22	Josef Frey	Erklärung in der Sitzung der KPÖ-Reichsvertretung	9.9.1923	1
23	Josef Frey	[Bericht Josef Frey und Brief an unbekanntem Adressaten über die Wiener Vertrauensmännerkonferenz]	[9.9.1923]	3
24	Lokalausschuss Graz	Resolution an den KPÖ-Parteivorstand	13.9.1923	1
25	Josef Frey (?)	Aufruf: "An alle Ausgebeuteten in Stadt und Land"! [anlässlich der Nationalratswahlen 21.10.1923, Entwurf]	[September 1923]	7
26	Franz Koritschoner, Karl Tomann, Ketzlik (Präsidium des PV der KPÖ)	Brief an Josef Frey	29.9.1923	1
27	Bildungssektion der KPÖ Deutsch-Wagram	Brief an Josef Frey	30.9.1923	1
28	---	Veranstaltungsankündigung Graz	1.10.1923	1
29	Karl Polzer	Brief an Josef Frey [Faksimile und Abschrift]	4.10.1923	1
30	Karl Daniel (KPÖ-Lokalorg. Graz)	Resolution an den KPÖ-Parteivorstand	11.10.1923	1
31	Friedrich Hexmann	Bericht an den Parteivorstand der Kommunistischen Partei über die Situation in der Partei und Jugend OÖ	16.10.1923	8
32	Josef Frey [bzw. Frey-Fraktion]	Resolution [Lage in Deutschland]	[ca. Oktober 1923]	2

33	Josef Frey [bzw. Frey-Fraktion]	Die KPÖ und die deutschen Ereignisse	[ca. November 1923]	4
34	unbekannt	Anmerkungen zum Artikel des Gen. Frey	[o.D.]	2
35	[Josef Frey]	Politisches [Bericht über die Situation in der Partei]	[ca. Oktober 1923]	7
36	[Josef Frey]	Organisatorisches [Bericht über die Situa- tion in der Partei]	[ca. Oktober 1923]	6
37	[Josef Frey]	Gewerkschaftliches [Exzerpte und Kom- mentare zur Berichterstattung des <i>Roten Gewerkschaftler</i> und der <i>Roten Fahne</i>]	[o.D.]	2
38	[Josef Frey]	[Exzerpte und Kommentare über die Be- richterstattung der <i>Roten Fahne</i> im Sommer 1923	[o.D.]	2
39	[Josef Frey]	Werte Genossen! [Bericht betr. Obmän- nerkonferenz der Metallarbeiter, Lohnbe- wegung der Textilarbeiter, Arbeiterregie- rung etc.]	[o.D.]	4
				66



Partei Vorstand der K.P.Ö.

Sektion der III. Internationale,

W i e n .

An die

Landesleitung Steiermark
der K.P.Ö.

Bruck a.d.M.

Die Lokalorganisation Graz stellt an den Parteivorstand und an die Landesleitung Steiermark folgende wichtige unaufschiebbare Forderung:

In Anbetracht dass die K.P.Ö. knapp vor den Wahlen steht, hat sich der Lokalausschuss in seinen letzten Sitzungen mit der Vorbereitung zu den Wahlen beschäftigt und ist ausser anderem zu folgender Entscheidung gekommen.

Die Lokalorganisation braucht in der Wahlperiode mindestens einen Parteiangestellten. Bei den letzten Wahlen (1920) waren in Steiermark drei Angestellte zur Leitung und Bewältigung der Wahlarbeiten

besetzt und im Besonderen wurde Gen. Koplentz angestellt.
Der Lokalausschuss nimmt als sicher an, dass der Parteivorstand die finanziellen Mittel zur Anstellung des Gen. Koplentz in seiner Eigenschaft als Landessekretär sicherstellt. Damit wäre bereits eine Kraft für die Steiermark sichergestellt. Nun muss unbedingt auch in Graz ein Genosse für die Dauer der Wahlperiode angestellt werden. Insbesondere schon deshalb, da das Lokalwahlkomitee laut Beschluss der Landesleitung nicht nur den Wahlkreis Graz, sondern Mittel-Unter- und Weststeiermark zu bearbeiten und mit Referenten versorgen muss.

Die Lokalorganisation schlägt dem Parteivorstand vor, den Genossen Karl Daniel zu obgenanntem Zweck anzustellen und begründet dies wie folgt:

Gen. Daniel ist nicht nur in der Lokalorganisation Graz als der fähigste Genosse bekannt, sondern auch im Lande Steiermark. Genosse Daniel verfügt nicht nur über politische und organisatorische Qualitäten, sondern ist als vorzüglicher Referent für die Wählerversammlungen unentbehrlich. Ausserdem ist Genosse Daniel der Vorsitzende der Landesleitung und der Obmann des Landeswahlkomitees und verfügt aus den letzten Wahlen über Erfahrungen in der Wahlarbeit.

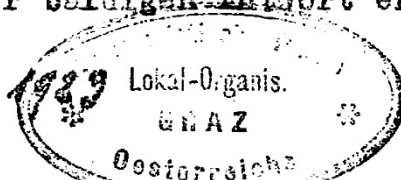
Wir fordern insbesondere deshalb dass Genosse Daniel für obgenannten Posten in Aussicht genommen werden muss, da Genosse Daniel durch seine Tätigkeit als Kommunist hier absolut keine Stellung bekommen kann und durch die lange Dauer der Arbeitslosigkeit und durch seine unhaltbare materielle Lage gezwungen ist, bis spätestens Ende Juli Steiermark zu verlassen.

Die ganze Partei würde dadurch speziell jetzt vor dem grossen Wahlkampf einen grossen Schaden erleiden, umso mehr als unsere Gegner insbesondere in Graz nichts schmerzlicher wünschen, als dass Gen. Daniel, den sie als zetherische Kraft besonders fürchten, von hier fort muss. Die Lokalorganisation würde dadurch besonders jetzt vor den Wahlen einen nicht gutzumachenden Schaden erleiden, der den ganzen Wahlkampf schwer beeinträchtigen würde. Wir lassen uns in unserer Forderung ausschliesslich vom Standpunkt der Parteiinteressen leiten und hoffen, dass der Parteivorstand unseren Forderungen entsprechend handeln wird.

Einer baldigen Antwort entgegengehend *mit Dankgrüssen*

Der Lokalorganis. Graz

Graz, den 10./7. 1929



An den

K. Buchholz

Partei Vorstand der K. P. Oe.

in W i e n ~~am~~ VIII.,
.....

P r o t e s t

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß Gen. Karl Daniel Obmann der Landesleitung Steiermark der K.P.Oe. bei der letzten Sitzung der Reichsvertretung wegen Fraktionsbildung—er sollte angeblich in G r ü n b a c h ohne Wissen des Parteivorstandes fraktionelle Besprechungen abgehalten haben—seiner sämtlichen Funktionen innerhalb der Partei entheben wurde. Wir protestieren energisch gegen eine derartige Vergevaltigung der Minorität durch die Richtung der Parteivorstandsmehrheit und erinnern dabei an die Verpflichtung der zwei Vertreter zwei Parteirichtungen auf der Tagung der erweiterten Exekutive der K.l. in Moskau, denselben Standpunkt teilend, daß nur ein einträchtiges Zusammenarbeiten beider Richtungen ein Gedeihen und Anwachsen der K.P.Oe. im Interesse des revolutionären Proletariats möglich machen kann.

Wir stellen nachdrücklichst fest, daß Gen. Karl Daniel von uns dringendst gebeten wurde, einer Besprechung zwecks Herstellung einer Verbindung der niederösterreichischen mit den steirischen Bergarbeitern, in G r ü n b a c h beizuwohnen. Wir wurden durch ein Schreiben des I.P.K. der Bergarbeiter, datiert M o s k a u 15. Juni 1923—aufgefordert, die Schaffung einer Landeszentrale der revolutionären Bergarbeiter in die Wege zu leiten.

Einzig und allein aus diesem Anlaß baten wir Gen. Daniel in seiner Eigenschaft als Obmann der steirischen Landesleitung unserer Besprechung beizuwohnen, um bei dieser Gelegenheit auch gleich Ort und Zeitpunkt einer zu diesem Zwecke einzuberufenden Konferenz der revolutionären Bergarbeiter Österreichs festlegen zu können.

Wir ersuchen daher, uns das Material das zur Suspension des Gen. Daniel Anlaß geben konnte, zur Einsichtnahme übermitteln zu wollen und bitten bei einem eventuellen parteigerichtlichen Einvernehmen zu werden.

G r ü n b a c h, am Schneeberg am 25. Juli 1923.



f.d. Lokalorganisation Grünbach

der K. P. Oe.

Altschopf

Grünbach, am 25. Juli 1923.

An das

I.P.K. der Bergarbeiter
zu Händen des Gen. Max Ziese

B e r l i n

Werte Genossen!

Antwortlich Eures Schreibens von Moskau 15. Juni 1923 und Berlin 11. Juli 1923, betreffend die Bildung von einer Landeszentrale der revolut. Blocks, teilen wir folgendes mit:

Wie wir seinerzeit schon berichteten, trugen wir uns schon lange mit dem Gedanken einer durchgreifenden, zusammenfassenden Organisation der oppositionellen Blocks der Bergarbeiter, die bisher in jedem einzelnen Betriebe für sich allein existierten und in keiner Weise im Landes- oder Reichsmaßstabe organisatorisch erfasst sind und obendrein miteinander nicht in Fühlung stehen. Wir fanden in unserer damaligen Bestrebungen, trotz der großen Wichtigkeit, von Seite der Gewerksch. Rates der K.P.O. keine wesentliche Unterstützung, -vielleicht deswegen, weil es in der Leitung des G.R. an Bergbaufachverständigen Kräften mangelte, oder aber -man dort die Wichtigkeit der Blockbildung bei den Bergarbeitern unterschätzte.

Man verlegte sich mit der Schaffung der revolut. Block hauptsächlich nur auf die Metallarbeiter im Gebiete der Stadt Wien und schenkte der Provinz zu wenig Aufmerksamkeit. Das diess verfehlt war, lehrte der Bergarbeiterstreik in Steiermark und zuletzt auch in Grünbach, von dessen Ausgang das I.P.K. durch den G.R. der K.P.Oe. nach unserer Annahme hinlänglich unterrichtet sein dürfte. Der Bildung von revolut. Blocks und organisatorischen Zusammenfassung innerhalb des Bergarbeiter-Verbandes dürften nach unserer Ansicht keine besonderen Schwierigkeiten im Wege stehen, wenn sie energisch die Wege geleitet würde.

Die Organisationsverhältnisse im Verband der Bergarbeiter Österreichs sind sehr mäßliche. Von ca. 30.000 Bergarbeitern die der Verband umfaßt, dürften ca. 50 % organisiert, 50 % indifferent und über der Organisation ferne stehen. Im Erzbergbau Eisenerz in Steiermark besteht eine „Gewerkschaft christlicher Bergarbeiter“, die aber infolge ihres geringen Mitgliederstandes (ca. 1500) vorderhand keine Gefahr bedient, könnte es aber unter Umständen später werden, da die Unternehmer gewöhnlich solche Vereinigungen auf alle erdenkliche Art unterstützen. Von den 50 % Organisierten, dürften 35 % den Blocks angehören. Bei entsprechender Organisationstätigkeit bestünde die Möglichkeit diesen Prozentsatz aus den Reihen der Organisierten erheblich zu vergrößern und vor allem die Unorganisierten den Klauen des Indifferentismus zu entreißen.

Wie weit wir in Grünbach selbst in der Lage sind eine Landesorganisation zu schaffen, ist jetzt nach unserem kläglichen Streikausgange schwer zu beurteilen. Wir sind erstens lauter einfache, im Betriebe stehende Arbeiter und können selbstverständlich nur unsere dienstfreie Zeit solchen Aufgaben widmen. Durch den Arbeiter-Abbau ging uns natürlich auch eine Reihe vortrefflicher Genossen verloren, da ja in 1. Linie die Kommunisten durch den Abbau betroffen wurden. Gegenwärtig arbeiten wir an der Umgruppierung der Partei- und Blockorganisation und können vorderhand - da wir nebenbei auch mit den Behörden in fortwährende Konflikte verwickelt und einige Genossen bereits eingekerkert sind - keine weiteren, größeren Arbeiter auf uns nehmen, wären aber gerne bereit den G.R. der K.P.Oe. bei einer eventuellen Inangriffnahme des Bergarbeiterproblems - nach Möglichkeit tatkräftigst zu unterstützen. Aber leider werden wir, da wir der politischen Linie F r e y angehören in gewisser Hinsicht von der jetzigen Parteivorstandsmehrheit vernachlässigt und nicht immer die notwendige Unterstützung gewährt. Wir hatten auf Grund des Auftrages des I.P.K. in Schreiben an uns vom 15. Juni den Obmann der steirischen Landesleitung der K.P.Oe. Gen. Karl Daniel der ebenfalls der Linie

F r e y angehört zu einer Besprechung zu uns gebeten, um über die Schaffung einer Landeszentrale und bessere Fühlungnahme mit den steir. Bergarbeitern zu beraten. Flugs wurde daraus eine fraktielle Besprechung der Richtung Frey konstruiert und Daniel von seinen Funktionen suspendiert. Beiliegend eine Abschrift des Protestes den wir bezüglich dieses Vorfalles beim Parteivorstande einbrachten.

Ein anderer Fall. Anlässlich des Steinkabbruches der Grünbacher Bergarbeiter versuchten die sozialdemokr. Partei- und Gewerkschaftsführer ihre dabei begangenen Verbrechen und die Folgen verunglückten Streikes den Kommunisten aufzubürden und allerorten eine wilde Kommunistenhetze zu entfachen. Gen. Holzhofer ersuchte in einer Parteivorstandssitzung der er anlässlich der Grünbacher Vorfälle zugezogen wurde, der Parteivorstand solle den abgehaute Funktionären der K.P.Oe in Grünbach Gelegenheit geben, den sozialdemokr. Verleumdungen entgegenzutreten, indem die Kommunisten Agitationsreisen in die verschiedenen Betriebe zu unternehmen und die Arbeiterschaft über den wahren Sachverhalt aufzuklären hätten. Der Parteivorstand versprach, aber in die Wege geleitet wurde nichts, was sein daß an dem Kostenaufwande der ganze Plan scheiterte. Es ist daher kein Wunder wenn es nirgends vorwärts geht, denn man versteht nicht das öfteren sich ergebende, günstige Situationen für die Partei und Blockbewegung vorteilhaft auszunutzen.

Zu der Frage ob das an uns gesandte Propagandamaterial den Anforderungen entspricht, werden wir uns demnächst ausführlich äußern

Jedenfalls bitten wir, uns mit Propagandamaterial auch fernerhin zu beliefern u.zw. mit „Rotes Gewerkschafts-Bulletin“ „Rote Bergarbeiter“ und „Internationale Pressekorrespondenz“, denn seitens der Arbeiterschaft besonderes Interesse entgegengebracht wird.

Alle anderen - in den Zuschriften enthaltenen Richtlinien werden wir als Grundlage für unsere weitere Arbeit in der Blockbewegung verwenden.

Mit kommunistischen Gruß

P.O. Lokalkommission
G r u n b a c h K.P.Oe.

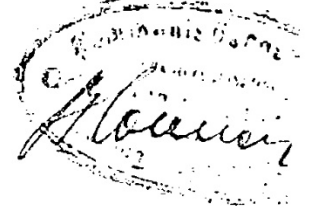


An Genl. *Mosé Lorcini*
Parte Genovese

Mosé Lorcini
12.....

Den Bericht, Lage der Österr. Bergarbeiter sandten wir auf
Verlangen des I.P.K. nach Berlin. Wir stehen in regelmäßiger Verbin-
dung mit I.E.K. bei dieser Gelegenheit habe ich mir erlaubt das I.P.K.
auch auf andere Zustände in der Partei aufmerksam zu machen, wie ihr
aus den beiliegenden Abschriften ersicht. Den beiliegenden Protest habe
ich ebenfalls in einer Abschrift dem I.P.K. übermittelt.
Alles andere bei nächster Gelegenheit mündlich.

Mit kommunistischen Gruß!



Kommunistische Partei Österreichs
Zentrale: Wien, VIII., Alserstraße 69
Fernsprecher 11.186

Wien, am 30. Juli 1923.

No. 110. 110.

antwortung dieses Schreiben

mit obige Bezeichnung

Josef Frey,

Wien XII.

für verschiedene

sind, müssen

als eigene

Ver-

men Konverts.

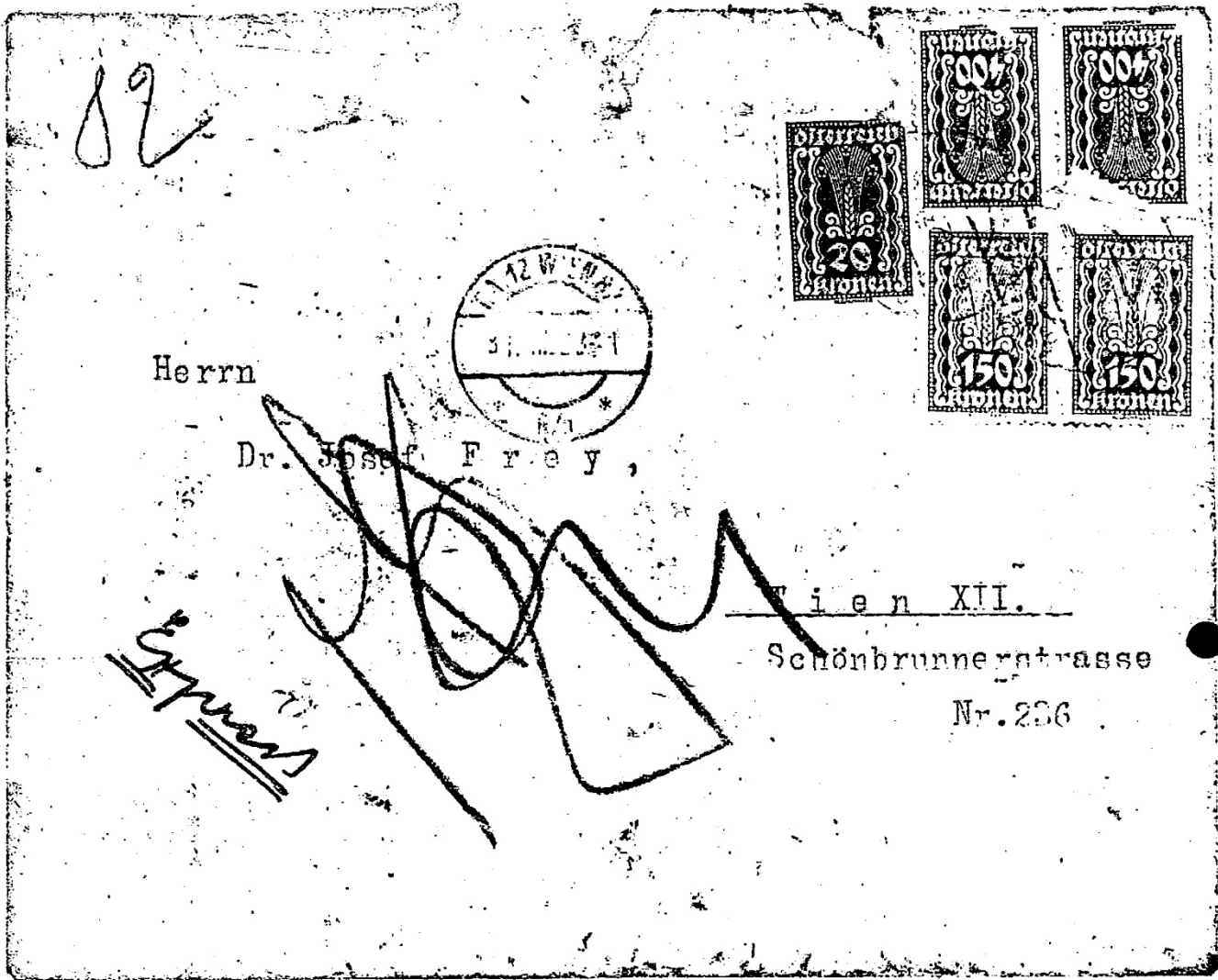
Genosse!

Von der Landesleitung Steiermark würdest Du für drei Versammlungen angefordert, die am 4., 5. u. 6. August abgehalten werden und deren letzte in Graz stattfindet. Sie sind in der Nummer der "R.F." vom 31. 7. Versammlungsanzeiger bereits veröffentlicht. Wir ersuchen Dich uns bekanntzugeben ob wir darauf rechnen können, dass Du bestimmt diese Versammlungen abhältst.

Mit Parteigruss:

V.B. de Kln Name bereits veröffentlicht ist, wurde selb. hier nicht belapshontet für verständigen R.

Der Reichssekretär für Organisation
Kommunistische Partei Österreichs
[Signature]



Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Österreichs (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Einzelpreis für Österreich, auch im Auslande **Rs. 500**
Erscheinet außer Montag täglich 6 Uhr früh

Redaktion: 7. Bezirk, Perchenfelderstraße 1. — Telefon 31-200
Expedition: 7. Bezirk, Perchenfelderstraße 1. — Telefon 31-200
Administration: 6. Bezirk, Alleestraße 28. — Telefon 14-1-20

Monatlich Rs. 12.500 Mit Gewerbesteuerzuschlag max. Rs. 14.000
für Abonnenten

Versammlungsanzeiger

Steiermark.

Graz. Wichtige Mitgliederversammlung. Heute Dienstag, halb 8 Uhr abends, im Parteilokal, Elisabethengasse 36. —
Öffentliche Versammlung. Montag 6. August, 7 Uhr abends.
Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Fren.

Knittelfeld.

Judenburg.

Fohusdorf.

Röflach. Öffentliche Versammlung. Samstag 4. August, 7 Uhr abends. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Fren.

Voitsberg. Öffentliche Versammlung. Sonntag 5. August, 7 Uhr abends. Tagesordnung: Die wirtschaftliche und politische Lage und die kommenden Wahlen. Referent Genosse Fren.

Albrecht

Österreich

Wirtschaft

Die Lage der österreichischen Bergarbeiter

Wenn in allgemeinen die Lage der gesamten Arbeiterklasse Österreichs sich wirtschaftlich und politisch zusehends verschlechtert, so tritt dies am kräftesten bei den Österr. Bergarbeitern zu Tage. War der Österr. Bergarbeiter nach den Umsturztagen, in den Jahren 1919, 1920 und 1921-infolge der schlechten Einfuhrmöglichkeiten von Kohle aus dem Auslande, insbesondere aus den Nachbarstaaten und der dadurch entstandenen Hochkonjunktur der Österr. Bergbau- allen anderen Arbeitern der verschiedenen Berufszweige in lohnpolitischer und zum Teil auch in sozialgesetzgeberischer Hinsicht erheblich vorausgeeilt, so ist in der letzten Zeit ein bedeutender Rückgang und Einbuße der Ertragschancen aus den Zeiten der Hochkonjunktur zu verzeichnen. Während in den Tagen der ~~Wirtschaftskrise~~ Kohlenknappheit die Österr. Grubenbesitzer und die Regierung- beide in ihrem eigenen Interesse- eifrig bemüht waren den Österr. Bergbau zu heben und möglichst viele Arbeiter einzustellen, ist jetzt das Gegenteil zu verzeichnen. Trotzdem der größte Teil des Österr. Kohlenbedarfes aus dem Auslande eingeführt werden muß, dabei die Handelsbilanz mit Milliarden unnötig und sehr belastet weil ein erheblicher Teil des Bedarfes aus der Inlandsproduktion gewonnen werden könnte, wird nichts versucht den Bergbau den Kohlevorkommen entsprechend anzugestalten. Ja- es ist heute in Österreich soweit, daß man kleinere Betriebe und Schürfe die man seinerzeit wegen großer Kohlennot eröffnete, wieder auflöst mit der billigen, durch nichts gerechtfertigten Begründung, man sei der ausländischen Konkurrenz nicht mehr gewachsen. Es ist erwiesen, daß die Qualität der Österr. Kohlevorkommen den ausländischen nicht nachsteht, nur bedarf es dabei technischer Ausgestaltung und Vervollkommenung der inländischen Bergbau Betriebe. Die Unternehmer haben es wohl verstanden in den Zeiten Hochkonjunktur Riesenprofite aus ihren Betrieben heraus zu holen, haben aber nichts-trotz des staatlichen Zuschusses von Investitionsgeldern- für die technische Ausgestaltung ihrer Betriebe verwendet. Unter dem Deckmantel mit dem Auslandsmarkte nicht mehr konkurrieren zu können, werden heute Bergbaubetriebe gänzlich aufgelassen, in vielen Betrieben bloß einige Tage gearbeitet in der Woche gearbeitet und zu allen fast in allen Betrieben Arbeiterentlassungen vorgenommen. Von 30.000 Bergarbeitern sind nahezu 5.000 gänzlich arbeits- und erwerbslos, ebensoviel durch kurzarbeit in ihrem Einkommen und Existenzmöglichkeit auf das schwerste bedrückt.

Die Löhne der Bergarbeiter sind - in Gegensatz zu frühere - fast durchwegs hinter denen der meisten anderen Industrie-Zweige zurückgeblieben und konnten sich nur dort einigermaßen behaupten, wo eine gute, festgefügte Organisation vorhanden war. Auf diese Positionen richtet sich auch vornehmlich der konzentrierte Angriff der gesamten Ausbeutermeute. Die Löhne - die durchaus nicht einheitlich für den ganzen Österr. Bergbau aufgestellt sind, - betragen für den höchstqualifizierten Bergarbeiter (Hauer) in den einzelnen Vertragsgebieten:

In Steinkohlenbergbau:

(wöchentlich)

derzeit:

vor dem Kriege:
nach der jetzigen Valuta

% des Friedensverdienst

Kr. 377.290

Kr. 435.000

87 %

In Braunkohlenbergbau:

Kr. 270.000

Kr. 390.000

70 %

Kr. 243.000

Kr. 335.000

70 %

Kr. 225.000

343.000

70 %

Aus diesen Zahlen ist ersichtlich, daß der Reallohn des

2.) Fortsetzung

Bergarbeiters eine ganz bedeutende Klüftung erfahren hat, andererseits die Preise der wichtigsten Lebens- und Bedarfsartikel die Friedenspreise schon längst erreicht, viele davon die Friedensparität bereits überschritten haben. Das im Steinkohlenbergbau die Differenz zum Friedenslohn nicht so groß ist wie im Braunkohlenbergbau, ist in 1. Linie auf die bessere Organisation der Bergarbeiter Niederösterreichs, wo die meisten Steinkohlenbergbau, zurückzuführen. Deshalb richten sich auch die Angriffe der Unternehmer speziell gegen dieses Vertragsgebiet. Von Seite der Verbandsleitung der Bergarbeiter wurde solchen Angriffen nicht immer der notwendige Widerstand entgegengestellt, weil einerseits die niederösterreichischen Berufskollegen allen übrigen Bergarbeitern in den Löhnen bedeutend voraus, andererseits weitere Erfolge in diesem Gebiete, den Bergarbeitern der übrigen Vertragsgebiete Anreiz geben würde, ebenfalls Forderungen aufzustellen, was natürlich ohne Kampf - den aber bekanntlich die Gewerksch.- Bürokraten so ängstlich aus dem Wege gehen - nicht zu erreichen wäre. Ein Beispiel dafür ist der letzte lebensgroße Streik der steirischen Bergarbeiter und vor anderem der Streik in Grünbach, der so kläglich endete und die Niederlage lediglich auf die Unentschlossenheit der reformist. Gewerkschafts-Bürokraten zu buchen ist.

Diese verfehlte Taktik führt natürlich dazu, daß große Teile der Bergarbeiter ihrer Organisation abseits stehen und den In-differentismus in die Arme laufen. Die Reformisten suchen gewöhnlich bei jedem Anlaß und bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Schuld an Abfall von der Organisation den oppositionellen Mitgliedern des Verbandes aufzuwälzen und die Kommunisten als Spalter der Gewerksch. Bewegung hinzustellen.

Fast ebenso schlecht wie die materielle Lage ist das Kapitel der sozialen Versicherung und Arbeiterschutz der österreich. Bergarbeiter.

Der österr. Bergarbeiter ist fast zur Gänze dem aus dem Jahre 1854 stammenden Berggesetz unterworfen, das bisher, mit Ausnahme des § 207, der für die Bergarbeiter von besonderer Bedeutung war da er ihnen den schwer verdienten Lohn sicherte - keine wesentlichen Änderungen erfahren hat und man kann sich wohl leicht eine Vorstellung von der Beschaffenheit dieses - aus den Zeiten der unbeschränkten Macht und Herrschaft der Bourgeoisie stammenden - Gesetzes machen. Der zitierte § 207 lautet: „auf den Geding- oder Schichtenlohn der Bergarbeiter findet weder gerichtliches Verbot noch Exekution statt.“ Dieser Paragraph wurde nun im Juli 1922 durch ministerielle Verordnung ausser Kraft gesetzt und der Lohn des Bergarbeiters ebenfalls der Exekution unterworfen. Diese Abänderung trifft die Familienerhalter schwer, besonders in Krankheitsfällen in seiner Familie, da er für seine Angehörigen - durch die rückständige Beschaffenheit der Bergarbeiter Krankenversicherung in keiner Weise bei den bestehenden Instituten (Krankenkasse, Bergwerksbrüderlade) ausreichende Unterstützung findet; in solchen Fällen kann ihm der Betrag zur Deckung dieser Kosten vom Lohne durch Exekution entzogen werden.

Ein anderer Paragraph dieses Berggesetzes der bisher nicht abgeändert wurde, aber eine ganz besondere Gefahr für die Bergarbeiter bedeutet, ist der § 203 der besagt:

Arbeiter, welche sich in Beziehung auf Treue, Fleiß und dem Vorgesetzten schuldige Achtung und Gehorsam wesentlich verletzterlich machen, können ohne Kündigung sogleich entlassen werden. Wie sich die Unternehmer besonders diesen § 203 zunutze machen, wollen wir hier an einem Beispiel anführen. -

Die Belegschaft des Steinkohlenbergbaues G r ü n b a c h

erst im wagen geplanter Arbeiter- Entlassungen in den Streik.

3.) Fortsetzung.

Die Unternehmer forderten durch öffentliche Kundmachung die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit auf. Die Arbeiter weigerten sich diesen Diktat Folge zu leisten und sich ihr Streikrecht hindern zu lassen. Doch siehe! Auf Grund des § 203 (Behorrensverweigerung) wurden alle Arbeiter für entlassen erklärt.

Es gäbe aus diesem Gesetz noch eine Menge mittelalterlicher Bestimmungen aufzuzeigen die nicht abgeändert sind, trotzdem die Regierung vor Jahren durch eine Entschliessung im Nationalrat aufgefordert ein neues Berggesetz auszuarbeiten, hingegen sind Paragraphen die dem Bergbauunternehmer gewisse Verpflichtungen der Arbeiterschaft gegenüber auferlegten, schon längst einer Revision unterzogen und abgeändert worden.

Es sind, was zwar anerkannt und zugegeben werden muß in Österreich nach den Umsturztagen eine Reihe sozialpolitischer und Arbeiterschutzes-Gesetze geschaffen worden, aber sie sind heute größtenteils nur mehr ein Fetzen Papier und verlieren ihre praktische Wirkung in dem gleichen Maße wie sich die Machtverhältnisse, bei ruhiger Führung der sozialdemokr. Partei- und Gewerkschaftsführer zu Gunsten der bürgerl. Parteien verschieben - immer mehr und mehr.

Die Folge davon, wachsende Verelendung der Arbeiterschaft und gesteigerte Erbitterung gegen ihre Führer, denn sie die ganze Schuld an ihrem Elend beimessen. Die Arbeitslosigkeit nimmt immer schärfere Formen an und an Ausdehnung zu, die größtenteils künstlich durch die Unternehmer herbeigeführt wird. Zur Begründung der Arbeiter wird Absatzmangel und Unrentabilität der Unternehmungen vorgetäuscht. Vergleicht man aber die Kurswerte der Aktien jedes einzelnen Industrieunternehmens so kann man konstatieren, daß seit dem letzten Monate die Werte der Aktien in den meisten Industrien um die Hälfte gestiegen, bei vielen sich verdoppelt haben.

Die Österr. Grubenbarone haben vor nicht langer Zeit dem Nationalrat eine Denkschrift unterbreitet, worin sie als eine der Hauptursachen der Stagnation im Österr. Bergbau bezeichneten. In Wirklichkeit trifft dies jedoch nicht zu, denn der Österr. Bergarbeiter ist durch das zerüttete Wirtschaftsleben in Deutschland wohl auch der deutsche Arbeiter - der billigste Arbeiter. Der Vorwand der hohen Beiträge von sozialen Lasten dient nur dazu verschiedene Gesetze wie Arbeiter-Urlaubsgesetz, Achtstundentag, Entgeltgebühren-Entscheidung in den Augen der breiten Öffentlichkeit herab zu würdigen um sie dann leichter zu Fall zu bringen.

Bestehende soziale Versicherungen z.B. die der Arbeitslosen sind vollkommen unzulänglich. Kann schon ein alleinstehender Arbeitsloser damit kaum das Auslangen finden und nur notdürftig sein Leben fristen, so ist der Ernährer einer Familie buchstäblich dem Verhungern preisgegeben. Das schändlichste dabei ist noch, daß die Regierung arbeitslos gemachten über 60 Jahre alten Arbeitern den Bezug der Unterstützung verweigert mit der Begründung, daß man in einem solchen Alter ohnehin nicht mehr arbeitsfähig sei. Eine Altersversicherung gibt es leider bis jetzt in Österreich noch nicht, bildet zwar momentan den Gegenstand von Verhandlungen auf Grund von Anträgen der Sozialdemokraten im Parlament; Letztere vergessen dabei, daß sie seinezeit als sie die Macht in den Händen hatten, es nicht für notwendig hielten, ein diesbezügliches Gesetz zu schaffen.

Die Kranken- und Pensionsversicherung der Bergarbeiter ist eine sehr mangelhafte. Die Pension die den Anspruchsberechtigten kommt, - meist Leuten die 20 und noch mehr Jahre ihre Gesundheit im Bergbau opferten, bekommen eine Pension die nicht annähernd den verseitigen Bedürfnissen entspricht und jeder Beschreibung spottet.

4.) Fortsetzung

Gewöhnlich müssen sie, wenn sie in vorgeschrittenen Alter vom Bergbau pensioniert werden, irgendwo anders Arbeitsmöglichkeiten suchen um sich das elende Pensionistenleben halbwegs erträglich zu gestalten. Sache der revolutionären Arbeiter aller Länder wird es sein durch innigen, festen Zusammenschluß ~~und in~~ ~~Kampfe-~~ unentwegten Kampfe gegen alle Klassenfeinde der gesamten Arbeiterklasse ihre Rechte und Ansprüche zu eringen, wie gegen alle feindlichen Anstürme zu behaupten und ihr die Existenzmöglichkeit für alle Zukunft zu sichern.



EXEKUTIVKOMITEE der KOMMUNISTISCHEN INTERNATIONALE,

M o s k a u

zu Händen des Sekr. Gen. Fjatrniky,

zu Händen des Vertreters Gen. Miljutin in Wien.

Die Lokorganisation Graz richtet an die Exekutive der kommunistischen Internationale folgende Beschwerde:

Die Reichsvertretung fasste auf ihrer Tagung am 15. Juli 1923 folgenden Beschluss:

Die Reichsvertretung ist auf Grund der Berichte einzelner Landesdelegierter zur Überzeugung gelangt, dass Genosse Frei auch nach seiner Rückkehr aus Moskau entgegen dem Beschlusse des zitierten Exekutiv-Komitees der kommunistischen Internationale seine parteischädigende Faktionsbildung fortsetzt und dabei namentlich von Genossen Daniel unterstützt wird. Die Reichsvertretung beschloss daher gegen Genossen Frei, wie auch gegen Genossen Daniel eine Untersuchung einzuleiten und bis zu deren Abschluss Genossen Daniel von seinen Funktionen zu suspendieren. Dieser Beschluss wurde auf Grund haltloser und unerwiesener Verleumdungen gefasst, obwohl Genosse Daniel vorher an den Parteivorstand ein Schreiben richtete, in welchem er denselben über die im Umlauf befindlichen Gerüchte informierte und ihn ersuchte den Fortführern dieser Gerüchte eine entsprechende Aufklärung zuteil werden zu lassen.

Aus dem obigen Schreiben des Parteivorstandes an den Genossen Daniel und an die Lokorganisation Graz geht hervor, dass der Parteivorstand in seiner Sitzung am 21. Juli 1923 von der Durchführung obgenannten Beschlusses der Reichsvertretung Abstand nahm und den Genossen Daniel und Frei eine „ernste Mahnung“ erteilte.

Auf der Sitzung der Landesleitung Steiermark am 28. Juli 1923 wurde von dem Genossen Koplanič in seiner Eigenschaft als Landessekretär und Mitglied der Reichsvertretung und Genossen Tomann als Vertreter des

Partei Vorstandes der Bericht über die Tagung der Reichsvertretung ge-
bracht, wo dieselben Verdächtigungen gegen Genossen Daniel ohne zu be-
weisen, wiederholt wurden. Genosse Daniel widerlagte an der Hand von
Beweisen alle gegen ihn gerichteten Anwürfe. Der Hauptangriff ist, Genos-
se Daniel war in Grünbach bei einer Fraktionsitzung. Tatsache ist,
dass Genosse Daniel von den Grünbacher Genossen in seiner Eigenschaft
als Obmann der Landesleitung Steiermark zum Zwecke einer Aussprache
über das Bergarbeiterproblem eingeladen wurde. Die Grünbacher Genossen
erhielten vom I.P.K. der Bergarbeiter den Auftrag, die Zusammenfassung
der oppositionellen Blocks der Bergarbeiter in die Wege zu leiten und
eine Landeszentrale zu schaffen. Genosse Daniel war am 1. Juni in Grün-
bach und am 2. Juni beschliesst der geschäftsführende Ausschuss der
Landesleitung Steiermark auf Grund der Berichte und Anträge der
Genossen Daniel die Einberufung einer Konferenz der revolutionären
Bergarbeiter Steiermarks im Monate August, wo die Bergarbeiter des
übrigen Österreichs und der Gewerkschaftsrat der K.P.Ö. eingeladen wer-
den sollen. Nach Wochen wird ohne den geringsten Inhaltspunkt daraus
eine Fraktionsbildung konstruiert. Die Lokale Organisation Grünbach hat
obgenannte Tatsache durch ein Schreiben dem Parteivorstand mitgeteilt.
Eine Abschrift desselben liess sie der Lokalorganisation Graz als Alibi
für Genossen Daniel zukommen. Obwohl die Landesleitungsgeschichte erklär-
musste, ist im Protokoll feststeht) dem Genossen Daniel kann man keine
gegen ihn erhobenen Anwürfe beibringen, wurde Genosse Daniel von seiner
Funktion als Obmann der Landesleitung mit 5 gegen drei Stimmen trotz
des energischen Protestes unter Hinweis auf die Beschlüsse der erwei-
terten Exekutive ohne Begründung abgesetzt. Dazu ist
zu bemerken, dass in einer während des letzten Bergarbeiterstreiks statt-
gefundenen Sitzung einhellig Genosse Daniel als der fähigste Genosse
der Landesleitung anerkannt; was auch in dieser Sitzung neuerlich be-
stättigt wurde. Das Verhalten des Genossen Tomann auf der Landesleitungs-
sitzung wirkt entscheidend auf das Ergebnis derselben. Genosse Tomann
zäumte eine wüste persönliche Hetze gegen die Genossen Frei, Holzhofer,
Friedlner und insbesondere gegen Genossen Daniel auf. Über die öster-

reichliche Resolution der Erweiterten Exekutive verbreitet Genosse Tomann eine Serie von Lügen und Verleumdungen und trübt dadurch das Urteil der Genossen. Zum Beispiel die Profintern habe nach der Entscheidung der Erweiterten Exekutive das Verhalten des Gewerkschaftsrates und insbesondere des Genossen Riess in den Metallarbeiterkämpfen in den Monaten März, April, Mai, Juni begrüßt und für richtig befunden, entgegen den Beschlüssen der in der österreichischen Resolution von der Erweiterten Exekutive getroffenen Entscheidung. Oder, die Erweiterte Exekutive habe dem Parteivorstand in der Auslegung und Anwendung der Parole Arbeiterregierung Recht gegeben. (Beiliegend 1 Auszug aus dem Protokoll der Landesleitungssitzung vom 28. VII. aus den Ausführungen des Genossen Tomann über die Arbeiter- und Bauernregierung) Das Verhalten des Genossen Tomann war dazu angetan, um die in der Partei vorhandene Stimmung auf das Äusserste zu vergiften, und die Parteikrise statt zu liquidieren und die persönlichen Gegensätze zu überwinden, auf das Neue zu entfachen. Dieselbe Taktik in neuer Auflage wiederholte Genosse Tomann auf der am 29. Juli stattgefundenen Landeskongress in Steiermark und erzeugte dadurch eine parteizeretzende Atmosphäre. Die Taktik der Parteivorstandsmehrheit insbesondere des Genossen Tomann liegt klar auf der Hand. Unter der Hand und durch seine Hintermänner inszeniert Genosse Tomann gegen die einzelnen Genossen der Opposition Fregemstimmungen um diese Genossen vor der Internationale einerseits und weniger urteilsfähigen Genossen, sowie falsch informierten Parteimitgliedern andererseits in Misskredit zu bringen, oder entgegen der in der österreichischen Resolution der E.E. festgelegten Beschlüsse unter Missbrauch und mechanischer Anwendung des demokratischen Zentralismus diese Genossen von ihrem Einfluss auf die Partei auszuschalten. Vor der Internationale versucht die Parteivorstandsmehrheit eine versöhnliche Haltung zur Schau zu tragen. Das bestätigt der Beschluss des Parteivorstandes vom 21. Juli 1923.

Wir haben zu oben angeführten Tatsachen folgendes zu sagen:

Man suspendiert nicht Genossen von ihren Funktionen auf Grund haltloser Redereien, sondern erst dann, wenn tatsächlich belastendes ^{Material} Material vorhanden ist.

Wenn sich die Genossen Frei und Dehmel tatsächlich nachweisbar
Fraktionsbildung zuschulden kommen liessen, dann muss der Partei-
vorstand von seinen Rechten und Pflichten Gebrauch machen und be-
strafen. Das fordern wir aber bei allen gleich, ob sie der Opposi-
tion oder der Parteivorstandsmehrheit angehören.

Wir erblicken in der Handlungsweise der Parteivorstandsmehr-
heit und insbesondere des Genossen Tomann den Bruch und die Miss-
achtung der von der Erweiterten Exekutive in der österreichischen
Resolution festgelegten Beschlüsse. Wir haben in der österreichischen
Resolution unter Voraussetzung der beiderseitigen Willens die Mög-
lichkeit einer raschen Gesundung der Partei erblickt, müssen jedoch
konstatieren, dass die Parteivorstandsmehrheit davon keinerlei No-
tiz nimmt und auf der rücksichtslosen Linie die alten Metho-
den beibehält. Die Exekutive hätte darauf beharren müssen, dass
Gen. Tomann zur Sitzung der Erweiterten Exekutive erscheinen muss
und ihn auf das Schärfste zur Verantwortung zu ziehen.

Wir erblicken in der Tätigkeit der Parteivorstandsmehrheit
und insbesondere des Genossen Tomann eine schwere Gefährdung der
Partei und des bevorstehenden Schicksalles. Diese Zustände sind un-
haltbar. Die aktivsten Genossen verlieren die Freude an der Partei-
arbeit. Wir verlangen vom Exekutivkomitee dass es allen seinen Ein-
fluss geltend macht, dass die österreichische Resolution nicht auf
dem Papier bleibt, sondern zur Tat wird.

DIESER VON DER PARTEIVORSTANDSMehrheit VORGESETZTE MISSBACHTUNGEN
DER BESCHLÜSSE DER INTERNATIONALE u. DIE VERGIFTUNG DER PARTEI
MUSS DURCH DIE EXEKUTIVE MIT DEN SCHÄRFSTEN MITTELN EIN ENDE GE-
SETZT WERDEN.

Graz, am 6. August 1888.

Die Mitglieder des Lokalausschusses Graz, die Mitglieder der Landesleitung
minderheit.


Resolution der Vertrauensmänner-Konferenz Weidlings vom
10. Aug. (Einstimmig angenommen, keine Stimmen
von 34 Vertrauensmännern.)

Die polit. Lage in Deutschland zeigt sich immer mehr zu
strömen S.-I. und parteilose Arbeiter, wie auch Teile der Klein-
tums der K. I. Deutschlands zu. Die K. I. D. hat durch ihre zu-
positive und kluge Arbeit es verstanden, die stärkste Partei
der Internationale zu werden. Auch in allen anderen Län-
schreitet die komm. Bewegung vorwärts; gerade in Österreich
geht es nicht vorwärts, vielmehr ist die Partei jetzt in einem
Zustand, der das schwerste für die Partei befehlen lässt.

Die K. I. Ö. steht am Beginn der Wahlkampagne. Alle
bürgerl. Parteien und auch die S. I. arbeiten mit rüstungsfreie
kraft für den Wahlkampf. Unser zur Verfügung stehender Ma-
apparat ist überaus dürftiger und auf keinen Fall dem
kampf, wie er geführt werden soll, gewachsen.

Unsermüßig müssen wir daher das prozessuale und
nichtsichtlose Verhalten der P. V. in der Kandidatenfrage rügen und
schärfstens verurteilen, dies durch eine neue ^{etwa} Parteivise
der schärfsten Form hervorheben.

1. Wir konstatieren;

a) dass der P. V. seine diktatorische „entgeltliche“ Best-
der Kandidaten für die Nationalversammlung, die Beschlüsse
der letztstattgefundenen S. K. Sitzung durchbricht, wonach jeder
persönliche Kampf und jede persönl. Einstellung in Parteifrage
unmittelbar der Partei aufzuheben hat. Ferner konstatieren wir,
der P. V. in der Kandidatenfrage ~~Stellung~~ vollkommen vom
persönl. Standpunkt aus Stellung nimmt und die Vor-
und Vorschläge der aktivsten Mitglieder nicht beachtet
sehen aus Zweckmäßigkeitsgründen müßte der P. V.
brachten, die Vorschläge der Fundamentale zu berücksichtigen
Vielmehr ist das Prinzip der demokr. Zentralismus ~~erst~~
gründen gesetzt, das ihm Org.-Statut verankert ist, 

Verfügung stehenden Mittel der Firmen.

4. Die Vertrauensmänner-Konferenz ^{verle.} erlaubt, man ohne Klärung in dieser Frage herbeizuführen und in man eine solche handelt es sich, die sofortige Einberufung einer Wiener Konferenz, die sich mit der Kaustal beschäftigt.

fehlt!

(ein Teil, das wichtigste hier zitiert =

„Wir können gar nichts unternehmen, wenn die Partei mitglieder bei der Wahlarbeit nicht so aktiv sind, wie es notwendig wäre.“ wenn die P. V. nicht zu Versumpf kommt.

5. Die Vertrauensmänner-Konferenz übermittelte diese Trotes resolution den Kommunisten-Vertreter.

Die internat. Lage und besonders die polit. Lage in Deutschland erfordert Schlossenheit im Wahlkampf, gen P. V. liegt es nun, dass sie gewahrt bleibt. Es wäre ein Verbrechen an dem ersten Proletariat, wenn der P. V. proh alle nicht Einkehr hält keine Versumpf annimmt!

Resolution an den Partei-Vorstand.

Einstimmig angenommen in der Vertrauensmännerkonferenz am 10. VIII, bei keiner Stimmenthaltung.

Die politische Lage in Deutschland spitzt sich immer mehr zu und in Massen strömen S.P. und parteilose Arbeiter und auch Teile des Kleinbürgertums der K.P.D. zu. Die K.P.D. hat es durch ihre zähe und positive und kluge Arbeit verstanden, die stärkste Partei der Internationale zu werden. Auch in allen anderen Ländern schreitet die komm. Partei Bewegung vorwärts. Gerade in Oesterreich geht es nicht vorwärts, vielmehr ist die Partei jetzt in einem Zustande, der das Schwerkste für die Partei befürchten lässt und die K.P.O. steht vor dem Beginn der Wahlkampagne. Alle bürgerlichen Parteien und auch die S.P. rüstet fieberhaft für den Wahlkampf. Der uns zur Verfügung stehende Wahlapparat ist ein äusserst dürftiger und auf keinen Fall, dem Wahlkampf, wie er geführt werden soll, gewachsen. Umsomehr müssen wir, von allen diesen Erwägungen heraus, das prozezierende und rücksichtslose Verhalten des Partei Vorstandes in der Kandidatenfrage zum Nationalrat rügen und auf das Schärfste verurteilen, da dadurch die Partei-Krise neuerlich in ihrer schärfsten Form aufgerollt wird.

I. Wir konstatieren

- a) dass der Partei Vorstand durch seine diktatorische, „endgiltige“ Bestimmung der Kandidaten für den Nationalrat, die Beschlüsse der letztstattgefundenen E.K. Sitzung durchbricht, wonach jeder persönliche Kampf und jede persönliche Einstellung in Partei-Fragen aufzuhören hat. Ferner konstatieren wir, dass der Partei-Vorstand vollkommen vom persönl. Standpunkt in der Kandidaten-Frage Stellung nimmt und die Wünsche und Vorschläge der aktivsten Mitglieder nicht beachtet. Schon aus Zweckmässigkeits-Gründen müsste der P.V. trachten, die Wünsche der Funktionäre und Mitglieder zu berücksichtigen, vielmehr wird der demokratische Zentralismus, der im Organisationsstatut verankert ist, mit Füßen getreten. Wir gestehen so diktatorisch ist der „Diktator“ Frey nicht vorgegangen als der jetzige P.V. Wir wissen, dass der P.V. das Recht hat, die Kandidaten event. allein zu nominieren, aber bei Wahlvorschlägen ist es Wahnsinn und zeigt Unvernunft, nicht einmal mit den Funktionären der Bezirke über die Kandidat. Vorschläge zu verhandeln. Bezeichnend ist, dass nicht einmal der Genosse Haas auf der Kandidatenliste ist, wo er gerade unter den arbeitslosen Metallarbeitern sehr bekannt ist. Es wurden Kandidaten aufgestellt, die niemals im Wahlkreis gearbeitet haben und bei den Arbeitern nicht so bekannt sind, wie es notwendig wäre, für den Erfolg bei den Wahlen.
 - b) dass der P.V. durch seine Methoden, die Zertrümmerung der Partei herbeiführt: Vor allem sollte der P.V. von den Linzer Gemeinderatswahlen gelernt haben, denn nur durch die Schuld des P.V. wurde das schlechte Wahlresultat für uns erzielt. Wir wollen aus dem Wahlkampf als K.P. gestärkt hervorgehen, wir gestehen, durch solche Methoden werden wir einen Trümmerhaufen haben, statt einer gefestigten Partei, wenn nicht in letzter Stunde der P.V. umlernt
- II. Wir fragen ferner den P.V. warum er die Gründe der Ablehnung der ersten Resolution der Meidlinger Mitglieder-Vollversammlung dem Meidlinger Funktionären nicht bekannt gegeben hat.

III. Die Meidlinger Vertrauensmännerkonferenz, steht nach wie vor hinter den Wahlschlägen unseres Wahlkreis Komitees und des alten Meidlinger Vorschlages für die Kandidaten zum Nationalrat. Die Versammlung verurteilt aus das Schärfste das rücksichtslose Vorgehen des P.V. und verlangt darum sofortige Einberufung einer Wiener Konferenz, um eine Klärung in dieser Frage herbeizuführen und nur um diess handelt es sich. Wir lassen von unseren Vorschlägen kein Jota nach und werden den Kampf mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln, gegenüber den Methoden des Partei Vorstandes führen.

IIII. Die Vertrauensmännerkonferenz übermittelt diese Resolution den Vertretern der Komintern.
Wir hoffen, dass der Partei-Vorstand seine Fehler, die er gemacht hat, einsieht und die Wahlvorschläge des Bezirkes akzeptiert, denn wenn der Partei-Vorstand, es nicht tut, können die Vertrauensmänner nichts unternehmen, wenn die Mitglieder bei der Wahlarbeit nicht so aktiv sind, wie es notwendig wäre. Die internationale Lage und besonders die politische Lage in Deutschland erfordert Geschlossenheit im Wahlkampf, am Partei Vorstand liegt es nun, dass sie gewahrt bleibt. Es wäre ein Verbrechen an dem oesterreichischen Proletariat, wenn der Partei-Vorstand trotz alledem nicht Einkehr hält und keine Vernunft annimmt.

- 1.) Quantitäten müssen am 30. September eingereicht sein.
- 2.) Da Bezug auf Friedländer war ich mir klar.
- 3.) Halte das Kräfteverhältnis nicht so wie du, bin der Meinung das wir jetzt noch kaum so stark sind als sie. sie haben den Apparat und verstehen in besser auszunützen als wir es verstanden.
- 4.) Sieg in Oberösterreich ein gutes Stück vorwärts.
- 5.) Bin mir über die ~~XXXXXXXXXX~~ Jaunerbriefe klar, doch ist die Lage in Steiern. viel schwieriger.
- 6.) unsere „Fraktion“ ist ~~XXXXXX~~ erledigt, Mondschein hat sich in der Vollerhebung eine Schlappe geholt und dann ausgetreten.
- 7.) Stelle mir Verbindung mit Deubler her. Dringend!!!
- 8.) Gebe mir deine Ansichten über das Resultat und die Aussichten in der Geipelsanierung bekannt, ich glaube auf Grund des 2½ Millionen Defezit und der ~~übrigen~~ übrigen Erscheinungen wird die Krone bald pleite gehen. Der ~~Kredit~~ Kredit wird bald aufgezehrt sein. Schreibe mir ein wenig ausführlicher.
- 9.) Gebe an unsere Leute die Weisung das sie genau die Fehler des P.V. in der Wahlarbeit sammeln. Ich ~~sage~~ sage der P.V. müste ein Handbuch (Rundschreiben) herausgeben wo alle organisatorischen Wegweiser ~~enthalten~~ enthalten sind und politisch die Politik der Genfer Parteien in ihrer Tätigkeitsperiode zeit und sinstgemäß gesammelt ist. so werte eine politisch wichtige Wahlkampagne möglich.
- 10.) Keplenig ist Heimkehrer, Talker nicht.

Brief deshalb so fehlerhaft da ich heute schon viel geschrieben habe und schon müde bin. Habe erst gestern auf Schreibmaschine zu schreiben angefangen.

Graz, den 16.8. 1923

Mit Handschlag und Gruß dein



Adres: H. S. Nicos 1117. Straßeng. 117
 NA KAMENNÉM MOSTĚ.
 LE PONT DE PIERRE DE CHARLES IV.

Pražské akvarely Jaroslava Šetelíka. — Serie IV.

Lieber Frey, ich bin seit
 10 Tagen fort von Wien.
 Ich dürfte nicht wüßten
 wo du zu finden bist. Hier
 sprach ich mit einigen
 Gen. über meine Angele-
 genheiten, auch über mein
 Haus. Lieber wird es
 ziemlich bestimmt sein.
 Wohl. Gruss aus Wien
 von Martha Sostka
 18. VII. 23



H. S. Frey

Wien XII
 Kärntnerstr.



~~Wien XII~~
~~Kärntnerstr.~~
~~Kärntnerstr.~~
 Kärntnerstr. 236

Noch eine neue Feststellung müssen wir euch mitteilen die für die Aufklärung der Mitglieder sehr wichtig ist:

Im 10. Bezirk wurde anlässlich des Tomann Briefes eine Kommission zur Untersuchung der Zustände in der Partei gewählt. Bei der Gegenüberstellung von Tomann, Polzer und Koritschoner-Spitz gerieten diese mit ihrem Führer Ada (Tomann) in Streit. Polzer behauptete ^{Spitz} wäre ganz unfähig als Redakteur (Inland-Stellvertreter des Chefredakteur). Als man ihn fragte ob er das nicht bei der Anstellung gewusst habe, erklärte Polzer: Das habe man schon vom Anfang an gewusst, aber aus fraktionellen Gründen habe man Spitz auf diesen Posten stellen müssen.

Also es wird von der Tomannfraktion selbst zugegeben, das die alte fähige Redaktion aus fraktionellen Gründen gekündigt, das aus fraktionellen Gründe der unfähige Spitz auf diesen wichtigen Posten gesetzt wurde, aus fraktionellen Gründen die Rote Fahne und die Partei auf das schwerste geschädigt wurden.

Und diese Leute machen den der überwiegenden Mehrheit der Mitglieder solche die Partei neuerlich verderbende Manöver wie auf der letzten Sitzung der Reichsvertretung.

Zu allen kommt noch hinzu, das die R. V. beschlossen hat, das EKI zu ersuchen, den Gen. Strasser der die Partei ^{seit} durch Jahre durch seine Unfruchtbarkeit und Faulheit kompromittiert hat, als Chefredakteur für die R. F. zu entsenden. Das ist wider ein die Partei schädigender und die Krise verschärfender Beschluss der R. V. Die Mitgliedschaft muss selbst über die Reorganisierung der R. F. entscheiden

Mit Kgm. Grus

Werner Genesse Frey!

Habe bevor ich deinen Brief erhielt der mir deine Absicht mitteilte
ein Schreiben an dich geschickt, hoffe das es dir nachgesendet
~~stet~~ oder mir zurück geschickt wird. Wir werden am zweiten September
anlässlich des internationalen Jugendtages gemeinsam mit der Jugend
eine große Versammlung abhalten. Zu diesem Zweck mußt du unbedingt
nach Graz kommen. Die Voitsberger Gen. werden Gen. Deubler zu
demselben Zweck anfordern. Es wäre sodann möglich das du und
Deubler am 2.9. in Graz sprechen könnt. Die Kosten für dich werden
wir, die Kosten für Deubler die Voitsberger tragen. Deubler würde
amstag dem 1. 9. in Voitsberg sprechen. Der Jugendreferent würde
mit Deubler am 1. in Voitsberg, am 2. mit Deubler und dir in Graz
sprechen. Deubler wird allgemein verlangt. Du mußt deshalb unbedingt
nach Graz kommen da die S.P. gegen dich in der dir bekannten Weise
bereits zu hetzen beginnt. (z.B. Hamusch in der Betriebsversammlung
in der weizer Wagonfabrik.) Informiere dich bezüglich sofort Deubler.
In Voitsberg haben unsere Gen. alles fest in der Hand.
Die Gen. wollen zu einer wahrscheinlich am 9.9. stattfindenden
Versammlung des ~~OPPOSITIONSPLOEK~~ Oppositionsploek der Bergarb.
den Gen. Holzhofer einladen, verständige denselben davon.
Die Gen. Henner und Holzhofer sollen doch bald mit den Bergarb. in
Verbindung treten, sie haben doch von mir die Adressen.
Graz, am 20. 8. 1923 M.t Handschlag dein



Lieber Frey!

Der Lokalausschuss hat beschlossen Gen. Deubler für die am 2. 9. stattfindende Versammlung ~~anzufordern~~ X anzufordern. Wenn Deubler nicht gesendet wird so unbedingt dich. Du wirst in einer der nächsten Vers. angefordert. Veitberg wird nach wie vor Deubler anfordern. Veitberg wird Protestresolution wegen meiner Erhebung an die Landesleitung senden.

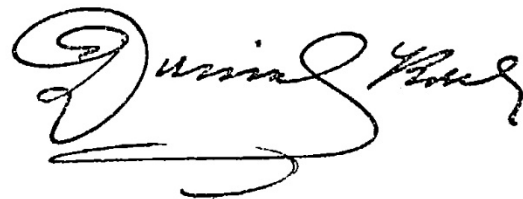
In meiner persönlichen Angelegenheit ist euerste Beschleunigung geboten, denn ich bin am Ende meiner materiellen Mittel. Von der Zentrale der P.D. habe ich noch keine Antwort. Werde dir das Ergebnis der Antwort mitteilen und meine Stellung dazu.

~~XX~~

Ich kann mich nicht mehr länger hier halten. Alle Mittel sind erschöpft. Frage Domauer was mit meinem Kapital ist? Ich habe im es zum Verkauf überlassen, ob er es schon verkauft hat? Würde das Geld dringend brauchen.

Graz, am 21. 8. 1923

Mit Handschlag dein



Dein Schreiben vom 22.8. erhalten. In meiner persönlichen Lage hat sich nichts geändert, im Gegenteil hat sich die Lage verschärft, die Unterstützung durch die Mitglieder des Lokalausschusses hat fast aufgehört da die einzelnen Gen. durch familiäre Not, Arbeitslosigkeit u.s.w. außerstande sind etwas zu leisten, und mir persönlich ist die Sache von je her peinlich gewesen, wenn die Gen. voriges Jahr nicht mich direkt mit parteiisziplin gezwungen hätten wäre ich ja nicht eingegangen auf ihren Wunsch. Ich habe ja meine kommende Situation vorausgesehen, doch die Gen. wollten es nicht sehen, so bin ich jetzt in der vorausgesehenen Zwiekmühle. Habe nicht mehr zum Leben genug Geld. Ohne Übertreibung ich bin am Ende angelangt, ~~XXXX~~ es ist bereits das Dritte Monat das ich den letzten Termin hinauschiebe. Mir wird jetzt die ganze Wartezeit und alles schon zu tun, ich bin zum Bizersten entschlossen ~~XXXXXX~~ schlossen um mich durchzuschlagen. Jedenfalls bin ich Dir für dein Bemühungen ~~XXXXXX~~ sehr dankbar und wünsche nichts schlicher als das deine Bemühungen nicht erfolglos bleiben.

~~XXX~~ In meinem Beruf als Maschinenschlosser bin ich überall zu verwenden. Habe schon auf folgenden Arbeiten gearbeitet:
 Landwirtschaftliche Maschinen, Dampfmaschinen, Dieselmotore, Holzbearbeitungsmaschinen, als Einsteller in einer Prägerlei bei "firna push", wahr Anreißer und kann nach Zeichnung arbeiten. Bin nicht zu verwenden als Werkzeug, Schnitt oder Stanzenschlosser oder Mechanikerarbeiten, als Autoschlosser bin ich zu verwenden, aber nicht selbst ständig, als Fahrradmechaniker und Autoschlosser müßte ich Gelegenheit haben mich einzuarbeiten. Als Bauschlosser bin ich nicht zu verwenden. Bin aber in der Lage Bauschlosser und Spenglerarbeiten die in meinem Beruf sehr einschlagen zu leisten. Im übrigen beherrsche ich meinen Beruf und habe überall meine Arbeit geleistet.

Für Büroarbeiten habe ich die Kenntnisse meiner dreiklassigen *instand* Bürgerschule und wäre alles zu leisten/was nicht besondere *mit* Fachkenntnisse erfordert. Bei Praxis und Schulung würde ich mit meiner Auffassungsgabe für mehr oder weniger selbstständige Leistungen in kurzer Zeit ausgebildet haben. Meine anderen persönlichen Eigenschaften kennst Du ja selbst. unbedingst mußt Du dafür sorgen das ich einen anständigen Lohn bekomme, doch das ist das wichtigste wenn das nicht der Fall ist fang ich erst gar nicht an, Der Gedanke umsonst zu arbeiten brint mich überhaupt jetzt zur Verzweiflung. Auch eine körperlich schwere Arbeit ist nach Möglichkeit zu vermeiden, ich meine eine Schinderei, den dann könnt ich geistig nichts tun. Je körperlich leichter die Arbeit ist ja besser, umso mehr geistige Arbeit ich leisten. Eine Bürobeschäftigung ist mir lieber, doch das eine Frage zweiter Art, wichtig ist eine Arbeit und Verdienst überhaupt. Ich bitte dich, Eile tut not. Schieber soll sich mit meinem Kapital beillen, brauche Geld!!! ~~XXXX~~ werde an Deubler einen ins Norz gehenden Brief schreiben. ~~XXXX~~gerger werden an Honner schreiben. ~~XXXX~~ mir bald ob du nach Graz bestimmt bist, Haben dich oder Deubler angefordert,.

Graz, am 23.8. 1923

Gez. Fritz Gerstl

Präsident

Gerstl

Gez. Fritz Gerstl

Gerstl

Erklärung des Genossen Frey im Politischen Büro am 23. Aug. 1928.

Ich übernehme die mir von P. V. übertragene Stelle des Vorsitzenden des R. W. K. und werde das ~~XXXXXXXX~~ Aussersite daransetzen die Arbeit des R. W. K. möglichst erfolgreich zu gestalten. Ich muss jedoch bei Übernahme der Stelle folgendes erklären:

Die Erfolgsaussichten der Partei bei den Wahlen sind bereits ~~gA~~ geschädigt worden durch die bisher nicht genügende Vorbereitung der Wahlen.

Ueber die taktische Wendung der Internationale gegenüber dem Faschismus die durch die E. K. Sitzung eingeleitet wurde, hat die Partei einen Monat hindurch fast vollkommen geschwiegen. Die Rede der Genossin Zetkin gehalten am 19. Juni wurde überhaupt nicht veröffentlicht. Die Schlageter-Rede Radeks, gehalten am 20. Juni wurde erst gegen den 10. August durch die Schlageter-Broschüre unseren Parteimitgliedern zugänglich gemacht. Durch Wochen hindurch blieben unsere Genossen in den Betrieben unorientiert und fast wehrlos gegenüber den sozialdemokratischen Verdrehungen von Hackenkreuz und Sewjetstern.

Angesichts der gewaltigen Vorgänge in Deutschland blieb die Partei bisher vollkommen passiv. Die Lösung der Arbeiter und Bauernregierung wird nur als Schlagwort propagiert, so hat diese Lösung natürlich keine Zugkraft. Die Partei muss konkret sagen: Was ist die Arbeiter- und Bauernregierung, was hat sie zu leisten, wie kommen wir zur Arbeiter- und Bauernregierung.

Auch die propagandistische Vorbereitung der Wahlen ist bisher unzulänglich und vor allem zeitlich verspätet. Nach den getroffenen Vorbereitungen sollen die Manuskripte für das Wahlhandbuch Ende August abgeliefert werden und Anfang September druckreif gemacht werden. Selbst wenn dieser Termin von den Verfassern wird eingehalten werden können, was keineswegs wahrscheinlich ist, würde das Wahlhandbuch vor Mitte September nicht erscheinen. Und da brauchen unsere politisch wenig geschulten Agitatoren und Vertrauensmänner noch ein bis zwei Wochen um sich mit dem dargebotenen Stoff vertraut zu machen. Die Arbeit hätte schon um Monate früher begonnen werden müssen.

Ueber die technischen Vorbereitungen der Wahl kann ich ~~NE~~ mich vorläufig nicht äussern, da ich noch nicht genügend ~~hxxxx~~ Ueberblick erworben habe.

Abchrift.

Berlin 28.5.1923.

An den

Gewerkschafterrat der Revolutionären
Blöcke innerhalb der Gewerkschafts-
verbände Oesterreichs.

W i e n VIII.,
Alserstrasse 69.

Werte Genossen !

In Beantwortung Eurer Frage über die Kon-
ferenz der revolutionären Bergarbeiter Oesterreichs teilen wir fol-
gendes mit.

Wir halten die Einberufung dieser Konferenz
für sehr wünschenswert. Wir sind bereit, in dieser Angelegenheit auch
materielle Hilfe zu gewähren und bitten, die ungefähre Höhe der
Ausgaben und der für Euch notwendigen Unterstützungen uns mitzuteilen.

Die Tagesordnung der Konferenz bespricht bitte
mit den Grünbacher Genossen zusammen. Wir sind der Meinung, dass die
die grösste Aufmerksamkeit den Organisationsfragen widmen müsse.

Die Anwesenheit unseres Vertreters an der
Konferenz ist mit der finanziellen Frage verbunden, aber wir glauben,
dass es uns gelingen wird, einen Genossen zu entsenden.

Was das Datum der Konferenz anbetrifft,
erwarten wir von Euch Eure Vorschläge, da man diese Konferenz gründlichst
vorbereiten und alle lokalen Verhältnisse gut einschätzen muss.

Die gesamte Arbeit unternimmt bitte zu-
sammen mit den Grünbacher Genossen, die die stärkste Organisation der
revolutionären Bergarbeiter Oesterreichs bilden. Wir bitten Euch daher
angesichts der grossen Aufgabe—alle revolutionären Bergarbeiter Oesterreichs
in einen Landesblock zu vereinigen—die bisherigen Differenzen zu ver-
gessen.

Wir sind Euch sehr dankbar, dass Ihr den Genossen
Haidt mit dem Zuschicken der Korrespondenzen beauftragt habt. Die
geschickten Berichte sind für uns von sehr grossen Interesse.

In Erwartung baldiger Antwort verbleiben wir

mit kommunistischem Gruss
Das Sekretariat des I.P.K. der revolt.

B e r g a r b e i t e r .

Internationales
Propaganda- und Aktionskomitee
-der-
Revolutionären Bergarbeiter
Moskau, Soljanka, 12.

Секрет.

Berlin, 28.8.1923.

An den

Block der revolutionären Bergarbeiter

in Grünbach,
2.Hd. des Genossen Homler,
Grünbach.

Wertes Genosse !

Anbei übersenden wir die Abschrift des Briefes an den Gewerkschaftsrat der revolutionären Blocks. Wir hoffen, dass du alles daran- Mögliche tun wirst, was um in kürzester Zeit die Vereinigung aller revolutionären Bergarbeiter Oesterreichs im Reichsmassstabe durchzuführen.

Wir bitte n Dich, diese grosse Aufgabe im Auge zu behalten und alle bisherigen Streitigkeiten und Differenzen zu vergessen.

Berichte uns über die gegenwärtige Lage in Grünbach nach Abwägung des Streiks. Wie steht es mit den Entlassungen? Wie wird ihnen geholfen?

Die Abschriften Deiner letzten Briefe haben wir nach Moskau geschickt.

In Erwartung baldigster Antwort verbleiben wir mit kommunistischen Gruss

Das Sekretariat des I. P. A. der revol.
Bergarbeiter.

Stämpiglie.

Lieber Genosse Max!

Ich habe deine drei Briefe erhalten und kann sie gleich mal einzeln beantworten.

Dass Du aus Greib abfahren willst, war die unangenehmste Nachricht die wir bekommen konnten. Du kannst ja selbst einschätzen was das für unsere Sache bedeuten würde. Ich denke und hoffe dass es nicht so rasch gehen wird, obwohl ich, da ich ebenfalls schon fast 9 Monate arbeitslos bin, deine Lage begreifen kann.

Die KKKKKK Profession des Gen. Schmidt kann ich Dir leider heute nicht mitteilen. Schreibe ihm selbst. Ich komme mit ihm erst in einigen Tagen zusammen. So viel ich weiss, war er in der Kabakfabrik in Meidling Hilfsarbeiter. Er ist sicherlich bereit alles anzugreifen was man ihm bietet. Dabei ist einer der tüchtigsten und Verlässlichsten Genossen die wir haben. Wir vermissen ihn nur ungern hier. Setze Dich mit ihm in Verbindung.

Die Grünbacher Sache ist gewiss nichterschütternd. Ich habe leider keine andere Information als die Zeitung. Solltest Du mehr wissen so schreibe mir, ich erwarte auch von Helzhofer einen ausführlichen Bericht. Es ist unbedingt notwendig, dass wir uns mit den Grünbacher Genossen in Verbindung setzen. Da dies eine Sache ist an der alle Genossen unserer Richtung sehr interessiert sind, Du aber die Anlagen welche Dir aus einer Fahrt nach Grünbach erwachsen würden nicht selbst decken kannst, werde ich mit einigen Genossen sprechen um sie ersatzlos für die gemeinsame Sache etwas beizusteuern. Dich geht das weiter nichts an. Du brauchst nur nach Grünbach zu kommen. KKKKKKKKK Keine Faxen machen! Ich wäre bereit am Samstag d. 30. d. nach Grünbach zu fahren und erwarte nur eine Veretändigung deinesseits.

Die Eisenerzer Resolution ist sehr gut. Also doch eine Verbindung dorthin hergestellt! Das wird für Dich von ungeheurer Vorteil sein. Für mich bedeutet eine Fahrt nach Eisenerz eine ungeheure Auslage und ich kann nicht sagen, ob es mir möglich sein wird hinzufahren. Für jeden Fall sende mir die Adresse eines verlässlichen Genossen.

In Wien hat sich nichts wesentliches ereignet. Zu den Wahlen wird von seiten des P. V. noch immer nicht Stellung genommen. Dies macht die Situation gegenüber den S. P. immer schwieriger. Diese arbeitet bereits mit Hochdruck. Dies Woche haben sie eine Reihe von Versammlungen über Arbeitslosigkeit und Altersversicherung abgehalten. Natürlich waren es nichts als Wählerversammlungen unter einem anderen Namen. Wir sind ihnen auch überall gegenübergetreten. Wie gut hätten wir arbeiten können für unsere Sache, wäre die Frage der gemeinsamen Beteiligung in irgend einer Hinsicht entschieden gewesen. So konnten wir bei dieser Gelegenheit diesen Demagen nicht die Maske vom Gesicht reißen. Dabei zeigt sich der opportunistische Standpunkt immer deutlicher. Nicht nur der bekannte Opportunist Pellak, auch Palzer hat einige Aeusserungen gemacht, die ihn als einen solchen kennzeichnen. Er sagte in einer Lokalorganisation, dass es jetzt die Hauptsache sei, ein Mandat zu erkämpfen. Auch er ist einer der "schmiegsamen Taktik" einer der den Wahlkampf als einen Schacher um Mandate betrachtet.

Sollte es zu einer Landeskonferenz bei Euch kommen, so muss natürlich mit der schärfsten Kritik eingesetzt werden.

In einigen Tagen folgt der Bericht über die organisatorischen Fragen.

Mit den herzlichsten Grüßen verbleibe ich in der Hoffnung dass wir uns nächste Woche in Grünbach treffen werden

Lieber Genosse Frey!

folgende Verleumdungen werden ausgeleut:

1.) Frey ist ein Streber.

2.) Frey ist weil er in der S.P. kein Mandat bekam ^{für} den Kommunisten gegangen.

3.) Frey ist ein der Arbeiterschaft schädigendes Element?????

Deine Rede hat in der Arbeiterschaft großes Aufsehen erregt und Sympathie. noch drei solche Reden und du bist hier fest verankert. Du mußt bei unserer nächsten großen Versammlung unter allen Umständen wieder kommen, schon um die Spekulation Tomanns zu durchkreuzen. Organisieren jetzt eine Reihe kleiner Versammlungen.

Beeile meine persönliche Angelegenheit. Mit Handschlag dein

Graz, am 4.9.1923



Wien, am 4. September 1923.

An sämtliche Landesleitungen und Lokalorganisationen.

Verte Genossen!

Folgendes Schreiben des Sekretariats des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale in Moskau ist an den Parteivorstand eingelangt und wird dasselbe laut Beschluss der Parteivorstandssitzung vom 1. September 1923 den Organisationen übermittelt und werden die Lokalausschüsse aufgefordert dieses Schreiben in der nächsten Mitgliederversammlung den Genossen zur Kenntnis zu bringen.

„An die Zentrale der K.P.Ö. Wien.“

Anknüpfend an die Beschlüsse der Erweiterten Exekutive hat das Präsidium des KKKI beschlossen, folgende Richtlinien an das ZK der K.P.Ö. zu entsenden.

1. Die Betriebsrätewahl als Auftakt im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung zu benützen, entspringt durchaus den Intentionen der Komintern.

2. Wahlfrage. Die Anzahl intellektueller Genossen im Wahlvorschlag erscheint als zu gross. Sollte es möglich sein ohne neue Meinungsverschiedenheiten in der Partei wegen dieser Frage hervorzurufen, Änderungen durchzuführen u. eine grössere Anzahl gewerkschaftlich tätiger Fabrikarbeiter aufzustellen, wäre dies angezeigt.

3. Gewerkschaftsfrage. Was das Verhalten der Kommunisten und revolutionären Gewerkschaftsfunktionäre bei Lohnverhandlungen betrifft, so wurde festgestellt, dass bei den Lohnverhandlungen der Metallarbeiter die Genossen P i e h s und Z i e g l e r keineswegs vor den reformistischen Bürokraten kapitulierten, sondern pflichtgemäss gehandelt haben. In der Frage der Textilarbeiter sind wohl Fehler vorgekommen, wurden aber durch den Gewerkschaftsrat, beziehungsweise die Reichskonferenz selbst richtig gestellt. In der Frage der gemeinsamen Liste bei den Bearbeitern, welche später von den Reformisten unmöglich gemacht wurde, gilt es festzustellen, dass die Aufstellung gemeinsamer (gewerkschaftlicher Listen) bei gewerkschaftlichen Wahlen nur als zulässig erscheint, wenn eigene Listen unmöglich sind und wie in diesem Falle der Wahlkampf agitatorisch und propagandistisch im Sinne der P.G.F. geführt wird.

Zur Frage des Militärverbandes ist festzustellen, dass die Soldatengruppe der K.P.Ö. in allen Fragen dem Parteivorstand unterstellt ist und auch ihre Berichterstattung an die zentralen Instanzen in Moskau durch den Parteivorstand zu erfolgen hat, soferne die Arbeit des Soldatenkomitees ausser gesetzlich ist, unterliegt sie der Kontrolle des betreffenden Ressorts der Partei.

4. Jugendfrage. Fraktionen sind in dem Jugendverbande unzulässig. Die Jugendorganisation soll sich nicht von den Fraktionen missbrauchen lassen. Sie hat das Recht zu den strittigen politischen Fragen Stellung zu nehmen, soll aber die Beschlüsse der KI. und im Rahmen dieser Beschlüsse die Direktiven der Partei loyal ausführen. Der Beschluss des Wiener Kreis Ausschusses über Ausschluss des Genossen Pape wird annulliert. Die Parteizentrale wird jedoch ersucht, den betreffenden Genossen nur für Parteiarbeit zu verwenden und in Zukunft die Jugendorganisation mehr sachgemäss und vorsichtiger zu behandeln, um gute Zusammenarbeit zu erreichen. Die Kommunistische Jugendorganisation wird ersucht, in die Jugendzentrale zum Zwecke der besseren Zusammenarbeit mit der Opposition und zur Liquidierung der inneren Streitig-

keiten geeignete Vertreter der Opposition aufzunehmen.

5. Parteipresse. Der Parteivorstand hat energisch seine Bemühungen fortzusetzen die Presse besser zu gestalten und darum eine Verbesserung des Redaktionsstabes anzubahnen.

6. Fraktionsstreit. Aus den von beiden Seiten eingelaufenen Berichten ist zu sehen, dass der Fraktionsstreit in der K.P.O. noch immer fortgesetzt wird. Das Präsidium des TKKI sieht zwar in diesem Moment nicht genügend Grund, um in dieser Frage vor der Parteipublikum einzuschreiten. Das Präsidium will aber die führenden Genossen der beiden Richtungen an die ernste Aufforderung der erweiterten Exekutive zur Liquidierung des Fraktionsstreites erinnern. Das Präsidium appelliert vor allem an die Arbeitermitglieder der Parteizentrale sie mögen alle Bestrebungen einzelner Fraktionsleute, das Interesse einer Fraktion-gleichviel welcher über das Parteiinteresse stellend, bekämpfen. Da der Streit heute, wie seine Formen beweisen, nur ein Personenstreit ist, ihn zu beenden und endlich die gerade jetzt so notwendige Zusammenfassung aller Parteikräfte im Kampf gegen die bürgerlichen und sozialdemokratischen Feinde des Proletariats durchzusetzen.

Mit kommunistischem Gruss:

Sekretariat des TKKI:

Rundstempel des TKKI

gezeichnet:

O. W. Kuusinen."

Es wird ersucht, obiges Schreiben in allen Teilen zur Kenntnis zu nehmen und dafür Sorge zu tragen, dass die Mitgliedschaft von seinem Inhalte durch Verlesen ehebaldigst Kenntnis erhält, um sich darnach richten zu können.

Im Auftrage des Parteivorstandes der K.P.O.:

Der Reichssekretär

gezeichnet:

Josef G r ü n .

Erklärung des Gen. Frey in der Sitzung der R. V. am 9. September 1923

Die Rede des Genossen Landler und das was ihm unmittelbar nachfolgte: zwingt mich zu folgender Erklärung:

Genosse Landler hat behauptet ich hätte gesagt die Betriebsräte sind abgetan, der Betriebsrätekonkress ist abgria, demgegenüber stelle ich fest das ich gesagt habe:

Die ganze alte Streitfrage ist für uns abgetan, ~~KKK~~ heute sind wir uns vollkommen einig über die Hauptlösung der Partei über die Arbeiter und Bauernregierung.

Ich habe die Gewerkschaftsfrage berührt nicht um Stoff zu neuen Streit zu schaffen, sondern umgekehrt um diese Frage aus der Welt zu schaffen.

Ich gehe weiter auf die rabulistische Argumentation Ländlers nicht ein, Landler hat den Zweck den er erreichen wollte tatsächlich erreicht, statt hinzuwirken auf eine friedliche

Stimmung auf eine Stimmung die die Annäherung erleichtert hat er mit vollkommener Absicht den ~~äußersten~~ äußersten

Hasard der Genossen aufgepeitscht, und in den Genossen die Auffassung hervorgerufen, das Hindernis welches die erspriesliche Arbeit, das vorwärtskommen der Partei erschwert, ja unmöglich mache sei die Person Frey. Das Verhalten der Mehrheit der Reichsvertretung hat gezeigt

das ~~es~~ tatsächlich zu dieser Auffassung gekommen ist.

Ich bin um den Streit keine Nahrung zu geben nicht eingegangen auf Dinge die sich in allerletzter Zeit vor nicht viel Stunden in der Partei ereignet haben, obwohl es sich um Dinge ~~KKK~~ handelt die in jeder anderen K.P. **a b s o l u t** ausgeschlossen sind, *und einen unfaulichen Bruch der Moskauer Beschlüsse darstellen.*

Angesichts der Auffassung welche die Mehrheit der Reichsvertretung beherrscht, meine Person sei das Hindernis der erfolgreichen Parteiarbeit und das Hindernis das die Partei vorwärts komme, sehe ich mich gezwungen meine Funktionen im Parteivorstand, im Politischen Büro, meine Funktion im Reichswahlkomitee zurückzulegen.

Ich ziehe vor aus der Partei ausgeschlossen zu werden, bevor ich dazu hergebe jenen Genossen zum Feigenblatt zu dienen, die zwar fort das Parteiinteresse im Kunde führen aber mit ihren Methoden die Partei zerstören.

Ich bin selbstverständlich solange der Parteivorstand nicht anders anordnet, die Arbeit am Wahlhandbuch ~~KKK~~ fortsetzen und zu Ende führen.

+ hier

≠ in Favoriten

red

Ueber die Reichsvertretung bist Du orientiert.

Montag nach der Reichsvertretung hatten sie eine Beratung, wo sie meinen Ausschluss planten. Der internationale Vertreter wollte unbedingt zuerst mit mir sprechen. Dienstag Vormittag war ich nun beim internationalen Vertreter, er wollte, dass ich die Demission zurückziehe und mich wegen des Bruches der Moskauer Beschlüsse, bei der Internationale beschwere. Ich vertrat den Standpunkt, dass sofortiger Friede in der Partei hergestellt werden müsste und dass daher sofort die Linzer, die Landstrasser die Steiermärkischen und vor allen die favoritner Sache liquidiert werden müsste. Ich sei bereit sofort die Demission zurückzuziehen, aber die Gegenseite müsste in den oberwähnten Fragen entgegenkommen. Selbstverständlich werde ich ausserdem der Exekutive berichten. Der Vertreter schlug mir darauf vor, wenigstens in Bezug auf die Kandidatur die Demission zurückzuziehen, da sonst die Gegner Einblick bekämen in die inneren Konflikte der Partei, wenn mein Name nicht auf der Kandidatenliste stehe. Diesem Argument konnte ich mich nicht verschliessen und gab meine Zustimmung, dass mein Name auf die Kandidatenliste gegeben wird.

Am nächsten Tag hatten sie nun eine Sitzung beim internationalen Vertreter, wo beschlossen wurde, meine Demission zur Kenntniss zu nehmen und sie auszudehen auf die Weidlinger Funktionen (der Zweck war, mich dadurch von der Wiener Vertrauensmännerkonferenz auszuschliessen, vor der sie grosse Angst hatten). Ferner mich nur in Graz kandidieren zu lassen. Schliesslich das ganze Material nach Moskau zu senden und einen Brief des internationalen Vertreters an die Wiener Vertrauensmännerkonferenz zu richten, sie mögen auf die Angelegenheit Frey nicht eingehen und sich nur mit der Wahlfrage befassen. (Diese Beschlüsse habe ich dann erst viel später erfahren) Sie zeigen jedenfalls, wie der internationale Vertreter über mich aufgebracht ist. Leider musste das in Kauf genommen werden, denn bei den gegebenen Verhältnissen, hätte es geheissen, sich von vorneherein geschlagen zu geben, wenn wir nicht den Handstreich in Favoriten unter allen Umständen

Dies Letztere hätte sich nicht mehr reparieren lassen, dagegen glaube ich, dass wir das Ungewitter von oben werden abschwächen können, obzwar ich damit rechne, dass ich ein wenig ramponiert daraus hervorgehen werde.

Donnerstag Abends nun hat die Wiener Vertrauensmännerkonferenz stattgefunden.

Unmittelbar vor Beginn setzte ich mich aus eigenem Antrieb mit Koritschoner, Wertheimer u. s. w. in Verbindung und sagte ihnen: " Die Partei braucht sofortigen Frieden damit wir geschlossen in die Wahl gehen und den Wahlkampf gut bestehen. Dieser Friede ist sehr leicht herzustellen, es bedarf nur eines kleinen Entgegenkommens auf beiden Seiten. Ich bin bereit den ersten Schritt zu tun, die Demission zurückzuziehen, aber ihr müsst Linz, Landstrasse, Steiermark und Favoriten sofort liquidieren. Ich werde eine versöhnliche Erklärung in der Konferenz abgeben, sonst mich aber nicht beteiligen.

Die Koritschoner und Tomann waren sehr erfreut über meine Absicht, ohne jedoch ihrerseits mehr zu geben als Phrasen.

Die Wiener Vertrauensmännerkonferenz begann. Der Vorsitzende verlas das Schreiben des internationalen Vertreters, worauf ich meine Erklärung gab, die sich kurz zusammenfassen lässt in die Worte: " Sofortiger Friede (Entgegenkommen auf beiden Seiten) in der Partei. Vorwärts geschlossen in den Wahlkampf".

Ausserdem sagte ich: " Meine Demission war ein inkorrektor Akt, das wusste und weiss ich, aber er war erzwungen durch die Verhältnisse, weil ein Grossteil der Genossen, insbesondere nach dem Handstreich in Favoriten, das Gefühl hatten, so ist jedes Parteileben unmöglich.

Meine Erklärung, die unseren Friedenswillen zeigte, wurde sehr beifällig aufgenommen. Koritschoner und Tomann gaben auch Erklärungen ab, die nur Phrasen waren.

Dann kam es zu mehreren geschäftsordnungswidrigen Abetimmungen, die schon klar zeigten, dass sie die Mehrheit der Vertrauensmänner nicht auf ihrer Seite hatten.

Es ging überaus stürmisch zu. Zum Unterschiede von früheren Zeiten zeigten unsere Genossen eine absolute Geschlossenheit und eine gewaltige Entschlossenheit, die ihren Eindruck nicht verfehlte.

Darauf kam ein langwieriges, nichtssagendes Referat Koritschoners. Er ging der deutschen Frage vollkommen aus dem Weg und nur hätte die Diskussion beginnen sollen. Da erteilte der Vorsitzende schliesslich dem Komitee das Wort zum zweiten Punkt. So also wollten sie durch einen Trick die Vertrauensmänner um die Möglichkeit bringen, zum Referat Koritschoners sprechen zu können. (Die Ausrede, dass die Vertrauensmänner nicht zu den Wahlen diskutieren wollten, sondern über Frey und andere Dinge, ist natürlich blanker Unsinn, denn das, worüber die Genossen am meisten die Aussprache wünschten, war die Frage, wie soll man die Wahlkampagne für unsere Frage ausnützen.)

Dieses Vorgehen des Vorsitzenden löste einen Sturm aus, wie du ihn dir nicht vorstellen kannst. Und da der Partei Vorstand darauf festhielt-----keine Diskussion, keine Abstimmung, auch nicht eine geschäftsordnungsmässige Abstimmung mehr (damit nämlich nicht gar zu Tage trete, dass sie die Mehrheit nicht mehr haben)-----so hielt der Tumult ununterbrochen an. Schliesslich, nach kurzer Beratung des Partei Vorstandes erklärte Koritschoner, das Verhalten der Vertrauensmänner zeige, dass sie sich statt mit der Wahlarbeit, mit anderen Dingen befassen wollen, darauf könne der Partei Vorstand nicht eingehen und werde das, was er für richtig halte, koste es was es wolle, durchsetzen und erklärte die Wiener Vertrauensmännerkonferenz für geschlossen. Diese Worte, die nur den Sinn wiedergeben (die Worte, koste es was es wolle, hat er bestimmt gesagt) entfiesselten einen ungeheuren Sturm und als die Koritschoner und "Tomann Anhänger" Bravo Partei Vorstand" riefen, antwortete ihnen ein "Pfui" von weit mehr als der Hälfte der Vertrauensmänner.

Am nächsten Tag Früh telefonierte ich Koritschoner an, sagte ihm, er möge sich nicht verhetzen lassen und bot ihm eine Unterredung unverzüglich an, damit wir unter der Losung, sofortiger Frieden und vorwärts in den Wahlkampf, alle Dinge augenblicklich liquidieren.

Koritschoner akzeptierte die Unterredung für den nächsten Tag. Ich fühlte schon da, dass er nicht die redliche Absicht habe, auf meinen Vorschlag einzugehen, aber immerhin hatten meine Schritte eine hemmsende Wirkung. Die Herrschaften planten nämlich nichts weniger, als mich aus der Partei auszuschliessen, besonders Tomann hetzte in dieser Richtung. Diesen Plan haben sie einstweilen aufgegeben.

Gleichzeitig richtete ich an den internationalen Vertreter einen Brief, worin ich ihm verständige, dass ich direkte Fühlung mit Koritschoner suche und zu welchem Zweck und ihm bitte, mich zu unterstützen.

Heute Vormittag nun hatte ich die Besprechung mit Koritschoner. Er ging auf meine Absicht, sofortigen Frieden zuzuschliessen nicht ein, sondern kündigte mir an, dass am Donnerstag Neurath kommen werde und er wird dann jeden Teil gesondert hören und nach Moskau berichten. Das zeigt Folgendes: Dem Koritschoner geht es nicht um die Partei, also auch nicht um den raschen Frieden, sondern darum, wie kann man die Situation ausnützen um den Frey, wenn schon nicht unmöglich zu machen, so doch derartigen Hiebe zu geben, dass die Führung Koritschoner für ewige Zeiten gesichert ist.

Und nun, was haben wir zu tun?

Zunächst eines. Nehmen wir den extremsten Fall, denn Ausschluss sei es von mir, oder von so und sovielen bedeutenden Genossen unserer Seite, oder sogar den kombinierten Ausschluss von Frey samt "Stabs-offizieren". Nun ohne Ausschluss dürften wir schon heute ziemlich ver-lässiglich in Wien an die Mehrheit der Vertrauensmänner reichen. Und wenn sie ausschliessen, dann graben sie sich erst recht das Grab.

Gegenüber dem Ausschluss würden wir nur den ordnungsgemässen Weg betreten. Selbstverständlich würde trotz alledem unser Stützpunkt mit erhöhter Aktivität, Klugheit, Kaltblütigkeit und Zähigkeit zu arbeiten haben, in engster vertraulicher Verbindung mit den Ausgeschlossen. Mit dem alten Ziel, Eroberung der Mehrheit am Parteitag und mittels der Parteitagsmehrheit, Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen u. s. w.

Aber vom Ausschluss abgesehen, was haben wir jetzt zu tun?

um ihren Plan (Ausschluss oder Hiebe) zu durchkreuzen und unsere Position noch zu stärken.

Ich glaube, dass es nichts weiteres gibt als folgende Parole: Augenblicklicher Friede in der Partei, Entgegenkommen von beiden Seiten, sofortige Liquidierung von Linz, Landstrasse, Steiermark und Favoriten. Frey hat sofort seine alten Funktionen wieder zu übernehmen, vorwärts geschlossen in den Wahlkampf.

Diese Parole schlägt ein. Wir sind da die Vorkämpfer des Partefriedens, dessen was jeder ehrlich wollen muss, der nur das Parteeinteresse im Auge hat.

Kongret bedeutet Linz: sofortige Ausfolgung der Mitgliedsbücher an die 16 nicht registrierten Genossen, sofortige Aufhebung der Suspendierung der 4 Linzer Genossen. Landstrasse: sofortige Einsetzung der enthobenen Funktionäre in ihre Funktionen. Steiermark: Schreiben des Partei Vorstandes an die Landesleitung, wonach Daniel in sämtliche Lokalorganisationen Steiermarks tatsächlich als Referent heranzuziehen ist. Favoriten: Ungiltig Erklärung der Neuwahl in Favoriten. Der alte Lokalausschuss führt die Geschäfte weiter.

Sehr wichtig ist, dass mein Handeln den Genossen sofort in's richtige Licht gerückt wird.

Meine Demission wird dargestellt als Disziplinbruch, als Durchbruch der Front mitten im Kampf und wer die Dinge nur formell betrachtet, der kann das wirklich glauben. Aber dem tieferen Sinne nach, ist es von mir eine direkte Aufopferung für die Interessen der Partei, die den sofortigen Frieden braucht, für die Rechte der Mitglieder, der Funktionäre der Organisationen, die so zum Schaden der Partei niedergetrampelt werden, siehe Linz, Favoriten u. s. w.

Es war ein äusserster Schritt im Interesse der Partei, in äusserster Zwangslage..

An den Parteivorstand der Kommunistischen Partei Oesterreich!

Der Lokalausschuss vernimmt mit Entrüstung die Vorgänge und das Resultat von der Reichvertretungssitzung am 9. Sept. und erklärt das durch die Reden der Parteivorstandsmehrheit nicht nur die Wahlarbeit und der Wahlausgang im allgemeinen schwer gefährdet ~~XXIX~~ wird, sondern der Wahlausgang im Wahlkreis in Graz im Besonderen auf das schwerste gefährdet ist. Der Lokalausschuss protestiert auf das entschiedenste gegen die Gesetze die Genosse L. gegen Gen. Frey inszenierte und dadurch, statt eine friedliche Stimmung für ein gedeiliches Zusammenarbeiten zu schaffen, denn ~~unter dem~~ Haß und Zwietsracht aufs neue ~~geschürt~~ und entfacht. Genosse Frey hat sich durch seine beiden Reden in Graz die größte Sympathie Vertrauen unter der revolutionären Arbeiterschaft von Graz erworben und war durch seine Kandidatur der größte Trögbalken und die beste Garantie für einen günstigen Wahlausgang im Wahlkreis Graz.

Dadurch das Genosse Frey, unter dem Druck der Programmstimmung gezwungen war alle seine Funktionen und seine Kandidaturen zurückzulegen ist die Lokalorganisation auf das schwerste gefährdet in der Wahlarbeit und im Wahlausgang.

Wir fordern das der Parteivorstand alle Maßnahmen trifft die es dem Genossen Frey ermöglichen seine Funktionen und Kandidaturen wieder zu übernehmen und in Zukunft es unterläßt neue Zwietsracht zu schießen. Der Lokalausschuss protestiert desweiterem, wegen des vollenständigen Versagens des p.V. in der Deutschen Frage, durch dieses Versagen allein schon hat der p.V. nicht nur seine glatte Unfähigkeit benützt,

sondern jeden Reiz gezeigt das nur der p.V. selbst an den Rückgang der Partei die Schuld trägt und nicht imstande ist die Partei zu führen und sie zu einer Masspartei zu gestalten.

Freya allein wird der Lokalausschuss ~~XXXXXXXXXXXX~~ und die Mitgliedschaft alles daransetzen um einen günstigen Wahlausgang sicherzustellen, der Lokalausschuss lehnt es jedoch ab die Verantwortung für einen schlechten Wahlausgang zu übernehmen und erklärt jetzt schon, die Verantwortung für einen schlechten Wahlausgang fällt in jeder Beziehung nur auf den p.V. der mit ~~XXXXXXXXXXXX~~ X seinen Reden und durch seine Unfähigkeit die Partei zerstört.

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.

Für den Lokalausschuss:



Graz, den 15. September 1920

An alle Ausgebeuteten in Stadt und Land!
=====

Am 21. Oktober werdet Ihr den Nationalrat wählen.
Wir fordern Euch auf kommunistisch zu stimmen.

Wir Kommunisten kämpfen darum, dass Euer Elend ein Ende habe. Kein arbeitsfähiger Mensch soll von fremder Arbeit leben. Ihr Arbeiter in Stadt und Dorf, die ihr auf Euren Schultern die Gesellschaft tragt, die ihr in Werkstätten, Fabriken, Bergwerken, auf den Bahnen oder auf den Feldern ^{bedarft} ~~bedarft~~, ihr Angestellte und Beamte die ihr für kargen Lohn öffentliches Eigentum verwaltet und den Reichtum einzelner mehren helft, ihr Frauen die ihr im proletarischen Haushalt, in den Werkstätten oder in den Fabriken ein noch kläglicheres Dasein fristet, ihr Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern, die der Kapitalismus immer tiefer drückt, ihr Invaliden und Kriegswitwen, die ihr als Opfer des imperialistischen Krieges schmachtet und auch ihr alle, die ihr mit offenen Augen das neuerliche Weltgenetzel des Imperialismus herannahen seht, ihr alle die ihr einen sorgenvollen Alter entgegengeht müsst wählen:

Eigenen Unter~~gang~~gang oder Kampf bis zur Vernichtung Eures Feindes, des Kapitalismus.

Die Kapitalisten, Grossgrundbesitzer, Grossbauern, die Herren über die ~~gross~~betriebe in Stadt und Land und die über ihnen thronenden Magnaten der Banken und Börsen wollen Euch ~~zxi~~ zwingen, ihr offenen und versteckten Helfer raten euch kampflos zugrunde zu gehen.

Die Raubpolitik der Christlichsozialen und Grossdeutschen im Kriege gestützt durch die Burgfriedenspolitik der sozialdemokratischen Führer, nach dem Kriege die Ausplünderungspolitik der ~~monarchistisch~~ ^{monarchistisch} gebliebenen Christlichsozialen gestützt durch die ~~sozialdemokratischen~~ Koalitionminister zuerst

und der vor der Entente schweifwandelnden Grossdeutschen gestützt durch die sozialdemokratischen ~~Koalitionsminister~~ ^X zuerst in offener Koalition und dann in Scheinopposition haben Österreich dahin gebracht, dass ^{die} ungeheure Mehrheit seiner Bevölkerung im Elend versinkt, dass Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit die Massen aufzehrt, dass ein paar tausend Schläger und Gauner prassen und schwelgen

Nie dürft Ihr Genf vergessen!

Seipel hat den Sklavenvertrag geschlossen, die sozialdemokratischen Führer haben ihm die Mauer gemacht. Der Genfer Vertrag ist die völlige wirtschaftliche und politische Entmündigung Österreichs. Ein Staathalter des ausländischen Kapitalismus hat das Heft in Händen und herrscht über Österreich. Österreich ist Kolonie geworden der internationalen Bourgeoisie. In der Macht der sozialdemokratischen Partei lag es, den Genfer Vertrag zu verhindern. Sie hat es nicht getan, sie hat es nicht einmal versucht, nicht durch Massenaktion, ja nicht durch parlamentarische Mittel. Für den Abschluss des Genfer Vertrages, ^{der} für eine Umstürzung der Verfassung und eine Entrechtung selbst des bürgerlichen Nationalrates ist, war die Stimme der sozialdemokratischen Abgeordneten notwendig und diese haben für ihn gestimmt. Sie begnügte sich mit dem lächerlichen Schein des ohnmächtigen „ausserordentlichen Kabinettsrat“ des Feigenblatts für den § 14 Zustand.

Die kommunistische Partei blieb in ihrem Kampfe allein, der Raubvertrag wurde Gesetz.

Wir stehen erst am Anfang der Genferei. Gelingt es den jetzt herrschenden Parteien sich am Ruder zu halten, dann wird Seipel den Schlüsselstein zur Genfer Sanierung legen:

Dann wird der Achtsturentag vollkommen verschwinden, ihr werdet 9, 10, 11 und 12 Stunden täglich roboten müssen, dann werden alle sozialpolitischen Errungenschaften verschwinden, der Arbeiterurlaub, der Jugendschutz, das Verbot der Nachtarbeit der Frauen, ja selbst die Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte, Invalide, Witwen und Waisen werden schutzlos dastehen

den, die Rechte der Betriebsräte werden mit Füßen getreten werden, damit die Bahn frei sei für die schrankenlose Ausbeutung, dann wird die Ausplünderung der Massen masslos gesteigert werden, die Warenumsatzsteuer, die Monopolpreise und die Zölle auf den wichtigsten Nahrungs- und Bedarfsgegenständen, die Eisenbahn und Posttarife werden wieder und wieder in die Höhe schnellen. Dann werden die Staatsbetriebe insbesondere die Eisenbahnen an das ~~das~~ Grosskapital um ein einziges Paponstiel verschleudert werden, der Mieterschutz wird aufhören, die Zinse auf das 15 tausendfache des Friedenszinses emporschnellen und die Hausgeier diese Milliardenrenten einsacken, die Not unserer Frauen und Kinder wird ins Grenzenlose wachsen, die Arbeiter, die Angestellten und die kleineren und mittleren Beamten, die Lehrer und die Ärzte, die Kleinbauern, die Häusler und die Landarbeiter, die kleinen Leute im Handel und Gewerbe werden nicht nur alle Lasten für Stadt, Land und Gemeinde zu tragen haben, sondern die bisherigen Geschenke an die Bourgeoisie werden ins Unermessene gesteigert werden.

Dann werden die letzten Rechte der Lehren Männer verschwinden, dann wird mit Polizei und Gendarmerie, Heimwehren, Frontkämpfern und Hakenkreuzler jeder Widerstand, der sich erhebenden Arbeiter und proletarisierten Mittelständler blutig niedergeworfen werden. Das ist die Senierung, wie sie Seipel meint.

Um das zu erreichen schafft das Grosskapital mit riesigen Goldsummen faszistische, hakenkreuzlerische Organisationen, deren eigentlicher Zweck die endgültige Niederknüppelung der Arbeiterschaft ist. Diese Organisationen wollen die durch die Untätigkeit der Sozialdemokratie ^{der notleidenden Mittelschichten} hervorgerufene ^{nach} Enttäuschung und den von dieser unerfüllten Drang ~~das~~ Aktivität ausnützen, sie wollen unter den Deckmantel eines demagogischen Programms die Verehelung dieser Massen im Dienste des Grosskapitals in Wahrheit nur noch mehr steigern und ^{endgültig} machen. Hinter den antsemitischen Phrasen steht jüdisches Kapital, das Pfaffen, Juden Fasziatengesinde ist einig im Bestreben, die die arbeitenden Menschen bis zum letzten Blutstropfen auszubeuten.

Sogar die bürgerliche Republik soll abgeschafft

werden. Die Regierung arbeitet in offener Bureau mit den
an der
Monarchisten zur Wiederaufrichtung der Monarchie.

~~Soll soll den restlose Sinn der bürgerlichen Par-
teien ausbreiten.~~

Uns was wollen die sozialdemokratischen Führer?
Sie wollen, dass weiterhin „die Massen die Opfer tragen“ sie
versprechen euch die Grosskapitalisten zu grossen Opfern zu
verhalten. Aber sie wollen doch in die Koalitionen! Glaubt ihr, die
Bourgeoisie wird mit den sozialdemokratischen Führern ein Bünd-
nis schliessen um Opfer zu bringen? Lasst euch nicht täuschen.
Die 4 Jahre Koalitionspolitik seit dem Umsturz seien euch
Warnung genug! Wenn ihr der Sozialdemokratie folgt, wird Seipel
seine „Sanierung“ vollenden.

Aber es kann, ~~soll~~ und muss anders werden. Alle
durch die Genferpolitik der christlichsozialdemokratisch-grosse
deutschen Front ins Elend gestossenen müssen sich sammeln

Zum Sturze der Seipelregierung

Zur Verhinderung jeder Koalitionsregierung

Zur Aufrichtung einer

Arbeiter und Bauernregierung,

die geführt von der Arbeiterklasse getragen ist von dem Bünd-
nis der Arbeiter, mit den notleidenden Mittelschichten in Stadt
und Land.

Im Kampfe für die Arbeiter und Bauernregierung wer-
den wir die Pläne der Monarchisten zu schaden machen. ^{Un an} ~~Stelle~~
~~Stellung~~ der Republik der Bosel, Sannes und Castiglione die Re-
publik der Arbeiter und Bauern schaffen.

Diese Arbeiter und Bauernregierung, die die ungeheu-
re Mehrheit des Volkes hinter sich hat stützt sich auf die aus-
serparlamentarischen Orga^{ne} des Proletariats, die Betriebsräte,
die Gewerkschaften, die Ausschüsse zur Kontrolle der Produktion
und Ernährung, die bewaffneten Betriebsarbeiter. Sie wird ihre
ganze Kraft gegen die Feinde der werktätigen Massen, gegen die
Grosskapitalisten und Grossagrarien, gegen die Wucherer, Schieber,
Spekulanten und gegen die bewaffneten Gardes des Kapitals ein-
setzen. Sie wird an Stelle der Anarchie der grosskapitalistischen

einen Ausbeuter Ordnung und Rücksichtnahme an die Wirtschaft bringen, sie wird die Steuer-Finanz- und Wirtschaftspolitik grundlegend auch umgestalten, statt die Massen wird sie die Reichen besteuern. Der Kampf um die Sanierung durch die Nationalisierung der Industrie und die Enteignung des Grundbesitzes wird eingeleitet durch die Erfassung der Sachwerte und durch die Kontrolle der Produktion, des Verkehrs, des Handels, der Banken und Börse, durch die Vertrauensmänner der werktätigen Bevölkerung.

Sie wird die Sachwerte erfassen, ~~sie~~ wird die Valuten und Devisenbestände, alle Luxusgegenstände, Gold, Silber, Juwelen der Ausbeuter und Schieber, die ~~Bestände~~ Schätze in Kirchen, Tempeln und Klöster alles ohne Entschädigung in Beschlag nehmen. Hier wird sie ^{die} 745 Millionen Goldkronen finden, die der Völkerbund für die Rücksendung seiner 585 Millionen und des Diktators Zimmermanns verlangt, ~~es~~ ^{hier} wird sie die Mittel zur Sanierung finden ohne auf die Wäckerkredite der räuberischen Ententekapitalisten angewiesen zu sein, hier wird sie die Mittel zu grosszügigen Investitionsarbeiten finden, die den Arbeitslosen und Kurzarbeitern Arbeit und Brotschaffen werden.

Sie wird ~~die~~ Bekämpfung des furchtbaren Wohnungsproblems, den Mieterschutz aufrecht erhalten und ausbauen, die Wohnungen der kommunalen Verwaltung übergeben, die vorhandenen Wohnräume rationieren, die Paläste und Villen den wohnungsbedürftigen zur Verfügung stellen und auf Kosten des Besitzes ein umfangreiche Bautätigkeit entfalten.

Zur Sicherung ihrer Macht wird sie die Wehrmacht die Polizei und Gendarmerie und ~~den~~ staatlichen Bürokratie, den Justizapparat eingeschlossen, von allen konterrevolutionären Elementen säubern und durch zuverlässige Arbeiter, Angestellte und Beamte ersetzen. Sie wird ~~sie~~ ~~nicht~~ ~~anzuletzt~~ ~~den~~ ~~hunderttausend~~ ~~Angestellten~~, die Seipel aufs Pflaster fliegen lässt, ^{Bundes} ~~entnehmen~~.

Der Handelsvertrag mit dem Bunde der Sowjetrepubliken wird ausgebaut und reger Wirtschaftsverkehr mit dem ~~dem~~ auch

den breiten Massen der Arbeitslosen und Kurzarbeiter Arbeitsgelegenheit zu sichern.

Nur die Arbeiter und Bauernregierung wird der Verwahrlosung und dem Blönd der Jugend Einhalt gebieten, die Spitäler und Kinderheime vor weiterer Sperrung bewahren, die Kinderversicherung, Witwen und Waisenfürsorge, Arbeitslosenversicherung, Alters- und Invalidenversicherung auf Kosten der Besitzenden schaffen, die Kranken- und Unfallversicherung, und die Pensionsversicherung der Privatangestellten ausbauen, Schulen wieder eröffnen und die Wissenschaft neu fördern.

Nur die Arbeiter und Bauernregierung wird die Pächter schützen, ~~den Kleinbauern~~ ^{den Kleinbauern} durch Beistellung von Geppannen und Maschinen, Versorgung mit elektrischer Kraft, Düngelieferung zur Seite stehen, für den alten Gemeindewald und die alte Gemeindeweide aus den Händen der Dorfgrossen zurück in die Nutzniessung der kleinen Leute im Dorfe bringen, sie nur will kann und wird den Arbeitern in Stadt und Land wirklichen Schutz angelehnen lassen.

Das Joch des ^{te}Entenkapitalismus und seiner Trabanten zu brechen, den Raubvertrag von St. Germain und den Sklavenvertrag von Genf zu beseitigen wird das Ziel der Arbeiter und Bauernregierung sein und sie wird dazu gestützt auf Sowjetrussland den Weg finden durch den Kampf im Bunde mit dem internationalen Proletariat und durch den Anschluss an die kämpfende Arbeiterschaft Mitteleuropas insbesondere ^{re} Deutschlands.

Kann dies alles durch die Wahl von Kommunisten in den Nationalrat erreicht werden?

Die Kommunisten wollen im Nationalrat auf weithin sichtbarer Tribüne die Forderungen des Proletariats jederzeit un ohne Rücksichten und Zugeständnisse vertreten, sie wollen alle übrigen Parteien in jedem Momente vor die Wahl stellen, für oder gegen das Proletariat. Die Kommunisten haben keine Illusionen über die Bedeutung der bürgerlichen Demokratie. Sie wissen, dass die Entscheidung durch den rev. Massenkampf in den Betrieben und auf der Strasse herbeigeführt werden wird.

Wer keinen Selbstbetrug will, sondern heraus will aus der Not, der muss für die Einheitsfront der Arbeiterklasse für den Klassenkampf und für den Vortritt der kämpfenden Einheitsfront, die Kommunistische Partei eintreten. In geschlossener Front allein vermögen die Unterdrückten alle hinweg zu fegen, si sich hindernd oder hemmend ihren Interessen entgegenstellen. So nur können sie ^{ihre} die ~~Befreiung der österreichischen notleidenden Massen~~ erkämpfen, so können sie durch Erreichung des nächsten Zieles der Arbeiter und Bauernregierung zum Anschluss an die kämpfende Arbeiterklasse aller Länder zur Überwindung des Kapitalismus gelangen.

Wer es ernst meint um das Schicksal des österreichischen werktätigen Volkes, der wähle am 21. Oktober kommunistisch. ~~Die Kommunistische Partei~~

Kommunistische Partei Österreichs
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

SEKRETARIAT
DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHÖSTERREICHS

TELEPHON 11.186.

WIEN VIII., ALSERSTRASSE 69.

TELEPHON 11.185.

Wien, 29. September 1923.

Gen.

Josef Frey,

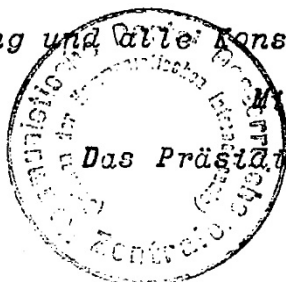
W i e n X I I .

W.G.!

Im Besitze Deines heutigen Schreibens teilen wir Dir mit, dass es unrichtig ist, dass der Parteivorstand beschlossen hat, Dich als Listenführer für den Gemeinderat Wien XII aufzustellen. Wahr ist vielmehr, dass vom PV ursprünglich die Aufstellung an 4. Stelle vorgeschlagen war, wovon aber angesichts der Demission von allen Kandidaturen durch die Erklärung auf der Reichsvertretung und angesichts der Vereinbarung zwischen Vertretern des EKKI und dem PV, wonach nur die Kandidatur Frey in Graz aufrechterhalten, Abstand genommen werden musste, wovon auch die Genossen des Lokalausschusses Wien XII verständigt wurden. Als aber der Lokalausschuss Wien XII gestern abends in einer Besprechung mit dem Präsidium des PV in Anwesenheit des Vertrauensmannes des EKKI darauf beharrte, Dich an die Spitze der Kandidatenliste für den Gemeinderat Wien XII zu stellen, widrigenfalls vier Genossen von ihrer Kandidatur zurücktreten, hat das Präsidium in der Zwangslage, in der es sich von den Mitgliedern des Lokalausschusses einen Tag vor dem Ablaufe der Frist zur Einbringung der Kandidatenlisten versetzt sah, der Pression zu weichen, dass aber auf den Lokalausschuss und auf die Kandidaten die volle Verantwortung und alle Konsequenzen fallen.

Mit Parteigruss

Das Präsidium des PV der KPOe :



F. J. Koritschoner
K. J. Tausch

VERLAUTBARUNGEN

ÜR ORGANISATOREN U. REFERENTEN IM VIERTEL UNTER DEM MANHARTSBERG

D.-Wagram, den 30. September 1923.

Lieber Genosse F r e y!

Brief erhalten! Dank. Nun gleich zur Sache: Auf der niederösterreichischen Konferenz (23. September) habe ich gegen die Ränkeschmiede und jetzigen zynischen Lügenbolde im Parteivorstande scharf Stellung genommen; unter anderem erwähnte ich auch „dass es auf der letzten Wiener Konferenz recht wüst hergegangen sei“ und führte diesbezügliche Tatsachen an. Ich bin masslos erstaunt zu hören, dass ich auf obgenannter Konferenz ausgeführt haben soll: „Mein Informator ist Genosse Frey!“ Da hab ich in meinem schlichten Sprachsatz nur ein Wort für denjenigen Plutzer über (der dies behauptete) – und das ist: Lügenbold! – Überdies ist niemand hier, der uns das Recht nehmen könnte (weil es unsere revolutionäre Pflicht ist) über die jetzigen Zustände, über den Sauhaufen, Führung und andere Instanzen in der Partei zu sprechen. Ich stelle fest, dass Du über die Wr. Konferenz nie mit mir gesprochen hast; bei unserem letzten Treffen oben in der Partei haben wir doch nur einige Worte gewechselt. Einen, diesen Sachverhalt richtigstellenden Brief schicke ich an den löbl. P.V. ab

— gestern
Nun zur Hauptsache: Haben/in Hohenau eine Mitgliederversammlung und heute dortselbst eine Wahlkreis-Konferenz gehabt. Ferdin war auch anwesend; die arbeitsreiche Konferenz, wo wir am Schlusse Rück- und Ausblick hielten, zeigte uns objektiv eingeschätzt: Aus eigener Kraft geht es vor- und aufwärts! – Ich habe in der Hohenauer Mitgliederversammlung als Kernproblem die deutsche Frage behandelt; Sturz der Stresemann-Hilferding-Regierung. – Arbeiter und Bauernföderation Deutschland! –

Anschliessend an diese Lösungen müssen wir aber noch (dies ist meine Ansicht) einen sehr wichtigen Faktor in Betracht ziehen, einen Faktor der in der jetzigen Etappe der deutschen sowie Weltrevolution eine bedeutende Rolle spielt: Sowjetrussland!

Das deutsche Proletariat, verbündet mit Sowjetrussland hat klare Front: gegen Hilferding-Stresemann-Poincaré.

Wirtschaftliche Vereinigung mit Sowjetrussland, militärisches Bündnis mit der revolutionären Arbeiter- und Bauernföderation Deutschlands – Austausch von Rohstoffen und Lebensmittel gegen Industriefabrikate und Maschinen usw. usw. – Zu betonen wäre auch: Hinter der KPO steht die Mehrheit des tschechischen Proletariats usw. –

Wir werden im Viertel unter dem Manhartsberge im Sinne Deines Schreibens arbeiten, weil wir der bescheidenen Meinung sind – dass dies der einzige richtige Weg ist, die klare politische Linie, die die Partei auf- und vorwärts bringen wird. Nach den Wahlen, das muss kommen: TROCKENLEGUNG DES SUMPfes!

Hoffe baldigst eine Aussprache, da die flüchtig hingeworfenen Zeilen nur einen Bruchteil dessen beinhalten, was unsere Gehirne und Herzen bewegt!

Mit Parteigruss



Proletarier!

Proletarier!

Über den

Bürgerkrieg in Deutschland und die Wahlen

spricht Genosse **Daniel und Wagner**

am **Montag den 1. Oktober 1923** um **halb 8 Uhr abends** in den
„**Sternsälen**“, **Grenadiergasse.**

Erscheinet in Massen in dieser Wählerversammlung! Die bürgerliche und sozial-
demokratische Presse verschweigt bewusst die wahren Vorgänge in Deutschland. Der
Bürgerkrieg ist offen proklamiert, die Diktatur **Rahr-Ludendorff-Sollmann** ausgerufen.

Kommunistische Partei Österreichs.

Verleger und verantwortlich für den Text: **Ulbert Wagner**, Graz, **Wienerstraße 197.**

Druck: **H. Haner**, Graz, **Franzstraße 19.**

Wien, 4. Oktober 1923

An Gen. Frey!

Übermittle hiemit einen an Dich gerichteten Brief des Dr. [X] Rosenfeld und ersuche Dich gleichzeitig, so bald als möglich den bei Gen. Rothe erliegenden Revers der Kandidaten zu unterschreiben.

Mit Parteigruß

2 Beilagen.



Abschrift:

Kommunistische Partei Österreichs

Zentrale: Wien, VIII., Alserstraße 69
Fernsprecher 11.186

Wien, 4. Oktober 1923

An Gen. Frey!

Übermittle hiemit einen an Dich gerichteten Brief des Dr. [X] Rosenfeld und ersuche Dich gleichzeitig, so bald als möglich den bei Gen. Rothe erliegenden Revers der Kandidaten zu unterschreiben.

Mit Parteigruß



2 Beilagen

Resolution des Lokalausschuss Graz im Auftrage eines einstimmigen Beschlusses der Vollversammlung.

R

An den Parteivorstand.

Der L.A. bestätigt den Kauf der Schreibmaschine des P.V. vom 26. u. 27. September und erklärt hierzu folgendes:

1. Der L.A. stellt nach wie vor fest das die Schreibmaschine rechtliches Eigentum der L.O. Graz ist. Die Behauptung des P.V. entspricht nicht den Tatsachen, die Schreibmaschine wurde von erparten Geldern die aus Ungarn zur Unterstützung der Inhaftierten Gen. der Grazer Organisation überwiesen wurden gekauft. Wir haben ein schriftstück wo eine Anzahl Genossen die damals in der Initiative waren und jetzt noch in der Partei sind mit ihrer Unterschrift oben angeführten Sachverhalt bestätigen.
2. Das Vorgehen des P.V. in dieser Angelegenheit trotz der im bekannten oben angeführten Tatsachen ist unerhört und steht einzig in der Kommunistisch internationalen da. Das Vorgehen des P.V. ist eine grobe Verletzung der Rechte der Lokalorganisation, ein parteischädigender Mißbrauch der Disziplin, ein plünderer Eingriff in das Eigentum der Lokalorganisation Graz. Der L.A. stellt fest das der P.V. die Angelegenheit nicht vom Rechtsstandpunkt, beurteilt und davon seine Stellungnahme und Handlungsweise abhängig macht, sondern vorweg mit Absicht die Rechtslage ausgeschaltet und die Angelegenheit zur Machfrage um das prestige - - gestaltet hat. Diese Vorgangsweise des P.V. hat die Hilfe zur Förderung der Grazer Genossen hervorgerufen, nur mit Mühe gelang es den L.A. die Gemüter der Genossen zu beruhigen.
3. Trotz all der oben angeführten Tatsachen wird sich die Lokalorganisation der unter dem Deckmantel Disziplin verhaltenen Gewalt im Interesse der Partei fügen und die Schreibmaschine an das Landessekretariat anliefern. Die Organisation verzichtet lieber auf die Schreibmaschine bevor sie es zulässt das der P.V. aus der Lokalorganisation Graz ein zweites Mal macht. Wir weichen nur der Gewalt um zu verhindern das der P.V. die Grazer Organisation durch seine Gewaltmethoden zerstört.
4. Die Grazer Organisation wird den Kampf um die Schreibmaschine weiter führen bis das Recht über die Gewalt in der Partei gesiegt hat, das möge sich der P.V. merken.
5. Der Lokalausschuss X legt den schärfsten Protest gegen die Gewaltmethoden des P.V. und insbesondere gegen Genossen Tomann ein.

Graz, am 11. Oktober 1923

Für die Lokalorganisation Graz:
Der Vorsitzende:

Diese Resolution wurde einstimmig angenommen.
Es wurde beschlossen eine Abschrift der Landesleitung zur Information zu überreichen.

Betrifft :
Bericht über die Situation
in der Oberösterreichischen
Partei und Jugend.

An den Parteivorstand der Kommunistischen Partei

Wien VIII

Werte Genossen!

Im nachstehenden gebe ich einen Bericht über die Ergebnisse der Sitzung mit der Kreisleitung und dem Ortsgruppenausschuss der Jugend und einer mit Einverständnis des Parteivorstandes mit einigen Mitgliedern der Oberösterreich. Landesorganisation gepflogenen informativen Besprechung.

Es war meine Aufgabe zu untersuchen, ob die Jugend die Wahlarbeit gehindert haben oder hindern werde, ^{wie} die Solidaritätserklärung der Jugendzustandekom, ob der Beschluss, keine Kandidaten in Oberösterreich als Zwangsmittel gegen den Parteivorstand angewendet wurde um die Aufhebung der Suspendierten zu erzwingen und was die Genossen veranlasst hatte den Beschluss, sozialdemokratisch zu wählen, zu fassen.

Zunächst zur Jugend : Die Jugend hat tatsächlich eine Vertrauens-
klärung ~~xxx~~ für die Landesleitung abgegeben, allerdings in mündlicher
Form, die leicht schärfer ausgelegt werden kann als eine schriftliche.
Dass diese Erklärung keine Rebellion gegen die Statuten und übergeordnete
Instanzen gleichkommt, geht schon aus der Tatsache hervor, dass der Vertreter
der Jugend für die Annahme der Suspendierung der Landesleitung eingetre-
ten ist, allerdings um lediglich den formalstatutarischen Bestimmungen
genüge zu tun und bei gleichzeitiger Feststellung, dass sie von dem Be-
schluss des P.V. als einen schweren Fehler und die Berufung auf den Illä-
galitätsparagrafen für unrichtig erachte. Es ist nun ^{aus} der bei Bekanntgabe
des P.V. Beschlusses unter den Vertrauensmännern der Partei und Jugend her-
vorgehobenen Erbitterung ^{persönlich} zuzuschreiben, wenn die Vertreter der Jugend die
Erklärung abgeben, die suspendierte Landesleitung anzuerkennen und dem
Parteivorstand das schärfste Misstrauen auszusprechen. Die Jugend hat

weiterhin das grösste Vertrauen zu der Landesleitung, von der sie überzeugt ist, dass sie die Fehlerarbeit im Sinne der Beschlüsse der KP eingeleitet hatte und im Sinne des PV fortführt. Sie hält die Voraussetzungen und die Gründe des PV, die zum Beschluss der Suspendierung führten für richtig. Ferner ist sie überzeugt, dass der Landesleitung nicht nur jede Absicht der Sabotage fernliegt, sondern dass die Fehlerarbeit sowohl im Landes- als auch im Ortsmassstab nur im Verein und mit Unterstützung der im der Landesleitung befindlichen Genossen ^{überhaupt} geleistet werden können, welche Genossen doch die Auslese der aktiven Parteiarbeiter in Oberösterreich sind. Die Beratungen fanden ihren Abschluss in folgender schriftlichen Resolution:

"Die Kreisleitung und der Ausschuss der Ortsgruppe Linz der kommunistischen Jugend erklären auf ihrer Sitzung vom 14IX, dass sie mit aller Kraft die Landesleitung und den Ortsgruppenausschuss der Linzer Organisation in der Durchführung des Parteivorstandsbeschlusses unterstützen und mit äusserster Aktivität führen werden.

"Sie nehmen mit Befriedigung die Erklärung des Vertreters des Parteivorstandes zur Kenntnis, dass ein Schiedsgericht unter Vorsitz von internationalen Vertretern in Angelegenheit der Oberösterreichischen Organisation und der schwebenden strittigen Fragen einberufen wird.

"Sie erklären, dass der Beschluss des Parteivorstandes vom 2. Oktober nur auf Grund ungenügender Kenntnis der Arbeit der Landesleitung und Lokalorganisation in Bezug auf die Vorbereitung der Fehler zustande gekommen sein kann, dass die ausdrückliche Meinung auf dem Illegalitäts-§ der unmittelbare Anlass zur Solidaritätserklärung für die Landesleitung war und dass die Jugendorg. Oberöest. in Miskunft alle Schritte in Einklang mit der Jugendzentrale unternehmen wird."

Zur Lage in der Partei. Soweit ich mit Genossen Fühlung nehmen konnte, fand ich überall eine äusserst gereizte Stimmung vor. Der Parteivorstand hat in den Augen der Genossen nahezu seine ganze Autorität eingebüsst. Das ist einer Reihe von Tatsachen, die sich im Laufe des Jahres abgespielt haben zurückzuführen. Das Verhalten der Parteivertreter ^{vorstands-}Rothe, Tomann, Polzer hat zunächst bei den Linzer Genossen grosse Erbitterung hervorgerufen. Auf die Einzelheiten, die ja weit zurückliegen kann ich in diesem Rahmen nicht eingehen. Der Umstand, dass für das Traunviertel ein vollständig unbekannter, der ortsansässigen Bevölkerung vollständig fremder Genosse als Kandidat aufgestellt wurde fand bei den Styriener Genossen kein Verständnis. Die Art der Umregistrierung bei Anwesenheit des Linzer Genossen Dalleroder, die nach Angabe desselben nach rein persönlichen Gesichtspunkten der Genossen Tomann und Polzer erfolgt hat das Vertrauen zum P.V. vollständig untergraben. (Man bewies mir die Oberflächlichkeit der Umregistrierung an der Tatsache, dass zwei Genossen, dass sie Földi und Fritz Bauer überhaupt keinen Bescheid erhielten, hingegen Ackerl, der früher der Pechierererrichtung angehörte und vom damaligen Linzer O.G.-Ausschuss der die Mehrheit der Pechierergruppe verkörperte deswegen ausgeschlossen wurde weil er im sozialdem. Tagblatt einen offenen Angriff gegen Cepek unternahm als Parteimitglied registriert wurde!) Grosse Empörung haben die den Linzer Genossen zu Ohren gekommenen Entstellungen und Unrichtigkeiten über das Verhalten der Linzer Genossen bei der letzten Gemeinderatswahl hervorgerufen. Die Linzer Genossen hatten damals den vom P.V. vorgeschlagenen Wahlvorschlag nicht zur Kenntnis genommen, weil der Parteivertreter Rothe weder in der persönlichen Besprechung noch in irgendeiner Sitzung den Beschluss des Parteivorstandes begründen wollte, warum Dalleroder und Pechierer, die populärsten Genossen in Linz nicht als erste in der Kandidatenliste stehen. Rothe änderte, nachdem er sich mit der Minderheit entfernt hatte, selbständig den Parteivorstandsbeschluss, die Pechierergruppe reichte ihre eigene Liste ein. Nachdem diese bereits eingereicht war, reichte Mayer für die Cepekgruppe den von Rothe geänderten Parteivorstandsvorschlag ein. Die Genossen erklärten, dass sie den Fehler nicht entschuldigen wollen, aber dass man andererseits gegen sie nicht mit Verläumdungen

und Entstellungen arbeiten dürfe. Hierzu kommt noch, das letzte Ereignis hierzu: dass der F.V. die Suspendierung der oberösterreichischen Landesleitung auf Grund vollkommen falscher Zugrundelegung und mit Berufung auf den Illegalität ^{50/} § des Statuts vornahm, dessen Wortlaut mit dem Sachverhalt absolut nicht in Einklang zu bringen ist. Schliesslich sind die Mitglieder der Landesleitung äusserst ungehalten über das Verhalten des Gen. Fiala in Oberösterreich, der ihrer Auffassung nach versucht hat, gegenüber Deubler zu intrigieren und zu dessen Berichterstattung beim F.V. kein Vertrauen gezeitigt wird. Schliesslich hat die Tatsache, dass die Gen. Tomann und Polzer Briefe an die Genossen Futterer und Giehammer in Steyr bzw. Neuzeug - Letten - Genossen, die bisher auf der Linie des F.V. standen - schrieben, in denen sie die ganze Schuld an den Zuständen in der Ob. Oest. Organisation dem Gen. Deubler beimessen, auch den letzten Teil der hinter dem F.V. stehenden Genossen in Opposition zu demselben gebracht. Zur Stellungnahme der oberösterreichischen Landesleitung zu den Nationalratswahlen nachstehend folgendes:

~~X~~ Die Annahme des F.V., dass die oberösterreichische Landesleitung bewusst auf die Sabotage der Wahlarbeit ausgegangen ist, um eine Einreichung der Kandidatenliste unmöglich zu machen, ist auf Grund der mit vorgelegten Tatsachen, Dokumente, Briefe meiner Ansicht nach nicht richtig. Ich hoffe, Gen. Fiala wird zum selben Ergebnis gekommen sein. Einige Tatsachen: Die redühaltig Korrespondenz der Landesleitung weist eine Menge Briefe, die Direktiven zur Wahlarbeit beinhalten auf, ferner wurden in stundenlanger Arbeit vom Gen. Deubler und Hermann Bauer die handschriftliche Vertäufeltigang der vom F.V. zugesendeten Direktiven vorgenommen. Genosse Deubler bemühte sich, mit Gen. Futterer 4 Wochen vor der Wahl in einer Vertrauensmännerkonferenz in Steyr gegen die missmutige und äusserst deprimierte Stimmung bei den Funktionären über die ihrer Ansicht nach vollkommen fehlerhafte Wahltaktik. Gen. Deubler traf die Vorbereitungen zur Wahlarbeit in Wels und es ist zweifelhaft, ob die Genossen ohne sein Zutun, die Wahlarbeit im geleisteten Ausmass gemacht hätten. In Linz wurde leider zu spät, denn die Landesleitung wollte sich nicht in die A

gelegenheiten des vom P.V. eingesetzten O.G.-Ausschusses einmengen, die Linzer Organisation neu aufgebaut, nachdem wochenlang keine Mitgliederversammlungen und Ausschusssitzungen schliesslich nur mit 2 Mitgliedern zustandekamen. Da keine Hoffnung bestand, dass der alte Ausschuss die Organisation aufrichten könne, wurde von der Landesleitung mit Hilfe der Jugendorganisation eine Mitgliederversammlung einberufen, die seit langem wieder 43 Mitglieder vereinte und in der über die Wahlarbeit gesprochen wurde. Ueberall wurde also die Vorbereitung zur Wahl und zur selbständigen Kandidatur der K.P. geleistet.

^{nach}Worauf ist die Tatsache, dass in Steyr und Linz nicht die notwendige Anzahl von Unterschriften aufgebracht wurde und der Umstand, dass in Wels 300 Unterschriften zustandekamen, zu erklären? Weder in Linz noch in Steyr hatte man angenommen, dass der Widerstand bei den eigenen Mitgliedern und Vertrauensleuten so gross sein würde, dass die notwendigen Unterschriften nicht zustande zu bringen wären. Beide Organisationen wurden knapp vor dem Einreichungstermin von der Tatsache überrumpelt, dass es den Sprengelfunktionären unmöglich war, die Unterschriften aufzubringen. In Steyr versuchte Fatterer noch knapp vor der Abfahrt zur Landesleitung die restlichen Unterschriften aufzubringen, aber es war vergebens. Die Organisation hat mit der Abfahrt des Gen. Grün nach Deutschland einen Rückgang zu verzeichnen. In Linz glaubte man, dass nach der Mitgliederversammlung in der allerdings nur 36 ihre Unterschrift gaben, dass die restlichen ohne weiteres aufzubringen wären. Selbst die suspendierten 4 Genossen und ein Teil der Ausregistrierten gaben ihre Unterschriften. Dafür aber verweigerten eine Reihe anderer Genossen, die Mitglieder der K.P. sind die Unterschriften, solange in Angelegenheit der Umregistrierung und Suspendierungen keine Klarheit geschaffen sei. Bevor man noch ^{auf} gegen die Genossen, die die Unterschriften verweigerten, Einfluss nehmen konnte, war es bereits zu spät. ^{# Siehe Ergänzung} Unter dem Eindruck dieser Berichte beschloss die Landesleitung in ganz Oberösterreich, sich der Kandidatur zu enthalten - niemals hat sie den Beschluss zu Wahlenthaltung gefasst - um der Sozialdemokratie und

Zu Seite 5:

H. Ergänzung

Dass die Welser Organisation 300 Unterschriften aufbrachte ist einerseits darauf zurückzuführen, dass diese Organisation am wenigsten erschüttert wurde, andererseits aber auf einen Trick, der natürlich nicht auf alle Organisationen bei sonstiger Gefahr einer eventuellen Kompromittierung der K.F. angewendet werden konnte. Unter dem Vorwand, dass die auf ~~gelistete~~^{gelistete}, die über den Zweck des Unterschriftensammelns keinen Vermerk hatten, gesetzten Unterschriften die Beitrittsklärung zum republikanischen Schutzbund sei, wurde eine erhebliche Anzahl von Unterschriften zustandegebracht. Genosse Deubler konnte nur mit Mühe und Not dem ^{Gen. Deubler} Funktionär des oberöst. rep. Schutzbundes, der nicht genau wusste, worum es sich handelt und Aufklärung über Sonderaktionen der K.F. im republikanischen Schutzbund wollte, auseinandersetzen, dass die ganze Angelegenheit auf einem argen Missverständnis beruhe.

der Öffentlichkeit die Tatsache der Nichtaufbringung der Unterschriften politisch leichter verteidigen zu können.

Unrichtig ist, dass die Landesleitung vor diesem Beschluss auf die Welsler Organisation zum Verzicht auf die Kandidatur einzuwirken versuchte, richtig ist vielmehr, dass allerdings auf Grund des Landesleitungsbeschlusses, der Welsler Organisation nahegelegt wurde, der Kandidat ^{von} Abstand zu nehmen, zu welchem Beschluss der ~~aus~~ ⁱⁿ der Welsler Organisation ~~ent-~~
~~stand~~ ^{Schieb} Genosse keine Zustimmung gab. Als jedoch die Welsler Organisation sich nicht einverstanden erklärte, wurde keine irgendwie gearteten Druckmittel gegen sie angewendet. Im Gegenteil Gen. Deubler hielt selbst die Wahlrede, in der er genau die Direktiven des P.V. befolgte, ja es gelang ihm sogar, die durch eine rhetorische Entgleisung und von Sozialdemokraten disqualifizierte Haltung des Gen. Fiala geführte Versammlung in jeder Beziehung zu einem Erfolg für die K.F. zu gestalten.

Der Beschluss des P.V., so sicherten mir alle Genossen zu, wird gänzlich eingehalten werden, obzwar die Genossen der Ansicht sind, dass dieser Beschluss nicht aus der Erkenntnis politischer Notwendigkeit entspringt, sondern nur mit ihren Worten zu sprechen, einer provokatorischen Absicht entspreche, die Landesorganisation und die angeschalteten Funktionäre zu organisationschädlichen und undisziplinierten Handlungen zu verleiten.

Der Beschluss, sozialdemokratisch zu wählen, wurde vorbehaltlich der Zustimmung des P.V. gefasst und ist die Darstellung des Gen. Fiala in der Mitgliederversammlung in Lambach, wo er den Beschluss als eine partikularistische Eigenmächtigkeit der L.D. darstellen wollte, unrichtig. Die o.ö. Gen. erklärten mir, dass sie damit das Vertrauen zu Gen. Fiala, verloren hätten und meinen, dass auch in Wien unobjektiv berichtet haben dürfte, und mir den Wunsch ausserten, den P.V. und den Vertreter der Intern. selbst zu informieren, was jedoch mit der Einsetzung des Schiedsgerichtes überflüssig geworden sei.

Ferner wurde festgestellt, dass der Brief des Gen. Hermann Bauer

kein Ultimatum an den P.V. sein sollte, die Entscheidung über Umregistrierung und die 4 Suspendierten durch die Stellungnahme der Landesleitung zur Wahlarbeit zu erzwingen. Dass dieses Vorhaben der Landesleitung ferngelegen sei, belegen die Genossen mit der Tatsache, dass sie dem Parteivorstand zur selben Zeit, wie alle anderen Mitglieder der L.L., von der Einberufung der Sitzung verständigt hatten. Das Nichterscheinen eines Vertreters des P.V. hat Verwunderung hervorgerufen, um so mehr, als ja auf der Tagesordnung die Wahlarbeit stand und zur Wahlvorbereitung bis zu dem Datum kein Vertreter des P.V. sich in Oberösterreich eingefunden hatte, eine Tatsache, die wohl keiner anderen Organisation in Oesterreich unterlaufen sein dürfte.

Der Beschluss, die Suspendierung der Landesleitung durch den P.V. nicht zur Kenntnis zu nehmen, entspricht einem spontanen Vertrauensvotum für die Landesleitung, die natürlich weit über den Rahmen der statistischen Befugnisse einer solchen Instanz hinausgeht. Das Auftreten des Jugendvertreters auf Durchführung der Suspendierung hatte nur zur Folge dass die Vertrauensleute einstimmig sich für diesen Nichtzuerkennung ausprochen. Die Organisationen und Vertrauensleute sehen in den letzten Wochen eine merkliche Konsolidierung der Organisation und gewannen das Vertrauen zur Landesleitung als Institution wieder. Die Vertrauensleute halten keine andere L.L. für arbeitsfähig. Die L.L.-führerseite steht auf dem Standpunkt, dass mit dem vom Vertreter des P.V. eingelegten Vetoß gegen den Beschluss sodem zu stimmen, eine offiziöse Anerkennung resp. Duldung der L.L. durch den P.V. erfolgt ist und halten die Fortführung der Arbeiten für notwendig, wenn nicht der Bestand der K.P. in Ob.Oest. überhaupt gefährdet werden soll.

Ich vertrat den Gen. gegenüber den Standpunkt, dass der Beschluss auf Nichtzuerkennung der Suspendierung ein Sitzplattendruck und Fehler gewesen sei, und kam mit der Gen. überein, dass sie an den P.V. eine genauere Darstellung der Situation einschicken.

Mit warmen Gruss

Heinrich

Resolution.

In rasendem Lauf spitzt sich die Lage in Deutschland zu. Nur folgende Lösungen sind möglich: Kapitulation vor den Ententeimperialismen; das wäre die Oesterreichisierung Deutschlands, das wäre die Verewigung der Oesterreichisierung Oesterreichs. Verhinderung der Kapitulation durch einen faschistischen Putsch; das wäre der Versuch die deutsche Arbeiterklasse niederschlagen, um den nationalistischen Krieg von 1914 wieder aufzunehmen.

Verhinderung der Kapitulation durch eine revolutionäre Arbeiter und Bauernregierung, die das Bündnis mit Sowjetrussland schließt und die Tribute an die Entente auf Kosten der deutschen Kapitalisten solange entrichtet bis sie stark genug ist, das Joch des Ententekapitalismus zu brechen. Das sein, das der faschistische Putsch Deutschland zerreiht und ein faschistisches Süddeutschland entgegenstellt einen Arbeiter und Bauernstaat Nord und Mitteldeutschland. Dann entbrennt in breiter Front der offene Bürgerkrieg in Deutschland. Das Oesterreichische Proletariat aus dem revolutionären Kampf der deutschen Arbeiterklasse mit allen Kräften unterstützen.

Die Oesterreichischen Proletarier müssen kämpfen gegen alle ~~Art von Putsch~~ die von Oesterreich aus den faschistischen Putsch in Deutschland fördern; gegen alle Arten von Faschismus in Oesterreich und seine offenen und versteckten Geldgeber und Helfershelfer. Sie müssen kämpfen gegen alle die von Oesterreich aus die Kapitulation Deutschlands fördern, wie es unter anderen auch die sozialdemokratischen Führer tun.

Die Oesterreichischen Proletarier müssen die Entwicklung in Deutschland aufmerksam verfolgen. Sie müssen die Erfahrungen der deutschen Arbeiterklasse ausnützen für den Kampf gegen den Oesterreichischen Faschismus; sie müssen lernen von auch ideologisch und politisch zu bekämpfen. Sie müssen lernen aus der Politik der Sozialdemokratie Deutschlands das Wesen der Oesterreichischen Sozialdemokratie zu erkennen. Die Tatsache des Hilferdingerschen Bankrotts muss ihnen ins Hirn hämmern, dass jede Art von Koalitionspolitik das Proletariat in den Abgrund führt.

Die Oesterreichischen Proletarier müssen die Lage in Deutschland ausnützen, um die revolutionäre Entwicklung auch in Oesterreich vorwärts zu treiben.

Vom ersten Augenblick an die Aufmerksamkeit des Oesterreichischen Proletariats auf die Lage in Deutschland zu lenken, die Oesterreichische Arbeiterklasse aufzurufen zur Unterstützung der kämpfenden Brüder in Deutschland und die revolutionäre Zuspitzung der deutschen Lage auszunützen um den revolutionären Kampf in Oesterreich vorwärts zu treiben, das war und ist die Aufgabe der K.P. Oesterreichs.

Diese Aufgabe hat die Partei nur unzulänglich erfüllt. Die K.P. Partei muss den Kampf der deutschen Arbeiterklasse aktiv unterstützen und für den Vormarsch des Oesterreichischen Proletariats ausnützen.

Dass die Partei die Mitglieder über die Taktik, die die erweiterte Exekutive gegen den Faschismus angeleitet hat, durch wochen hindurch, überhaupt nicht informiert hat, dass sie es unterlassen hat diese Taktik den Mitgliedern rechtzeitig verständlich zu machen, hat der Sozialdemokratie die erwünschte Gelegenheit gegeben unter dem Slogan der Losung: "Hackenkreuz und Sowjetstern" zum Angriff auf die Kommunisten überzugehen, der die Mitglieder, da sie vollkommen unvorbereitet waren, in den betrieblen in große Schwierigkeiten gebracht und in breiten Kreisen der Mitgliedschaft große Verwirrung angestiftet hat.

Abw. auch nach diesem Angriff hat die Partei die Taktik der K.P.D. nicht genügend beleuchtet, mehr noch, sie hat sich sogar gegen diese Taktik gestellt. Gewiss, die Taktik der K.P.D. gegen den Faschismus darf nicht schablonenhaft angewendet werden, aber die Partei hat die Anwendung dieser Taktik überhaupt abgelehnt. Das ist formell ein Bruch der Beschlüsse der Erweiterten XI Exekutive, politisch aber ist es ein schwerer Fehler.

Die Taktik der Exekutive der Kommunistischen Internationale ist ein Fortschritt der revolutionären Taktik. Die Wiener ^{Ver-}trauensmännerkonferenz erwartet, dass die Partei in Sinne dieser Taktik handeln wird.

niedere und mittlere
Höran an die Arbeiterrassen! - das ist die Hauptlösung der K.P.Oe. Aber Tatsache, ~~KLK~~ das es in Oesterreich proletarische ^{proletarische} Mittelschichten gibt, Angestellte, ~~kleinere~~ ^{kleinere} und Beamte und auch viele kleine Leute in Stadt und Dorf, die Tatsache, dass diese proletarierten Mittelschichten unter allen möglichen Schlagworten vom österreichischen Faschismus im Schlepptau gezogen werden, die Tatsache zwingt der Partei auch die Lösung, auf: Höran an die proletarischen ~~KLK~~ ^{proletarischen} Mittelschichten! - um sie aus dem Bann des Faschismus zu lösen.

7. 8. 39
Kein besseres Mittel zur Bewältigung all dieser Aufgaben gibt es gegenwärtig als die Lösung "Arbeiter und Bauernregierung", die allen Notleidenden, auch den proletarierten Mittelschichten, den Weg zeigt, auf dem sie unter Führung der Arbeiterklasse die Befreiung aus der gemeinsamen Not erreichen können. ~~Die~~ ^{Die} Partei ~~darf~~ ^{darf} auf die entscheidendsten Argumente, die die sozialdemokratischen Führer der Lösung der Arbeiter und Bauernregierung entgegen werfen nicht schweigen, sonst schwächt sie die Anziehungskraft dieser Lösung. Sie muss es Verstehen alle Argumente der Gegner zu entkräften und die Lösung besser und konkreter als bisher zu propagieren.

Im Kampfe für die Arbeiter- und Bauernregierung, im Kampfe gegen den Faschismus und indem die Partei die revolutionären Aufgaben, vor die ~~KLK~~ ^{KLK} sie die sich zuspitzende Lage in Mitteleuropa ~~hat~~ ^{hat} und das Fortschreiten der kapitalistischen Offensive in Oesterreich selbst stellt, so wird die Partei auch die Wahlen Politisch am besten vorbereiten.

Die K.P. Ce und die deutschen Ereignisse

Das Verhalten des P.V. zur deutschen Frage zeigt seine vollständige Unfähigkeit, eine politische Partei führen zu können, auf.

I. Vollständige Passivität

Schon vor den Wahlen hätte die K.P. das deutsche Beispiel in die Wahlpropaganda stellen müssen. Aber selbst als sich die Lage immer mehr zuspitzte, Sachen in äusserster Gefahr stand, liess man nichts als Phrasen in der Roten Fahne.

Leitartikel v. 27. Okt. "Hoffen wir dass die oesterreichische Arbeiterklasse, wenn das Proletariat Deutschlands sich machtvoll erhebt, Stresemann und seine Stinnes-Sozialisten durch einen Generalstreik zum Teufel jagt, wie einst die Regierung Cuno, sich seiner Lage bewusst werden wird."

"Mit aller Kraft und der Zusammenfassung aller Teilbewegungen wird auch die Arbeiterschaft Oesterreichs das Reich des Kanzlerprälaten ... zu zertrümmern wissen"

Leitartikel vom 25. X.: "Die Arbeiter müssen sich wehren und den Kampf aufnehmen gegen die Heimwehrbanditen"

Leitartikel vom 30. X.: "Solidarisch mit den Klassengenossen Deutschlands müssen wir uns zur Wehr setzen. Der Kampf gegen die oesterreichische Reaktion ist ein Akt der Solidarität für das bedrohte Mitteld Deutschland."

Bis zum 28. X. zeigte die K.P. aber nirgend auf, was zu tun sei. Der P.V. hätte gleich bei Beginn der Gefährdung der sächsischen Arbeiterregierung sich an die proletarischen Organisationen Oesterreichs wenden können, um zu fordern:

1. Verlässliche Wehrformationen an die Grenze
2. Entwaffnung und Auflösung der gegenrevolutionären Formationen
3. Bewaffnung und militärische Übungen des republikanischen Schutzlandes
4. Sofortige Verhinderung von Munitionstransporten.
5. Sofortige Sammlungen und Spenden der oesterreichischen Gewerkschaften für die deutschen Bruderorganisationen.
6. Lebensmittelsendungen durch die oesterreichischen Gewerkschaften
7. Unterstützungen der proletarischen Gemeinden für eingekerkerte und hungernde deutsche Arbeiter.

Der Aufruf zum politischen Widerstand erschien viel zu spät. Ein Aufruf zum Zweck der Wirtschaftshilfe wurde überhaupt nicht erlassen, ~~bis dann~~

selbst eine wirtschaftl. Hilfsaktion einleitete. Die Parolen des Aufrufs machen die K.P. nur lächerlich: z.B. "Zuverlässige Wehrleute an die Grenzen, also nicht Formationen sondern einzelne Wehrleute. Beim 2. Aufruf wurde einfach die Forderung "Entwaffnung und Auflösung der gegenrevolutionären Formationen" vergessen. Die Forderung nach dem Ausbau des R.S.B. ist ungenügend. Die S.P. laut doch täglich aus. Aber der Aufruf wandte sich nicht an die S.P. zur gemeinsamen Abwehr sondern besagte: Im Zeichen der Einheitsfront über die Köpfe der Samierungssozialisten hinweg wird sich die Arbeiterschaft zum Kampfe sammeln. Und das eine Woche nach dem Ausgang der Wahlen, die die Partei der Lächerlichkeit preisgaben.

II. Die Kritik der deutschen Sozialdemokraten.

Anstatt den Zersetzungsprozess und die Bankrottpolitik der S.P. D wirklich tiefgründig u. überzeugend auseinanderzusetzen erging sich die R.F. nur in der Aufzählung der Missetaten einzelner Führer. Selbst die A.Z. besorgte die Kritik der deutschen S.P. besser als unsere Rote Fahne. Auf den Arbeiter wirkt durchaus nicht das Geschimpfe sondern die Tatsache, dass die SPD zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herabgesunken ist. Im allg. beschränkte sich die darauf, nicht die Ereignisse in ihrer Konsequenz aufzuzeigen, sondern zu sagen: Seht das sind dieselben Sozialdemokraten wie in Oesterreich. Der Arbeiter der die oesterreichische SP. radikaler einschätzt musste daher sofort gegen die RF vorgeingestimmt werden.

III. Die Kritik der oesterr. Sozialdemokratie

Die KPCe stellte die SPOE vor keine Alternative. Ihr Renomee verstand sie zu retten, trotz des Bankrotts der KPD. Sie kritisierte kläglich in zwingenderer Form als die KPCe. die Taktik der SPD und sagte damit den Arbeiter: wir sind andere, bessere Leute als die drüben. Und sie leitet die Wirtschaftshilfe ein während die KP sie nicht einmal gefordert hatte. So benutzte die SP die KP je schlagkräftigen Waffe. Nervlose Kritik überzeugt die SP Arbeiter nicht. Die KP hat weiter aufgezeigt was nötig ist noch hat sie die Möglichkeit etwas zu tun. Diese moralische Niederlage ist ebenso gross wie die Wahlniederlage, nur lässt sie sich nicht in Zahlen. Es ist eine unsichtbare Niederlage. Anstatt die Einheitsfront zu fordern, schreit die RF wie der kleine Gernegross: "Weg Ueb"

"Über die Köpfe der sozialdemokratischen Führer hinweg!" Damit schlägt sie für alle Zeiten unsere wichtigste Forderung nach der Einheitsfront den Agitatoren und Vertrauensleuten der KP aus der Hand denen man Demagogie vorwerfen wird, weil sie die Phrase der Einheitsfront im Munde führen aber die Führer beneidigen wollen. In einem Atemzug mit dieser Feststellung fordert die KP aber jedenfalls ein gemeinsames Komitee. Zuerst weg mit den Führern dann gemeinsames Komitee. Das wird kein Arbeiter begreifen.

IV. Die Schreibweise der Roten Fahne

Sie hat überhaupt keine politische Meinung. In den Artikeln die von Koritsch tshoner oder auch sonst jemand geschrieben werden findet man Beistriche und Fettschablonen, aber keinen Gedanken. Die Tatsachen, die ohnehin schon in den Telegrammen stehen werden schön sauberlich im Artikel aneinandergereiht. Man lese die "Freie Presse" und wird eine bessere Verwertung und richtigere Perspektive finden als in der KP. Auch die AZ verstand es besser und eindeutiger den Bankrott der SPD darzustellen wie die KP. Gerade zur selben Zeit wo die SPD eine Änderung der Taktik vornahm, nachdem sie z.B. schon politische Arbeiterräte (also über die Parole der Arbeiter und Bauernregierung schon hinausging) forderte, erhielten die Aufrufe der SPD zu zur Zuspitzung des Kampfes. Das bedeutet eine direkte Irreführung der Kommunisten. Unsere Genossen müssen die Empfindung einer Niederlage der SPD gehabt haben, wo dieses gerade einer Provokation der deutschen Bourgeoisie und einer Katastrophe entging. In Wirklichkeit hat die KP die ungewisse Entscheidung hinausgeschoben um sich den Rückhalt im Reich noch völlig zu verschaffen und ihren Einfluss organisatorisch zu sichern. Es gilt die linksradikalen Sozialisten die natürlich politisch äußerst unzuverlässig sind zu überwinden und die org und militärischen Voraussetzungen zu einem allgemeinen Aufstand zu unternehmen. Die KP hat auch nicht zum Generalstreik aufgerufen, sondern wäre die Abwehr ganz anders ausgefallen. Sie sagte vielmehr, dass nur der Generalstreik ein Mittel der Abwehr sein könne, sie machte den Generalstreik also von den Gewerkschaften und der SPD abhängig um dieselben zu koepronittieren. Nichts davon in der KP. Aber schon sagte sie es sei eine Niederlage des deutschen Proleta-

riester "G Niedergeschlagen doch nicht besiegt". Das gerade in dem Augenblick als die KPD gerade der Niederlage mit knapper Not entgangen ist. Aber die KPD ist schnell dabei die Niederlage - in Deutschland festzustellen, auch wenn sie nicht da ist, in Oesterreich verschweigt sie dieselbe auch wenn sie jedes Kind sieht. Das heisst sich in die Rolle des Königs in Andersens Märchen zu versetzen der doch selbst eingedet ein schönes prächtiges Gewand anzukleben, während alle Leute sehen dass er nackt einhergeht.

Jede andere Leitung des Arbeitern hätte es besser getan als dieser nach fraktionellen Gesichtspunkten aus Unfähigkeiten zusammengesetzte P.V. denn man hätte wenigsten die Dummheit unterlassen, die uns lächerlich machen, wenn vielleicht auch nicht immer die aktivste Lösung gefunden worden wäre.

Das 1. Kapitel beginnt mit folgendem Zitat aus dem Buche Otto Bauers: "Im Frühjahr 1919 wurde die Diktatur in Ungarn und Bayern proklamiert; in Österreich wehrte die Sozialdemokratie den Ansturm des Kommunismus ab."

In der Polemik gegen Otto Bauer fehlt dann aber jede Andeutung des Kampfes der Sozialdemokratie gegen den österreichischen Kommunismus. Wohl ist an verschiedenen Massnahmen der österreichischen Sozialdemokratie Kritik geübt, aber nur an solchen Massnahmen, die auch innerhalb der damaligen Sozialdemokratischen Partei zu Auseinandersetzungen geführt haben; und zwar:

- 1) an der Entwaffnung der proletarischen Soldaten
- 2) an der Art der Aufstellung der Polizei,
- 3) am Wehrgesetz ect.

Es fehlt aber:

- 1) Eine Kritik der Darstellung der Volkswehr (Spaltung der Roten Garde etc),
- 2) Eine Kritik der bewaffneten Unterdrückung der kommunistischen Bewegung,
- 3) ~~Eine Kritik der Auflösung der Roten Garde.~~

Otto Bauer deutet aber ganz deutlich auf diese militärischen politisch wichtigsten Kampfhandlungen der Sozialdemokratie gegen den österreichischen Kommunismus hin.

Wenn man in solcher Weise in einer Kritik der sozialdemokratischen Politik im Jahre 1919 von den sozialdemokratischen Kampfhandlungen gegen die kommunistische Bewegung schweigt, so muss das den Eindruck rewecken, dass man sich etwa dieser Zeit zu schämen hat. Die kommunistische Bewegung hat wohl die Pflicht kritisch auch die Geschichte zu betrachten, sie wird aber niemals ihre Geschichte ignorieren dürfen. /

Dabei ist es ~~NAHRRIKIEKY~~ politisch keineswegs notwendig in die Polemik gegen Otto Bauers Buch auf Einzelheiten die Taktik des Jahres 1919 zurückzukommen. Aber die allgemeine Linie der kommunistischen Partei, die von der Sozialdemokratie blutig und mit Gewalt unterdrückt wurde, müsste, wie wir glauben, in einer Polemik gegen Otto Bauer seinem Bericht gegenüber gestellt werden, in dem er sich rühmt, den Ansturm des Kommunismus abgewehrt zu haben. Auch aus taktischen Gründen .

- - - - Dasselbe gilt auch für die wirtschaftliche Kritik.

~~Nach diesem Artikel in dem ~~Verlag~~ ~~der~~ ~~Genossen~~ ~~Zarin~~ ~~nicht~~ ~~als~~ ~~Serie~~ ~~sondern~~ ~~als~~ ~~einzelne~~ ~~Artikel~~ ~~erscheint~~, ~~würde~~ ~~es~~ ~~für~~ ~~sehr~~ ~~gut~~ ~~sein~~~~
und Untertitel/
✓ Titel/vorschlagen: *ich schlage vor*

Die Verschiebung der Kräfteverhältnisse in
Österreich.

~~Zu Otto Bauers Buch über die österreichische Revo-~~

Politisches.

A.) Welche Taktik soll die K.P. in den bevorstehenden Wahlen einschlagen?

1.) Durch das Lösgern des P.V. Klarheit in der Frage der Wahltaktik zu schaffen, hat die S.P. sowohl politisch, als auch organisatorisch vor uns bereits den Vorschlag von mehr als 6 Wochen gewonnen! Schon Anfang Mai hat Genosse Friedländer im P.V. den Antrag gestellt, auf Beschlussfassung über die Frage der Wahltaktik. Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Eine Woche später hat die Genossin Strömer diesen Antrag in der Form übernommen, dass das Polit.-Büro beauftragt werden soll, sofort seine Stellungnahmen zur Frage der Wahltaktik dem P.V. vorzulegen. Der Antrag wurde angenommen, seine Durchführung jedoch subotiert.

Mitte Mai hat schliesslich Gen. Schlamm im P.V. den Antrag gestellt, der P.V. möge das Herantreten an die S.P. beschliessen. Dieser Antrag wurde mit 5:3 Stimmen angenommen, pro: Schlamm, Fiela, Riets, Strömer, Ketzlik (Friedländer und Richter hatten gefehlt, wären aber dafür gewesen), contra: Tomann, Heschek, Pankert (Mayer Moritz der Fehlte wäre dagegen gewesen).

Schliesslich kam es am 25./5. zur Wiener Vertrauensmännerkonferenz. Hier zeigte sich, dass es in der Partei in Wiener Masstabe drei Strömungen in Bezug auf die Wahltaktik gibt:

- a.) Die Richtung Poliak. Zusammengehen mit der S.P. um jeden Preis, unter allen Bedingungen: zum Schutze des bedrängten Parlamentarismus.
- b.) Die Richtung Frey. Anwendung der Einheitsfronttaktik zu dem Zwecke, um die Wahlkampagne zum Anknüpfungspunkt und Ausgangspunkt eines intensiven Massenkampfes zu machen. Offener Brief an die S.P., Adbot im Einheitsfront den Kampf gegen die Seipelregierung und Verleumdung des Proletariats zu führen, und diesen Kampf zu eröffnen, durch die gemeinsamen zu führende Wahlkampagne unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.
- c.) Die Richtung Moritschoner-Tomann. Diese Richtung sieht den Wahlkampf ausschliesslich unter dem Gesichtswinkel des Kampfes um die Erringung einer neuen Propaganda-Tribüne für die K.P.O. Diese Richtung versteht nicht, dass es in der gegenwärtigen Situation darauf ankommt, mit Hilfe der Einheitsfronttaktik in ehrllicher und auch dementsprechend demokratischen Arbeiter klar ersichtlicher Weise den Versuch zu unternehmen, den Wahlkampf zum Anknüpfung- und Ausgangspunkt eines zum Sturze der Seipelregierung führenden Massenkampfes zu machen. Die Richtung Moritschoner-Tomann will von einem solchen Adbot an die S.P. nichts wissen. Nur Einzelne aus ihrer Mitte wollen höchstens von einem Adbot zur Koppelung der Bestimmen etwas wissen, jedoch die Koppelung ist seit der Wahlreform im Jahre 1920 abgeschafft.

Die Richtung Frey verlangt, dass der P.V. in Fortsetzung des nun schon seit Jahr und Tag immer wieder bekundeten Bestrebens die Einheitlichkeit des Kampfes zustande zu bringen, an den P.V. der S.P. mit einem offenen Briefe herantrete, mit Rücksicht darauf, dass die Seipelregierung immer frecher, das Blend des Proletariats immer grösser wird unter Führung der organisatorischen Selbständigkeit bei der Partei, in einheitlicher Front den Kampf aufzunehmen zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe und zur Verbesserung der Lage des Proletariats, und diesen Kampf zu eröffnen, durch gemeinsamen Wahlkampf für eine Einheitsfront unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.

~~XXXXXXXXXXXX~~ auf die Vorkämpfer des Proletariats gestützten Arbeiterpartei...
Die Richtung Frey verlangt, dass der P.V. in Fortsetzung des nun schon seit Jahr und Tag immer wieder bekundeten Bestrebens die Einheitlichkeit des Kampfes zustande zu bringen, an den P.V. der S.P. mit einem offenen Briefe herantrete, mit Rücksicht darauf, dass die Seipelregierung immer frecher, das Blend des Proletariats immer grösser wird unter Führung der organisatorischen Selbständigkeit bei der Partei, in einheitlicher Front den Kampf aufzunehmen zur Abwehr der kapitalistischen Angriffe und zur Verbesserung der Lage des Proletariats, und diesen Kampf zu eröffnen, durch gemeinsamen Wahlkampf für eine Einheitsfront unter Bedingungen, die den revolutionären Bedürfnissen des Proletariats entsprechen, Bedingungen, deren Erfüllung das Proletariat als notwendig erachtet und deren Erfüllung zugleich dem Proletariat durch die verwirklichte einheitliche Kampffront möglich erscheint.

b.) Die beiden Parteien müssen sich verpflichten, dafür zu sorgen, dass der Reichsbetriebersätekongress sofort durchgeführt wird, derart, dass er bis zum 15. August in Wien zusammengetreten sein wird. Welche Betriebsräte zum Reichsbetriebersätekongress delegiert werden, bestimmen die Arbeiter der Betriebe in direkter Wahl.

Der Reichsbetriebersätekongress hat die Kontrolle über die Arbeiterregimentierung; die Arbeiterregimentierung ist und bleibt für alle ihre Schritte verantwortlich.

Durch den Reichsbetriebersätekongress ist ein dauernder Kampf Betriebsräteorganisationen zu schaffen, deren Hauptzweck ist die Betriebskontrolle und die Produktionskontrolle. Der Reichsbetriebersätekongress schafft örtliche Kontrollausschüsse, deren Hauptzweck ist die Transportkontrolle sowie die Kontrolle insbesondere die Preiskontrolle.

c.) Auflösung und Zerschlagung aller reaktionären Organisationen. Reinigung der Wehrmacht, Polizei und Gendarmerie von allen monarchistischen und reaktionären Offizieren und Bürokraten. Inangriffnahme der Wiener Polizei, unter die Wiener Landesregierung.

d.) Behrhaftmachung des Proletariats: Schulung, Aufbau der Proletarierorganisationen zu Massenorganisationen, die alle notwendigen Proletarier umfassen.

e.) Kampf um die Aufhebung des Genfer Vertrages, eine weitere Vertiefung des Kampfes auf die Schultern des Imperialismus, Abbau der imperialistischen Kräfte, welche das Proletariat zu trapeuzenförmigen Versenkungen der Bewegung zwingen müssen.

f.) Sicherung der Kosten der Bewegung: Alle Lasten auf die Schultern der Stadt- und Landkapitalisten, Schwächereinfassung durch Antitrustgesetze und Antitrustpotenzen, Kapitalsteuern.

g.) Eine Veranschaulichung der Notwendigkeit der Notwehr.

Im offenen Brief müsste eine Antwort innerhalb 14 Tage verlangt werden.

Socialdemokratische Partei Österreichs
Österreichischer Arbeiterpartei
Österreichischer Arbeiterpartei

2.) Bewertung der verschiedenen Reaktionen auf den offenen Brief

a.) Die Richtung der Sozialdemokratie hat rein menschlich mit der S.P. zusammengehört um jeden Preis des belästigt die Partei zu schreiben. Diese Richtung ist liquidatorisch und muss auf dem aller schärfsten bekämpft werden.

b.) Die Richtung der Kritischen Fronten.
Diese Richtung sieht nicht, dass es im Interesse des österreichischen Proletariats notwendig ist, mit dem Wahlkampf einen wirklichen Massenkampf herbeizuführen gegen den Genfer Vertrag und dessen Folgen, gegen die Sozialdemokratie für die Arbeiterregimentierung und dass dieser Massenkampf nur zu erreichen ist, durch die Anwendung der Einheitsfronttaktik, und das gerade im Wahlkampf, in dem die S.P. Führerschaft gezwungen ist, die Massen bis zu einem gewissen Grade aufzunehmen, sich die günstigste Gelegenheit dazu bietet. Mit der Einheitsfronttaktik unter dem Druck dieser Massen die S.P. entweder über die Wahlkampagne hinaus zu einem ernstem Massenkampf vorwärts zu zwingen, oder, was viel wahrscheinlicher ist, durch die Ablehnung des offenen Briefes und die darauffolgende Anwertung durch die K.P. den Massen aus erst zu beweisen, dass es der S.P. nur um die Mandate zu tun ist, und andererseits eine günstige Plattform für die Wahlkampagne und für das Vorwärtkommen der ~~Österreichischen Arbeiterpartei~~ K.P.Ö. überhaupt zu schaffen.

dem Verhalten des jungen Reichs, diese seine Schuld dadurch bewahren will, dass sie sich bemüht sich immer mehr zu nähern und so - vorwärts zu gehen. Es ist nicht die Taktik des ~~Österreichischen Arbeiterpartei~~ selbstbewussten, seiner sicheren Revolutionäre, sondern die Taktik des unsicheren, des zögerlichen Reaktionsärs.

Wir müssen uns bemühen, die Anhänger dieser Richtung von der Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit dieser Taktik zu überzeugen, und es wird das umso besser gelingen, wenn wir es nicht darauf beschränken ihre Taktik zu kritisieren, sondern zugleich positiv

die Vorteile unserer Taktik aufzuzeigen.

d.) Die Taktik der Richtung Frey; sie hat zwei Alternativen.

Erster Fall: Die S.P. lehnt ab. Das ist das Wahrscheinliche. Dann stehen die Sozialdemokraten vor den Massen als diejenigen da, welche die Einheitsfront verhindert haben, als die Spalter! Dann ist vor dem Proletariat bewiesen, dass sie weiter Koalitionspolitik treiben wollen, dann ist bewiesen, dass sie die Betriebsräteorganisation, die Produktionskontrolle, die Transportkontrolle, die Markt- und MEX-Preiskontrolle ablehnen! Dann ist bewiesen, dass sie weiterhin der Lösung: "Alle müssen Opfer bringen" anhängen.

Stellt Euch vor dass wir den Offenen Brief als Flugblatt in einer riesigen Auflage verbreiten, in dem Moment, wo wir ihn der S.P. überreichen und während der vierzehntägigen Befristung durch eine grosse Zahl von Betriebs- und Massenversammlungen die S.P. Arbeiterschaft darauf aufmerksam machen, dann werdet ihr Euch bei der heutigen Stimmung der Massen die Wirkung einer Ablehnung schon vorstellen können.

Zweiter Fall: Die S.P. nimmt an. In diesem Falle haben wir nur den Nachteil, dass wir uns nicht zweien können. Diesen Nachteil hätte auch die S.P. Aber dieser Nachteil lässt sich durch ein technisches Abkommen zwischen den beiden Parteien schon beiseitigen. Dagegen hätten wir den riesigen Vorteil, die S.P. riesig weit nach links gedrängt zu haben. Hier sind wieder zwei Fälle möglich.

Entweder die S.P. Führerschaft würde die angenommenen Bedingungen ehrlich durchführen. Dann müssen dadurch die Massen gewaltig radikalisiert werden. Sehr gut, nur zu! Leider ist diese Möglichkeit nur theoretisch.

Die S.P. Führerschaft würde die Bedingungen in besten Falle am Papier annehmen, würde in gewisse Zeit so tun, als ob sie die Bedingungen durchführen würde, dann aber käme der Umsturz, der Betrug. Das wäre der Moment, wo breite Schichten der S.P. Arbeiterschaft sich von ihrer Partei lösen würden und für uns zu gewinnen wären.

So oder so oder so: In jedem Falle haben wir bei dieser Taktik die gewaltigsten Vorteile.

(Über die Zahl der Mandate wird erst bei Verhandlungen zu diskutieren wenn die S.P. annimmt).

4.) Es ist keine Zeit mehr zu verlieren! Die Partei muss rasch Klarheit schaffen über die Frage der Wahltaktik und wir bitten Euch, euren ganzen Einfluss in der Richtung MEXZNNX anzuwenden:

1. Dass der P.V. die Entschlüsse über die Wahltaktik schleunigst fasst.
- 2.) Die Richtung ~~Polak~~ Polak, ~~auf~~ auf das allerschärfste zu bekämpfen.
- 3.) Die Genossen der Richtung Keritschoner-Tomann von der Fehlerhaftigkeit und Schädlichkeit ihrer Taktik zu überzeugen und
- 4.) Überall für unsere taktische Auffassung einzutreten und sie den Genossen klar auseinander zusetzen.

Der entscheidende Unterschied zwischen der Richtung Frey und Keritschoner-Tomann ist dieser: Wir wollen den wirklichen Massenkampf herbeiführend und wollen die Wahlkampagne als einen dazu geeigneten Anknüpfungs- und Ausgangspunkt benutzen. Die Richtung Keritschoner-Tomann sieht nur den Wahlkampf als solchen, den Kampf um die parlamentarische Tribüne. Selbstverständlich: Ein Zusammengehen um Mandatsgeschäfte zu machen muss auf das allerschärfste zurückgewiesen werden. Eine solche Anwendung der Einheitsfronttaktik wäre unkommunistisch. Aber wir wollen die Einheitsfronttaktik anwenden nicht für Mandate, sondern um den wirklichen Massenkampf herbeizuführen, für unumgängliche, unmittelbar brennende Forderungen des gesamten Proletariats, wie sie eben unter Abschnitt 2, a---c, als Bedingungen enthalten sind.

tes auf die Arbeiterregierung hinzuweisen, wurde abgelehnt.

D.) Die Unklarheit der P.V. Mehrheit zeigen an besten folgende Beispiele.

Der Aufruf zum 1. Mai des P.V. sagt: "Durch den Betriebsräte-Kongress werden wir uns Organe schaffen, um Etappe um Etappe gegen die Machtpositionen der Seipelregierung vorzustossen und eine Arbeiterregierung an ihre Stelle zu setzen."

Am deutlichsten aber kommt die Unklarheit zum Vorschein

B. Passivität der Parteiverstandsmehrheit bei wichtigen politischen Angelegenheiten.

1.) Ultimatum an Sowjetrußland „Mord an Worenko“.

Kommunist

Die Partei hat sich in einer so entscheidenden Situation, wo alle Parteien der Welt ihre Kräfte auf das äußerste anzuspannen, ^{Kommunist} ^{demis} mit bloßer Stellungnahme in der Zeitung. Hier wäre mindestens Massensammlungen, wenn nicht Demonstrationen notwendig gewesen, die das ist unterblieben, obwohl Gen. Friedländer dahin gehende Anträge in P.V. gestellt hat.

Dabei hätte diese Aktion vorzüglich mit unserem Kampfe gegen Hamburg kombiniert werden können. Auf dem Hintergrund der Kriegsgefahr hätte es viel schärfer als es geschehen ist gezeigt werden müssen der wahre Charakter der Hochzeit in Hamburg.

2.) Vereinigung der 2. u. 21. Internationale.

Was hat die Partei dem gegenüber gemacht? Vier kleine Versammlungen und eine Broschüre. Hier hätte gerade in Oesterreich, dem Hauptsitz der 21., ein systematischer Kampf geführt werden und mit einem Massenschriftblatt hätte die Arbeiterschaft über das Wesen dieser Vereinigung aufgeklärt werden müssen.

C.) Andauernd unklare Einstellung der P.V. Mehrheit zur Lösung der Arbeiterregierung.

Unter dem Druck unserer Kritik hat die P.V. Mehrheit seit dem Wiener Landesparteitag in ihrem Verhalten zur Lösung der Arbeiterregierung eine Schwankung vollzogen. Bekanntlich hat die Fichtung Keritschener-Toman seit dem Parteitag (4. III.) bis zum Landesparteitag (15. IV.) von der Lösung Arbeiterregierung gar nichts wissen wollen, während dieser Zeit wurde diese Lösung nicht nur nicht ausprobiert, sondern nicht einmal das Wort Arbeiterregierung ist während dieser Zeit auch nur ein einziges Mal in der R.F. vorgekommen. Ja am 18. IV. noch hat Keritschener einen Artikel des Vertreters der Internationale über die Arbeiterregierung die Aufnahme in die Rote Fahne verweigert!

Seit dem Landesparteitag haben nun Keritschener-Toman eine Schwankung vollzogen und es muss immer wieder betont werden, dass sie diese Schwankung nicht aus eigener Einsicht, sondern nur unter dem Druck unserer Kritik vollzogen haben. Diese Schwankung wurde in vielen zähen Etappen vollzogen.

a.) Ohne die Arbeiterregierung auch nur propagandistisch als Lösung aufzustellen, wurde zunächst das Wort Arbeiterregierung in den Land genannt, erschien da und dort in der Roten Fahne, um gegenüber unserer Kritik vor den weniger Urteilsfähigen ein Alibi zu haben.

als

b.) Später, als die Situation so auf dem Nadelknäuel brannte, dass die Partei gezwungen war, zu rufen: Fort mit der Seipel Regierung, da wurde noch immer verweigert, die Lösung Arbeiterregierung auch nur propagandistisch als Lösung hinauszugeben, aber man ging dazu über, auf die Arbeiterregierung auf ein fernliegendes Ziel hinzuweisen. Nicht z.B. in der R.F. vom 27. den Artikel: Fort mit der Seipel Regierung!

c.) Dabei gibt es aber alle möglichen Rückfälle. Z. B. aus Anlass der Hackenkreuzler Ueberfälle in Hernalz, Meidling und Favoriten hat der P.V. Massenversammlungen veranstaltet, und dazu ein Flugblatt herausgegeben mit den Losungen: Für die Entwaffnung und Auflösung der weißgardistischen Organisationen. Für die Bestrafung der schändlichen Polizeifunktionäre und die Unterstellung der Polizei unter die Wiener Landesregierung. Gegen die Entpolitisierung der Wehrmacht, für die Verstärkung des proletarischen Selbstschutzes. Ein Antrag Friedländers im P.V., mit einer Lösung für die Arbeiterregierung abzuschliessen oder doch wenigstens im Teufel des Flugblattes auf die Arbeiterregierung hinzuweisen, wurde abgelehnt.

D.) Die Unklarheit der P.V. Mehrheit zeigen am besten folgende Beispiele.

Der Aufruf zum 1. Mal des P.V. sagt: „Durch den Betriebsräte-Kongress werden wir uns Organe schaffen, um Etappe um Etappe gegen die Machtpositionen der Seipelregierung vorzumarschieren und eine Arbeiterregierung an ihre Stelle zu setzen.“

Am deutlichsten aber kommt die Unklarheit zum Vorschein

aus der P.F. vom 15.V. da heisst es: "Durch den sofortigen Zusammentritt des Reichsbetriebsrätekongresses muss die Zusammenfassung aller Teilkämpfe zu einer einheitlichen politischen Massenaktion durchgeführt werden. Der Reichsbetriebsrätekongress wird durch seine Organe mit Hilfe der Selbstschutzorganisation des Proletariats den Kampf einleiten (!) zur Ersetzung der kapitalistischen Seipelregierung durch eine proletarische, eine Arbeiterregierung"

Der Gedankengang der P.V. Mehrheit ist also dieser: Zuerst kämpfen wir um den Betriebsrätekongress und zuerst muss der Betriebsrätekongress wirklich zustande gekommen sein, dann erst beginnt der Kampf zum Sturze der Seipelregierung und zu ihrer Ersetzung durch die Arbeiterregierung.

Was heisst das? Das heisst bevor wir nicht den Betriebsrätekongress haben, wollen wir erst gar nicht den Sturz der Seipelregierung! Das ist ein Unsinn, wir müssen den Sturz der Seipelregierung wollen, selbst wenn wir bis dahin den Betriebsrätekongress nicht zu stande bringen! Wir müssen den Sturz der Seipelregierung wollen, selbst wenn die Nachfolgerin nur eine sozialdemokratische Regierung als eine Schwindelarbeiterregierung werden sollte. Eine sozialdemokratische Regierung wird zwar keine wirkliche Besserung bringen, aber die Kampfbedingungen wesentlich erleichtern. Und gerade darum, weil wir in Oesterreich zunächst mit einer sozialdemokratischen Regierung rechnen müssen, gerade darum ist es uns notwendig, jetzt schon klar auszusprechen, was ist eine Arbeiterregierung, was ist eine Schwindelarbeiterregierung. Das Wesen der Arbeiterregierung als einer Kampfregierung als einer Regierung, die sich auf die Achorgane des Proletariats stützt und die nicht unbedingt eine Parlamentsmehrheit hinter sich haben braucht sondern auch eine Minderheitsregierung sein kann, muss jetzt schon den Arbeitern klar auseinandergesetzt werden, um dann bis wir vor die Wirklichkeit der sozialdemokratischen Regierung gestellt werden, umso leichter den Kampf gegen die führen und ihren Charakter als Schwindelarbeiterregierung rasch deklarieren zu können.

Wir fordern, dass allen unseren Teilkämpfern das gemeinsame Ziel gesteckt wird: "Kampf mit der Seipelregierung", "Kampf mit der Arbeiterregierung"; wir fordern also die Zusammenfassung aller Teilkämpfe durch die Losung Arbeiterregierung, die einstweilen nur propagandistisch (nicht als Aktionslosung) hinauszugehen ist. Dazu ist ~~noch~~ eine zur Arbeiterregierung führende Übergangslosung, die Losung des Reichsbetriebsrätekongresses auszugeben. Nicht der Betriebsrätekongress, sondern die Arbeiterregierung muss also Ziellosung sein, wobei jedoch immer wieder für den Betriebsrätekongress und alles was damit zusammenhängt fleissig die Trommel gerührt werden muss, im Zusammenhang mit der Arbeiterregierung. Die blosse Losung des Reichsbetriebsrätekongresses ohne Hinweis auf die Arbeiterregierung hat überhaupt keine Zukunft! Dennoch finden wir diesen taktischen Fehler im Aufrufe der revolutionären Eisenbahner, siehe P.F. vom 2./6. Die Schuld fällt natürlich nicht auf unsere Eisenbahner-Genossen sondern auf die Parteiverstandsmehrheit, welche die Losung der Arbeiterregierung auszugeben buchstäblich untersagt hat!

Die uns Arbeit

Gewerkschaftliches.

1.) Der Ausschluss des Genossen Daniel.

und der Profanteru

Im Januar dieses Jahres wurde der Genosse Daniel aus dem Metallarbeiterverbande ausgeschlossen. Es ist Beschluss der Komintern, dass jeder Ausschluss zum Ausgangspunkt einer systematischen Kampagne um Wiederaufnahme des Ausgeschlossenen gemacht werden muss. Daniel ist Obmann der Landesorganisation Steiermark, also ein in der Partei auf exponiertem Posten stehender Genosse. Die Partei und der Gewerkschaftsrat haben nicht den Finger gerührt für eine Wiederaufnahme Daniels. In Gegenteil, dieser Ausschluss wurde buchstäblich totgeschwiegen!

Dagegen wurde beim Ausschluss des Genossen Moschek grosser Lärm geschlagen. Da Lärm, dort Schweigen, warum? Die Lösung ist einfach: Moschek ist ein getreuer Gefolgsmann der Keritschener Tomann, Daniel hat es gewagt anderer Meinung zu sein, also wird sein Ausschluss totgeschwiegen. Interessen ihrer Fraktion stehen den Keritschener Tomann höher als die Partei und die Rete Gewerkschaftsbewegung!

2.) Sabotage der revolutionären Bergarbeiterbewegung.
Dem Drängen der Grünbacher Bergarbeiter helfend hat

der alte P.V. im Dezember 1922 eine Bergarbeiter Konferenz nach Wiener-Neustadt einberufen. Das war ein sehr unzulänglicher Schritt, aber es war immerhin ein Schritt. Die Grönbacher Genossen regten dann später an wenn möglich, um die Blockbewegung unter den Bergarbeitern zu beschleunigen, folgende Übergangsmethoden anzuwenden: In jedem Bundeslande soll die größte Bergarbeiter Lokaleorganisation die Organisierung der Landesblockbewegung unter der Bergarbeiterschaft übernehmen, und diese Landesblocks sollen ~~untereinander~~ dann untereinander auf dem Wege über den Gewerkschaftsrat Verbindung unterhalten. Die Erfüllung dieser Vorschläge wurde zugesagt. Dann aber kam der Parteitag. Und seit dem Parteitage wird das alles planmäßig sabotiert, zum Schaden der revolutionären Bergarbeiterbewegung, sehr zum Schaden des letzten steirischen Bergarbeiter Streiks, der besser ausgefallen wäre, wenn schon die revolutionäre Verbindung unter den Bergarbeitern Oesterreichs damals bestanden hätte. Und warum diese Sabotage?

Nun die Keritschener und Tomann fürchten, dass die steirischen und oberösterreichischen Bergarbeiter mit den Grönbacher Genossen zusammenkommen. Die Grönbacher Genossen stehen nämlich auf der Linie Frey und es könnte wenn sie jetzt mit den steirischen oder oberösterreichischen Bergarbeitern zusammenkommen das Unglück geschehen, dass die anderen Genossen von der Richtigkeit unseres Standpunktes überzeugt werden könnten und das wollen die Keritschener und Tomann nicht. Sie opfern sie die Interessen der revolutionären Bergarbeiterbewegung und der K.P.O. Ihre Fraktionsinteressen stehen ihnen höher als die Partei!

*Bergarbeiter
zusammen-
kommen*

3.) Taktische Fehler im letzten steirischen Bergarbeiterstreik.

1.) Während noch der Bergarbeiterstreik in Ober-Steiermark tobte, erschien in der R.F. vom 2. April ein Leitartikel unter dem Titel: "Kein offener Sieg in offener Schlacht" dann heisst es weiter: "Zahllose Arbeiter haben erbittert und entmutigt der Gewerkschaft den Rücken gekehrt".

Angenommen es wäre zutreffend, so ist das erst nach dem Kampfe festzustellen. Aber eine solche Feststellung mitten im Kampfe zu veröffentlichen, ist ein schwerer Fehler, schwächt die Stellung der kämpfenden Bergarbeiter und schwächt das Vertrauen zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung.

2.) Während des letzten Bergarbeiterstreiks in Steiermark verschickte der revolutionäre Gewerkschaftsrat Flugblätter, die von einer Abbremsung des Streikes durch die reformistischen Gewerkschaftsführer sprachen, obwohl der Streik noch nicht beendet war. Auch mit dieser Feststellung durfte man erst kommen bis der Streik beendet war. Durch diesen Fehler wurde der reformistischen Gewerkschaftspresse, insbesondere dem reformistischen Bergarbeiterorgan Material zu einer kommunistischen Hetze in die Hand gegeben. Dieser Fehler hat uns das Vertrauen vieler sympathisierender Bergarbeiter gekostet. Selbst führende kommunistische Genossen haben dadurch das Vertrauen verloren. So der Genosse Kamper, der unter den Bergarbeitern in Gleggwitz als Betriebsrat und Gewerkschaftsvertrauensmann eine führende Stellung einnimmt. Öffentlich gelingt es den Grönbacher Genossen, dem Genossen Kamper wieder zu gewinnen.

3.) Ueberhaupt hat der letzte Bergarbeiterstreik gezeigt, dass der Nachrichtendienst, der Verbindungsdienst noch sehr schlecht funktioniert und der revolutionäre Gewerkschaftsrat tut sehr wenig, um nach dieser Richtung hin eine Besserung herbeizuführen.

4.) Während des steirischen Bergarbeiterstreikes war der Gedanke sehr naheliegend, die revolutionären Bergarbeiter der anderen Bergbaue Oesterreichs rasch zu einer Konferenz zusammenzurufen, ob und wie die anderen Bergarbeiter den steirischen Bergarbeitern zu Hilfe kommen könnten.

Der revolutionäre Gewerkschaftsrat hat diesen naheliegenden, ja selbstverständlichen Gedanken nicht aufgegriffen und dadurch bewiesen, dass er nicht auf der Höhe der Situation war.

A.) Passivität im Lohnkämpfe der Wiener Metallarbeiter.

Ende April wurde über die Juniöhne der Wiener Metallarbeiter entschieden. Die Partei und der ~~revolutionäre~~ revolutionäre Gewerkschaftsrat geben die Lösung aus: 15% Lohnerhöhung. Der reformistische Metallarbeiterverband hat damals 7,4% vorgeschlagen. Der Gewerkschaftsrat tat nichts, weder in dem betriebl. noch in dem Obmännerkonferenz der Metallarbeiter diesen reformistischen Vorschlag zu bekämpfen.

Jetzt wiederum wird über die Juniöhne der Wiener Metallarbeiter entschieden. Der Vertrauensmann ~~läuft~~ *läuft am R. Frey ab. Auch jetzt nicht man vom*

revolutionären Gewerkschaftsrat nicht den geringsten Schritt um diese Entscheidung irgendwie im revolutionären Sinne zu beeinflussen. # Raupbray jagt nicht an.

5.) Passivität gegenüber dem Allgemeinen Gewerkschaftskongress.

Ende März hat die Gewerkschaftskommission den Allgemeinen Gewerkschaftskongress für den 15. Juni einberufen und die Tagesordnung bekanntgegeben. Der revolutionäre Gewerkschaftsrat tut nichts, um zur Tagesordnung selbständig vom revolutionären Standpunkte aus Stellung zu nehmen und dies revolutionäre Stellungnahme in die Betriebe zu tragen.

Das Ganze was bisher der Gewerkschaftsrat getan hat ist folgendes: Am 1./4. erschien eine ~~MIXXII~~ Notiz in der R.F. die den Gewerkschaftskongress als Kongress zur Verhinderung des Betriebsrätekongresses bezeichnete. Dann erschienen längere Notizen am 13./5 (Kritik an den Wahlen zum Gewerkschaftskongress); 22./5. und 24./5. Stellungnahme zu den Anträgen des Leitzer- und Maschinistenverbandes zum Gewerkschaftskongress. Das ist alles was der Gewerkschaftsrat bisher zum Gewerkschaftskongress zu sagen hatte. In R.F. vom 6/6. befindet sich die Mitteilung des Metallarb. zentral zum Betriebsrätekongress.

Maßtrag: Laut R.F. vom 5/6. mit 6/6. ist der Metallarbeiterblock überall gegen die Anträge des Betriebsrätekongresses im Metallarbeiterverbande massenhaft gesprochen und gesprochen. Aber es würde verabsäumt im diesem waffeligen gegen Antrag um für Metallarbeiter einen Ausbruch zu bringen. Massenhaft ist die R.F. mit jeder von einem solchen positiven Metallarbeiterblock des Metallarb. blocks zu den Fühlungen bis jetzt nicht besetzt.

Gewerkschaft bisher.

Maßtrag: Einer der größten Fehler ist, daß der "Rote Erwerbsarbeiter" zu Lohnkämpfen der Metallarbeiter im März, April, Mai und Juni überhaupt keine Stellung nimmt und überhaupt nichts berichtet.

Organisatorisches.

A.) Fortsetzung der Masseregeln.

1. Die Parteiverstandsmehrheit hat den Genossen Sonnenschein als Leiter der Arbeiterhilfe abgesetzt, Sonnenschein hat sich zu seiner Hilfskraft dem Genossen Gruber erwählt, aus keinem anderen Grunde, als weil er zu dessen Ehrlichkeit absolutes Vertrauen hatte und diese Hilfskraft hauptsächlich mit Geld zu tun hat. Weil Sonnenschein Gruber zur Hilfskraft erwählt hat, wurde er abgesetzt.

2.) Die Suspendierung der 4 Linzer Genossen Pschierer, Matis, Werbacher, Verovsek ist noch immer nicht aufgehoben, im Gegenteil, sie wurde weiter aufrecht erhalten um zu verhindern, dass diese Genossen bei den Gemeinderatswahlen kandidieren. Es soll den Linzer Genossen erzählt werden sein, dass nur solche Genossen kandidieren können, die auf der Linie der Parteiverstandsmehrheit stehen. Dabei sind die genannten Genossen in Linz weitaus am meisten angesehen, in der Vollversammlung stimmten von 68 anwesenden Genossen 50 für ihre Kandidatur, die Tüchtigkeit dieser Genossen ist allgemein bekannt.

In der Mitgliederversammlung am 1./6. in Linz wurde in Gegenwart Rothers über zwei Kandidatenlisten zur Gemeinderatswahl abgestimmt. Die Liste Deubler erhielt 50, die Liste Cepek erhielt 16 Stimmen. Die Liste Deubler lautet: Deubler, Pschierer, Matis, Verovsek, Cepek, Schessböck. Die Liste Cepek lautet: Cepek, Eeki, Schessböck, Weissgerber, Pschierer, Matis.

Es ist also entgegen der Kundmachung in der R. F. vom 7./6. unannehmlich, dass die Liste Cepek einstimmig aufgestellt wurde, im Gegenteil diese Liste erhielt nur 1/4 der Stimmen, war also weit in der Minderheit.

Mittels der "Neuregistrierung" hat der Parteiverstand alle Genossen die auf der Linie Frey standen einfach aus der Partei ausgeschlossen. Es sind dies über zweihundert Genossen, also die grosse Mehrzahl der Linzer Genossen. Aus den restlichen Genossen (nicht einmal 50 an der Zahl) hat der P. V. eine neue Lokalorganisation gebildet und so kam dann "einstimmig" der Lokalausschuss zustande, der in der R. F. vom 7./6. bekanntgegeben ist.

Der P. V. hat laut R. F. vom 7./6. eine Kandidatenliste eingereicht, in der kein einziger unserer Genossen kandidiert, obwohl die grosse Mehrzahl der Linzer Kommunisten und Sympathisierenden hinter diesen Genossen steht. Die Linzer Genossen Pschierer, Matis, Werbacher und Verovsek, die tüchtigsten der Linzer Genossen und weitaus die produktivsten unter der revolutionären Arbeiterschaft, was insbesondere von Pschierer gilt, wurden übergangen, obwohl ihre Aufstellung die grössten Chancen bot, die meisten Stimmen zu erhalten.

Der Genosse Deubler, der nun schon seit 4 Monaten im Kerker sitzt wusste von allen diesen Dingen nicht das Geringste. Nichtsdestoweniger hat sich der gegenwärtige Reichssekretär für Organisation Peltzer folgende Sache geleistet: Er hat der Genossin Deubler, die ihren Mann in das Gefängnis besuchen ging, aufgetragen, ihren Mann auszurufen: Wenn der Genosse Deubler nicht sofort in der R. F. kundmacht, dass er mit seiner Kandidatur in Linz nicht das geringste zu tun habe, so werde er aus der Partei ausgeschlossen!

Nicht charakterisiert die Methoden des P. V. so sehr, als das Vorgehen gegen die Linzer Genossen. Aber was heute in Linz passiert kann morgen in einer anderen Lokalorganisation geschehen. Gegen diese Methoden der Parteizerrümmung muss unverzüglich der schärfste Widerstand mobilisiert werden. Jeder Tag den wir zögern gibt diesen Leuten mit ihren Methoden Gelegenheit weiter fortzuführen, und die Partei im Scherben zu hauen.

Es ist zweifellos, dass in letzter Instanz über die Kandidatur der P. V. entscheidet. Aber der P. V. hat in einem solchen Falle selbstverständlich Gründe dafür anzuführen, warum er eine andere Kandidatenliste aufstellt und er muss trachten, die Linzer Genossen von der Stichhaltigkeit seiner Gründe zu überzeugen und sie dafür zu gewinnen. Das hat der P. V. nicht einmal versucht. Es ist begrifflich, dass die Linzer über eine solche Anwendung des "demokratischen" Zentralismus empört sind. In ihrem Unmut sind allerdings die Linzer Genossen in dem Momente der Erregung etwas zu weit gegangen und haben ihre Liste eingereicht. Es ist ungelungen, die Linzer Genossen zu überzeugen, dass der

Es ist und gelungen die Linzer Genossen zu überzeugen, dass das ein falscher Weg ist, das Unrecht des P.V. gut zu machen. Die Linzer haben ihre Kandidatenliste zurückgezogen und werden für die Liste des P.V. mit allen Kräften arbeiten.

Der P.V. hat nicht den tüchtigsten und populärsten Genossen an die Spitze gestellt, den Genossen Pschierer, sondern den Genossen Cepek der in jeder Beziehung weit hinter Pschierer steht. Und der P.V. hat auch den Genossen Eckel kandidiert, der in der Linzer Organisation und unter den Linzer Arbeitern gar keinen Rückhalt hat. Auch da zeigt sich, dass der P.V. selbst eine so wichtige Frage vom fraktionellen Standpunkte aus behandelt.

3.) Aber die unglaublichste Sache ist die sogenannte "Reorganisation" und "Neuregistrierung" der Lokalorganisation Linz. Diese muss nochmals näher beleuchtet werden.

Am 28./5., 29./5. und 30./5. stand in der R.F. zu lesen "Linz, KXX Wer bis zum 1./6. das Mitgliedsbuch nicht abgibt, gilt nicht mehr als Mitglied der K.P.Oe." Was ist der Zweck dieser KXXXXXXX Massregel? Der P.V. wälte alle KXXXXXXX Mitglieder die auf der Linie Frey standen (und das war die überwältigende Mehrheit) aus der Partei auszuschliessen auf dem Wege der "Reorganisation und Neuregistrierung". Das ist ein ganz unzulässiges Verfahren, ein Statutenbruch wie er schwerer nicht gedacht werden kann, ein Pauschalzuschlussverfahren. Ganz abgesehen davon dass es eine der schwersten Schädigungen der Partei ist, eine so starke Ortsgruppe aus fraktionellen Interessen einfach zu zerbrechen.

Die Kundmachung in der R.F. vom 5./6. erklärt die Unregistrierung einfach für beendet. "Es gelten von nun an nur die Mitgliedsbücher, die den Stempel der Zentrale und die Unterschrift des Bevollmächtigten des P.V. aufweisen". Mit dieser Formel wurden KXXX 200 Mitglieder glatt aus der Partei hinausgeworfen. Drei Wochen vor den Gemeinderatswahlen in Linz! So wird mit der Partei Schindlud er getrieben!

Der P.V. erzwangte kurzerhand die Genossen Eckel und Cepek zu Obmänner der Lokalorganisation Linz, obwohl nicht einmal ein Fünftel der Mitgliedschaft hinter ihnen stehen. Das nennt sich demokratischer Zentralismus! Und so etwas geschieht knapp vor den Gemeinderatswahlen!

B.) Fortsetzung der Ausschaltungen.

1.) Unter dem Drucke des Wiener Landesparteitages und den internationalen Vertretern traut sich die Parteiverständsmehrheit nicht mehr, die Referenten der Minderheit absolut auszuschalten. Aber in der Hauptsache sind sie nach wie vor ausgeschaltet.

2.) Die P.V. Mehrheit will sogar verhindern, dass Frey in der Bildungsarbeit bei der kommunistischen Jugend tätig ist!

3.) Unglaublich ist es, dass KXXXXXX bei der Kundgebung am 1. Mai in Wien nicht auch ein tschechischer Referent zugelassen wurde. Das ist ein schwerer politischer Fehler. Wie sollen die tschechischen Genossen und unsere Internationalismus glauben, wenn wir es nicht einmal an 1. Mai verstehen, unseren internationalen Charakter zum Ausdruck zu bringen? Und da kommen noch die Genossen der P.V. Mehrheit und KXXXXXX beschuldigen unsere tschechischen Genossen als Nationalisten! So wurde die Stimmung in der Partei von der P.V. Mehrheit ppamässig vergiftet!

C.) Fraktionsunwesen.

Die P.V. Mehrheit schreit fortwährend über Fraktionsbildung und schickt Rundschreiben über Rundschreiben gegen die Fraktionsbildung aus. Bis heute hat sie nicht den geringsten Beweis dafür erbringen können, dass die Minderheit Fraktionen bildet. Dieses Geschrei soll darüber hinweg täuschen, dass die P.V. Mehrheit ihre Fraktionstätigkeit, die sie schon vor dem Parteitag begonnen hat, hier die Beweise: *weiterhin fortgesetzt.*

1. Vor dem Parteitag wurde die Fraktion Koritschoner-Toman am 2. Jänner in offener Parteivorstandssitzung offiziell konstituiert.

Diese Fraktion hielt am 21./1. unter Einziehung verschiedener Genossen eine Sitzung im Kaffee Hindenburg ab, wo beschlossen wurde, die Vorbereitung des Parteitages, die Art des Kampfes, die Zusammensetzung des P.V., und als Hauptziel der Fraktion Koritschoner-Toman auf Antrag Mayers (Hernals) die "Verzichtung des Frey mit allen Mitteln"!!

2.) Nach dem Parteitage wurde die Fraktionstätigkeit B fortgesetzt. E

a.) Unter dem Decknamen einer illegalen Organisation

organisierten Koritschoner und Tomann eine Fraktion innerhalb der kommunistischen Jugendorganisation. In diese Fraktion durften nur oppositionelle Jugendliche aufgenommen werden!

b.) Ende April etablierte sich die Fraktion Koritschoner-Tomann in der Landesleitung Linz. Sie hielt mit einem Vertreter des PV eine vertrauliche Sitzung ab (mit Gen. Strömer). Der Jugendvertreter KKK wurde vollkommen bewusst nicht zugezogen. Die Genossin Strömer suchte dies als die Jugendgenossen darüber ihren Unmut Ausdruck verleihen, mit der Bemerkung abzutun: "Die Jugendgenossen müssen nicht von allem wissen".

c.) Gründung von Fraktionen im Bezirksmaßstab in Wien durch die P.V. Mehrheit.

In Miezing haben Koritschoner-Tomann eine Fraktion gegründet mit der Aufgabe die Anhänger Freysnieder zu werfen und auszumerzen. Diese Fraktion, bestehend aus den Genossen Marzi und seine Frau, Nemetz, Mesnaritsch, u.a., wurde zweimal in flagranti ertappt. Der schriftliche von einem Augenzeugen gefertigte Bericht darüber ist in unseren Händen.

In Wien, Landstrasse, hat Paukert als Parteivorstandsmitglied und so mit Wissen der P.V. Mehrheit eine Fraktionsitzung in seine Wohnung einberufen und der Fraktion die Aufgabe gestellt, die Freysnieder in diesem Bezirke abzuwerfen. Ein Einladungszettel zu dieser Fraktionsitzung und eine stenografische Abschrift eines Berichtes aus dieser Sitzung ist in unseren Händen. In der Tat werden diejenigen Fraktionäre die auf der Linie Frey stehen von der Fraktion Koritschoner-Tomann nachlässig beschimpft, verleumdet, drangsaliert und schließlich wurden sie aus dem Lokalausschuss hinausgedrängt.

Wie weit die Verleumdungen und niedrigen Beschimpfungen denen unsere Genossen dort ausgesetzt sind gehen, zeigt der Fall des Genossen Stift. Stift ist einer der tüchtigsten und opferwilligsten Genossen in unserer Partei. Er wurde als Kommunist von der Wehrmacht KKK abgeurteilt. Die Verleumdungsmethoden der Fraktion Koritschoner-Tomann gehen so weit, dass man von diesen Genossen in der Partei verbreitete, er sei mit mehreren anderen Genossen aus der Partei ausgetreten und zu den Hackenkrenzletzn gegangen. In der P.V. vom 22./8. KKK musste der Ausschuss der Lokalorganisation Landstrasse (der KKK Löhze aus Fraktionsgenossen Koritschoner-Tomanns besteht) eine Erklärung voröffentlichen, in der dieses Gerücht als eine "gemeine und böswillige Verleumdung" bezeichnet wird. Sie haben sich also selbst gerichtet! In dieser Erklärung müssen sie selbst zugeben, dass Stift zuden besten und verlässlichsten Genossen der Lokalorganisation Landstrasse gehört. Diese Erklärung ist ein Dokument der Schande, sie zeigt, wie tief die Parteivergiftungsmethoden der Fraktion Koritschoner-Tomann bereits gedrungen sind, wie sie die Partei zerstören und zersetzen!

D.) Die Fraktion Koritschoner-Tomann stellt ihre Fraktionsinteressen über die Parteiinteressen.

1.) Der Fall Grönbach. In vielen Besprechungen und Konferenzen haben die Grönbacher Genossen gefordert, dass Konferenzen der Betriebsräte und Vertrauensmänner des Bergbaus einberufen werden, zwecks wirksamer einheitlichen Vorgehen in der kommunistischen Bergarbeiter in der Bergarbeitergewerkschaft. Unter dem alten P.V. war es immerhin zu einem ersten Schritt gekommen, es wurde im Dezember 1923 eine Bergarbeiterkonferenz in Grönbach abgehalten, die aber ein sehr geringes Ergebnis hatte, weil nur Grönbacher und Gloggnitzer Bergarbeiter anwesend waren. Auf dem Parteitag haben die Grönbacher neuerdings das Verlangen gestellt und vorgeschlagen, bis zur endgültigen Erledigung der Blockfrage jeder grössten kommunistischen Bergarbeiterorganisation in jedem einzelnen Bundeslande Österreichs die Organisation des Bergarbeiterblocks zu übertragen, und auch ein Vorgehen der Bergarbeiterblocks eines Landes mit dem Bergarbeiterblock der anderen Bundesländer im Wege über den Gewerkschaftsrat einzuleiten und zu führen.

Der neue P.V. hat das unterlassen. Das hat dann unsere Stellung im oberösterreichischen Bergarbeiterstreik wesentlich geschwächt und bis heute haben wir zum Schaden der ganzen revolutionären Bergarbeiterbewegung und der ganzen revolutionären Gewerkschaftsbewegung keinen Bergarbeiterblock.

Warum erfüllt die P.V. Mehrheit nicht diese selbstverständliche Pflicht? Weil sie Furcht hat vor, dass die oberösterreichischen und die oberösterreichischen Bergarbeiter mit dem Grönbacher Bergarbeitern zusammen kommen. Die Grönbacher Genossen stehen politisch, gewerkschaftlich und organisatorisch auf der Linie der alten P.V. Mehrheit und sie haben geg. führenden Genossen dieser alten P.V. Mehrheit ihr volles Vertrauen

2. Im Zusammenhange

2. Im Zusammenhange mit vielen anderen Dingen welche nicht nur Forst sondern auch andere Genossen betreffen (Guzzi, Tober, Kothe) wurde diese Tatsache am XXIX 17./9. 1923 in der Reichsvertretung vorgebracht. Ueber Antrag Moritz Hayer wurde von der Reichsvertretung eine Kommission zur Untersuchung und Urteilsfällung dieser Fälle. Diese Kommission wurde zusammengesetzt aus allen Wiener Mitglidern der Reichsvertretung, soweit sie nicht dem P.V. angehörten, nämlich: Haas, Schipp, Holub, Piala, Kalischer, Fensich, Kaiser, Haas.

Über das Kommittee des am 19./9 über die Reichsvertretungssitzung am 20./9. erschienen ist, hat der P.V. in einer darauffolgenden Sitzung festgestellt, dass Frey in Bezug auf dieses Kommittee und seine Veröffentlichungen vollkommen korrekt gehandelt hat.

3. Forst hat darnach zuerst einmal in der Erregung, tagederauf in vollkommener Kaltblütigkeit (kaltblütiger Inne in dem Parteialkalitäten) und nur vor der Kommission die Prüfung wiederholt, er werde nur die inneren Angelegenheiten der Partei zur Kenntnis bringen.

4. Forst hat dann zuletzt vor der Kommission folgenden XXIX Dreh gemacht. Er sagte er wisse durch zwei Mitglieder der Kommission, dass innerhalb der Kommission abgemacht sei in für alle Fälle anzuzuschlagen. Von allen Mitgliedern der Kommission aufgefordert unverzüglich diese beiden dieser zwei kommissionenmitglieder bekannt zu geben, hat er dies verweigert. Der Zweck der Sabung war, die Vertreter der Kommission gegeneinander zu erschüttern. Alle Mitglieder der Kommission durchschauten dieses Versteckspiel. Dieser letzte Umstand war massgebend warum die Kommission kein Widerungsgrund zuerkannte.

5. Die nächste Reichsvertretungssitzung (18./1. 23) hat einstimmig mit XXIX Stimmen Moritzschoners und Tomanns den Ausschluss Forst bestätigt.

6. Die Partei hat einstimmig beschlossen: ein Kommunist, der XXIX Angelegenheiten der Partei in einem gegnerischen Blatte zu veröffentlichen, ist auszuschliessen.

7. Die Partei hat in der Angelegenheit Forst kein Parteigericht eingesetzt. Der P.V. beauftragt durch ein Parteigericht die Angelegenheit mit Forst überprüfen zu lassen. Dieses Parteigericht war aber von Anfang an kein Entscheidungsrecht, kein Urteilsrecht zuerkannt, sondern der XXIX Sinn dieses Beschlusses war, das Parteigericht prüfe nachher selbst wenn der Parteitag diesem Parteigerichte das Recht

der Entscheidung, das Recht der Urteilsfällung zugewilligt hätte, so war das Parteigericht an den Beschluss des Parteitag gebunden: Ein Kommunist der damit dreht, Angelegenheiten der Partei in einem gegnerischen Blatte zu veröffentlichen, ist auszuschliessen. "Ist" das heisst auszuschliessen werden!

8. Nach §48 der Statuten darf die Wiederaufnahme eines Ausgeschlossenen nur erfolgen, wenn die Stelle die den Ausschluss beantragt hat und die Stelle die den Ausschluss als letzte Instanz bestätigt hat, vorher gehört werden XXIX sind. Es muss also vor der Wiederaufnahme die erste Kommission und die Reichsvertretung gehört werden!

9. Heute ist nicht bekannt, wie das Parteigericht zusammengesetzt wurde. Ein Freisprache hat freigesprochen hat; wohl aber ist bekannt, dass das Parteigericht nicht in offener P.V. Sitzung, sondern hinter dem Rücken der Parteimitglieder, mit bewusster Umgehung der Genossen (Forst und Richter eingesetzt wurde, auch hinter dem Rücken des Jugendvereins).

10. Zur Begründung des Freispraches ist folgendes zu sagen:

a) Die Untersuchungskommission wurde von der Reichsvertretung am 17./9. 23. eingesetzt über Antrag Hayer Moritz (Baden).

b) Diese Kommission wardurchaus statutengeäss. Es ist das selbstverständliche Recht des Parteitag und ebenso der Reichsvertretung, Angelegenheiten die vor diese Instanzen gebracht werden, entweder selbst zu entscheiden oder zu XXIX deren Vorbereitung und Entscheidung Kommissionen aus ihrer Mitte zu wählen. Das ist geschehen. Die Reichsvertretung erteilt statutarisch über allen Parteigerichten. Die Kommission wurde zur Untersuchung und Urteilsfällung eingesetzt, sie hatte also auch das Recht auszuschliessen. Die Statutenässigkeit und Kompetenz der XXIX Kommission wurde von der Reichsvertretung am 15./1. 23. einstimmig bestätigt (mit dem Stimmen Moritzschoners und Tomanns).

c) Das Parteigericht erklärt die Entscheidung der Kommission für null und nichtig. Das ist glatter Schwindel. Was vorliegt war nicht die Entscheidung der Kommission sondern der XXIX Reichsvertretung, van 15./1. 23.

d) Das Urteil sagt, Forst wurde deshalb aus seinem Betrieb abgebaut.

weil er aus der K.P. ausgeschlossen wurde!!!!!!!

e) Bei der Veröffentlichung des Kommuniqués der Reichsvertretung am 19./9.22 in der R.P. hat Frey nicht den geringsten Statutenbruch begangen, sondern sein Verhalten war absolut korrekt. Das hat nicht nur der P.V. gleich nach der Reichsvertretungssitzung im Dezember 22 festgestellt, sondern auch die Reichsvertretung am 15./1. 23. Das Geröde von einem Disziplinbruch Freys ist eine bewusste Lüge.

f) Man kann sich nach diesem Urteil folgendem Gedanken nicht erwehren: Forst ist schon seit den Jahren 1919, 1920 in der Partei übel beleumdet. Forst weiss viel über gewisse Personen und diese haben daher alle Mittel in Bewegung gesetzt um Forst zu retten. Die Gruppe Keritschner hat dies unterstützt, weil ihr das Parteiinteresse nichts, das Fraktionsinteresse alles ist.

g) Die Wiederaufnahme des Forst ist ein bewusster Bruch des Parteitagbeschlusses, sie erschüttert das gegenseitige Vertrauen der Parteigruppen zu einander, aber noch mehr erschüttert sie das Vertrauen der aussenstehenden Arbeiter zur Partei. Der Freispruch des Forst wird in der politischen Öffentlichkeit aufgefasst als der Sieg alter unreiner Tendenzen in der Partei.

h) Die Drehung Angelegenheiten der Partei in die A.Z. zu bringen muss mit Anschluss bestraft werden: Denn sonst hat jeder KKK Grund anzunehmen, die Partei habe Futter am Kopfe und darum kenne keine die von einer solchen Drohung auskommen!

Der Freispruch Forst bedeutet den Freibrief für jeden innerhalb der Partei mit Veröffentlichungen in gemeinlichen Blättern zu drehen und die Partei könne ihm nichts machen.

E.) Die Affairs Teber.

1.) Deró Fall Teber wurde durch Reichsvertretungsbeschluss vom 17./9.22 zur Untersuchung und Urteilsfällung einer Kommission zugewiesen, bestehend aus den Wiener Mitgliedern der Reichsvertretung soweit sie dem P.V. nicht angehören (diessebe Kommission wie im Falle Forst).

2.) Der Tatbestand der Affairs Teber:

a) Anton Teber und Tomann haben ohne Wissen des P.V. aus Geldern der Partei einen geheimen Fond gegründet.

b) Frey der durch Zufall darauf kam, verlangte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender in Gegenwart des Reichssekretärs für Organisation Deubler vom Kassier Teber die Rechnungen, Belege, Gelder des geheimen Fonds zur Einsicht. Teber verweigerte dies trotz wiederholter Aufforderung unter den wichtigsten Vorwänden.

c) Daraufhin berief der Vorsitzende eine ausserordentliche P.V. Sitzung ein, mit der schriftlichen Aufforderung an Teber er habe zu dieser Sitzung "unter Mitnahme aller wie immer gearteter Aufgaben zu erscheinen" und Kassabuch, Belege und Gelder mitzubringen, damit der Verdacht der sich ergeben habe, auf die rascheste Art und Weise beseitigt werde.

d) Teber erschien nicht! Er liess sagen, er habe eine Holzarbeiter und Tapezierer Versammlung und müsse dorthin gehen. Die KKK Nachprüfung ergab, dass diese Ausrede eine nackte Lüge war.

Weiter liess Teber sagen, die Kontrollkommission der Partei habe von diesem geheimen Fond gewusst, sie habe ihn allmonatlich kontrolliert und einen Kontrollvermerk allmonatlich in das Buch über den geheimen Fond eingetragen.

Schliesslich liess Teber dem P.V. ragen, er wäre bereit in einer ausserordentlichen P.V. Sitzung am selben Tage um 9 Uhr abends zu erscheinen und die Bücher, Belege und Gelder vorzulegen.

e) Der P.V. beschloss für 9 Uhr abends nochmals eine ausserordentliche Sitzung einzuberufen, und liess hievon den Teber durch einen Boten des P.V. dem der Reichssekretär Deubler eigenhändig in die Wohnung Tebers tags verständigen. Teber wurde darin neuerdings aufgefordert die Kassabücher, Belege und Gelder unverzüglich dem P.V. vorzulegen.

Am Abend trat die ausserordentliche P.V. Sitzung zusammen, wor nicht erschienen war Teber.

f) Teber war dann durch zwei Tage vollkommen von Wien verschwunden, dann erschien er plötzlich, legte die Bücher, Gelder und Belege vor. Die Prüfung ergab:

1. Dass die vorhandenen Gelder mit den vorhandenen Eintragungen und den vorhandenen Belegen übereinstimmen
2. Die Behauptung Tebers, dass die Kontrollkommission von den geheimen Fonds gewusst habe und monatlich kontrolliert hat, erweist

Der Rote Gewerkschaftler schreibt ab Februar drei Monate überhaupt nichts über die Lohnbewegungen der Metallarbeiter.

20. III. Metallarbeiterverband 1934

23. III. B. G. Anführer: Die Löhne müssen mindestens um 15% angehoben werden. Die Arbeiterführung zu hoffen, dass nicht nur bei den Durchschnittslöhnen ein solches Programm durchzuführen werden...

29. III. Rote Fahne berichtet über Obmännerkonferenz und konstatiert „Paulus Kompromiss, Riess spricht auf der Obmännerkonferenz für den Vorschlag Wiedenhofer, 5,2% prov. anzunehmen und den Kampf weiterzuführen. Nach ihm lehnt Gen. Siegler das Kompromiss ab und tritt scharf gegen Wiedenhofer auf. Wiedenhofer erschlägt mit Riess Ziegler. Riess stimmt für das Kompromiss, Ziegler und Pölzl dagegen.“

30. III. Rote Fahne kritisiert Obmännerkonferenz und schreibt man könne wohl niemanden darüber täuschen, dass für den Verband die Sache abgeschlossen sei.

Freundschaftlich mit Sozial
Textilindustrie.

11. III. Vertragsverhandlungen ~~Paulus~~ und Maier im Lohnkomitee. KEINE Stellungnahme der Beiden noch der Fraktion und des Blockes. Passive Berichterstattung der Roten Fahne.

22. III. Verhandlungen mit der Textilindustrie mit 5.75% abgeschlossen Rote Fahne schreibt: „Die Arbeiterschaft kann auf den Hund kommen“

Schwankungen.

20. III. Leitartikel für die ~~REDAKTIONSDIREKTOR~~ Erreichung der Friedens-Reallohne. Seite 3 : Richtige Angleichung der Löhne an die Teuerung?

21. III. Gewerkschaftsruhrubrik: Wo bleibt der Lohnaufbau und nach ihm steigende Index?

23. III. Gewerkschaftsbericht* Gegen die Angleichung der Löhne ^{an die} an die und fordert 15% Lohnerhöhung.

Allgemeines.

April setzt die Partei Lösung 15% Lohnerhöhung fort.
Mai keine Lösung Index + 5
Juni keine Lösung + 1% überhaupt keine Lösung.

Die Forderungen standen im Zeichen der Anpassung der Löhne an die Teuerung, Anpassung der Mindestgehälter an die Durchschnittsverdiene (Ruhrkonjunktur) Lohnkämpfe der Grazer Metallarbeiter.

Juli Index + 5% keine Lösung, Welche Stellung sollen die Gewerkschaftsfraktionen die Oppositionsblocks einnehmen??
Der Kampf gegen den Abbau des Achtstundentages im Monat Juni wurde ohne Lösung Sturz der Seipelregierung und Aufrichtung der Arbeiterregierung geführt, hätte verbunden werden müssen mit den Lösungen, Anpassung der.

frt Mindestverdienste an die Durchschnittsverdienste. In den Resolutionen des Eisenbahneroppositionsblock gegen den Durchbruch des Achtstundentages, keine Parole Arbeiterregierung (Rote Fahne vom 6. Februar)

Arbeitslosenaktion am 27. IV.

26. IV. läuft das Gesetz ab. Hier hätte die Aktion ^{gewinnlos} ~~misslingen~~ sollen. Dann wären die Opfer nicht umsonst gewesen. Am 27. IV. war es bereits zu spät, nichts mehr zu machen, daher Opfer umsonst. Die A.G. stellt die Aktion als Unsinn hin und sie trage zur Desorganisation der Arbeitslosen bei.

Keine Wiederaufnahmekampagne bei Ausschluss Daniel.

Was ist mit der Bildung eines Bergarbeiterblocks für ganz Österreich???

Gewerkschaftskongress:

Es wurde die Kampagne der Partei für den Gewerkschaftskongress erstens zu spät, dann unregelmässig und ohne konkrete Losungen geführt.

Neben der prinzipiellen Stellungnahme hätte man durch eine systematisch gesteigerte Propaganda den Gewerkschaftskongress zwingen müssen, Stellung zu nehmen, zu den statt ^{missglückt} ~~findenden~~ Lohnkämpfen und abgeschlossenen Verträgen, Zusammenfassung der Lohnkämpfe und Lohnverträge. Gemeinsamen Kampf für die Angleichung der Löhne an die ~~WIRTSCHAFTSMISERE~~ Teuerung, gegen die Seipelregierung und für die Arbeiterregierung. Sanierung des Staates auf Kosten der Besitzenden, gegen den ~~WIRTSCHAFTSMISERE~~ Abbau des Achtstundentages, und der sozialen Gesetzgebung.

(Wirstelargumente)

Spitzenartikel Frontkämpfer und Polizei gegen die Arbeiterschaft.
Lösung Schober muss entfernt werden, Kom. der Wiener
Polizei. Nichts von der Seipolregierung. *Handwritten note*

10. VII. Rote Fahne.

Bericht über Erhöhung der Getränksteuer, der Post- und
Telegraphengebühr und die Zolltarifnovelle. Keine Stellungnahme.

12. VII. Leitartikel vom wiedererstandenen Sedlitzky, erwähnt die
Berichte vom 11. VII. und schliesst der Wahlkampf muss ein Mittel zur
Aufrüttelung der breiten Massen, auch zum Kampfe ausserhalb des Parlamentes
für die Aufrichtung einer proletarischen Regierung sein.

13. VII. _____

14. VII. Nichts als Leitartikel „Die Einigung der drei Genfer Parteien.“

15. VII. Bericht über 5%igen negativen Index ohne Stellungnahme.

17. VII. Bericht über 50%ige Erhöhung der Postgebühr, Gemeinderatswahlen,
über Parlamentsverhandlungen pto. Eisenbahnen.

18. VII. „Da-seist in unserem Bunde der Vierte.“ Die Schmutzwäsche der Gen-
fer Parteien, Koalitionsaussicht. *unangenehme Stellungnahme*
Die Runrexpediton in der Wehrmacht. *mit Einsicht.*

19. VII. Nichts von der Börsensteuer, Bericht über die Bundesbahnreform
ohne Lösung und Stellungnahme.

20. VII. Berichtet nichts über die Einsetzung eines Unterausschusses über
das Altersversorgungsgesetz am Vortag. (19. VII.)

21. VII.

22. VII.

23. VII.

24. VII. zeichnet sich durch Geistlosigkeit aus.

26. *überhaupt nichts über die Einsetzung des Ausschusses über die Altersversorgungsgesetz*

Über was die Rote Fahne überhaupt nicht berichtet, und zu was
sie überhaupt nicht Stellung nimmt.

12. VII. Im Nationalrat wird die Börsenabgabesteuer behandelt.

17. VIII. Kommt es zu grossen Zusammenstössen. Durch die Börsenabgabe-
steuer schenkt der Staat den Kapitalisten über 12 Milliarden Kro-
non, berichtet nichts über die Erhöhung der Eisenbahntarife.
Man fällt die Einigung im Handelsvertrag mit Frankreich mit den drei Punkten
Berichtet nichts über das Fächerschutzgesetz, welches vom 1.
bis 15. VII. behandelt und bis 24. verlängert wurde.

13. VII. behandelt Nationalrat Handelsvertrag mit Frankreich, der für
Österreich grosse Nachteile bringt.
Frankreich wird zugestanden, über 4 Mill. L Bordeaux Wein

Handwritten note: „Handelsvertrag mit Frankreich, der als „Handelsvertrag“
den Österreichern zugestanden.“

Champagner, Trüffel, Parfümerien einzuführen. Österreich darf dafür 3.000 Fahrräder ausführen und Autos wenn ~~Österreich~~ wenn Frankreich dafür die dreifache Anzahl einführen darf.

Die Rote Fahne und der Parteivorstand wiederholen trotz der Richtigstellung und des Beschlusses der Internationale in der Frage der Arbeiterregierung die alten Fehler.

15. VII. Im Leitartikel letzter Absatz heisst es: Die Betriebsräte wählen werden dem Proletariat die Möglichkeit geben, auf die Konstituierung des Betriebsrätekongresses, der eine Etappe zur Aufrichtung einer proletarischen Regierung in Österreich darstellt, hinzuwirken.

für Brüssel.

20/5?

Sulzberger vom 24. 5. 1919

und Lammert in der R. G.

- Leinwand 5%
- Wolle 20%
- Wollstoffe 35%
- Wollwaren 50%
- Wollstoffe 50%

Seine Entschliessung wird als Lösung
der R. G. seiner Stellung.

H. J. Propp, Leitung
Brüssel

26/7. Leipzig - Leitung

Leitung Leitung

Werte Genossen !

In der nächsten Zeit wird Euch der Partei Vorstand mittels Rundschreiben eine Zuschrift bekannt geben, die vom Präsidium der Exekutive eingelangt ist und dazu informieren wir Euch folgend:

1. Die erweiterte Exekutive hat entschieden, nachdem sie beide Seiten gehört hat. Die neuerliche Zuschrift ist ergangen nur auf Grund dessen, was die eine Seite nachträglich noch hinzu gearbeitet, sagen wir richtig hinzu gelogen hat. Richtig wäre gewesen, dass die Exekutive auch uns gehört und dann erst, nachdem sie wieder beide Seiten gehört hat, entschieden hätte. Das ist nicht geschehen.

2. Metallarbeitersache. In der Zuschrift der Exekutive heisst es, dass sie durch nachträgliche Prüfung das Verhalten des Genossen Ries in der Metallarbeitersache für richtig befunden hat. Wir sind der Ansicht nicht, dass Ries richtig gehandelt hat und werden dies nachfolgend auch beweisen. Aber das Entscheidende war und ist nicht das Verhalten des Genossen Ries, sondern die Frage, hat sich die Partei also die Parteileitung in dem Metallarbeiterkampf richtig verhalten? Auf diese Frage gibt es nur ein klares nein. Auch die Resolution der erweiterten Exekutive unterstreicht das, und dieses klare nein der erweiterten Exekutive wird durch die nachträgliche Zuschrift der Exekutive nicht aufgehoben. Nicht die Parteileitung sondern Ries wird rein gewaschen.

Damit Ihr in der Lage seid Euch selbst ein richtiges Urteil zu bilden, rekapitulieren wir die Sachen, die jeder von Euch überprüfen kann:

a) Ende März nahte damals, wie gewöhnlich an jedem Monatsende die Entscheidung über die Löhne der Metallarbeiter für den künftigen Monat. Am 20. März gab der reformistische Metallarbeiter Verband die Lösung aus: 15 % Lohnerhöhung.

b) Am 23. März gab die Parteileitung in einem eigenen Aufruf die Lösung aus: Die Löhne müssen um mindestens 15% erhöht werden". Siehe Rote Fahne vom 23. März.

c) Am 27. März tagte die Konferenz des revolutionären Blocks der Metallarbeiter. Hier wurde nach einem Referat der Genossen Ries und Tomann einstimmig beschlossen: "Die Konferenz der Vertrauensmänner

des revolutionären Blocks der Metallarbeiter betrachtet die vom
Metallarbeiterverbände entgegengesetzte 2,5% ige Lohnsenkung
als Mindestforderung, an der unbedingt festzuhalten ist und verpflichtend
alle revolutionären Metallarbeiter dafür einzutreten. (Siehe Rote Fahne
vom 28. März)

d) Am 28. März fand die Obmänner Konferenz der Metall-
arbeiter statt. Wiedenhofer schlug vor, mit einer 5,2% Lohnsenkung ab-
zuschließen. Ries schlug vor die 5,2 % für die restlichen % aber den
Kampf weiter zu führen. Diesen Vorschlag übernahm Wiedenhofer. (Von
einem Kampf war natürlich nicht die Rede, es blieb bei 5,2 %. Die Redens-
art wir werden den Kampf weiter führen, das ist die Phrase, womit die
Reformisten immer wieder die Arbeiter gefoppt haben.)

e) Bezeichnend ist nun der Bericht an die Rote Fahne
über die Obmänner Konferenz gebracht: Da wird einfach mitgeteilt, dass
die Obmänner Konferenz sich für 5,2 % entschieden habe; kein Wort darüber
wird gesagt, welche Stellung die Kommunisten eingenommen, kein Wort darüber
ob und welchen Antrag die Kommunisten gestellt haben kein Wort wird ge-
sagt welches Resultat die Abstimmung über diesen Antrag hatte. Wenn die
Parteileitung die Ueberzeugung gehabt hätte, dass Ries sich richtig ver-
halten, dann hätte sie doch über sein Verhalten auf der Obmännerkonferenz
berichtet. So aber schwieg sie dazu. Aber die wahre Meinung der Partei
erfahren wir aus der Roten Fahne vom 30. März.

f) Am 30. März nimmt die Parteileitung in der Roten
Fahne Stellung zur Obmänner Konferenz. Es heisst darin :Durch die Ge-
nehmigung des Abschlusses mit 5,2% wurde ein 2. mal ein gewerkschaftliches
Prinzip preis gegeben..... selbst der Index wurde preis gegeben"(Der
Index war damals nämlich plus 6%) Nun fragen wir von wem wurde zum 2. mal
ein gewerkschaftliches Prinzip preis gegeben, von wem wurde selbst der
Index preis gegeben? Von Wiedenhofer allein? Nein, sondern auch von Ries.
So viel über das Verhalten des Genossen Ries.

Aber ausschlaggebend ist das Verhalten der Partei. Es geht nicht, dass die
Partei in der Obmännerkonferenz für die 5,2 % und dann nachträglich in
der Öffentlichkeit(in der Roten Fahne) gegen die 5,2% ist. Sie hätte
den Mut haben müssen, den Genossen Ries zu desavouieren, dadurch dass
sie es nicht getan hat, hat sie sich in der Öffentlichkeit in den

zur Partei gemindert.

3. Textilarbeitersache.

Wir sehen genau dasselbe bei der Lohnbewegung der Textilarbeiter im März.

a) Mitte März wurde von der Textilarbeiter Union ein Lohnvertrag geschlossen mit 5,5% Erhöhung (Der Index war damals plus 6 %) also Lohnabschluss unter dem Index. In dem Lohnkomitee welches diesen Lohnvertrag abschloss waren kommunistische Vertrauensmänner darinnen, zum Beispiel Glas und die haben für diesen Lohnvertrag gestimmt.

b) Am 23. März veröffentlichte die Parteileitung in der Roten Fahne einen Aufruf worin es weiter heisst : "Die Arbeiterschaft hat zu trachten, dass nicht wie bereits bei den Textilarbeitern ein faules Kompromiss geschlossen wird."

Wir sehen also: In der Beratung des Lohnkomitees stimmten mindestens kommunistische Vertrauensmänner für das Kompromiss (mit Zustimmung der Partei!) und dann tritt die Partei in die Öffentlichkeit und schreit faules Kompromiss. Wo soll das Vertrauen der Arbeiter zur K.P. kommen?

4.) Wir machen Euch aufmerksam, dass die Parteileitung an dieser unglaublichen für die Partei schwer schädigenden Taktik festhält siehe Erhöhung der Mitgliedsbeiträge bei den Metallarbeitern: Auf der Obmännerkonferenz, die darüber zu entscheiden hatte wurde mit den Stimmen der Kommunisten die Erhöhung beschlossen. In kürzester Zeit darauf gab die Parteileitung ein Handschreiben heraus, worin die Kommunisten aufgefordert werden, sich überall gegen die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge in den Gewerkschaften zu wehren!

5) Arbeiterregierung: Die Resolution der erweiterten Exekutive hat das Verhalten der Parteileitung in der Propaganda der Lösung der Arbeiterregierung ausdrücklich missbilligt. Und zwar aus folgenden Gründen: a) Die Parteileitung propagierte diese Lösung n u r im Zusammenhang mit dem Betriebsrätekongress, während die Propaganda hätte erfolgen müssen auch im Zusammenhange mit anderen Lösungen zum Beispiel, Ausbau der Odnororganiation aller währfähigen ~~PROLET~~ Proletarier oder Bewaffnung des Proletariats u., s. w. b) der ist aber die Lösung; die Parteileitung konzentrierte die Hauptlösung ~~NIEMAL~~ die Hauptaufmerksamkeit nicht auf die Hauptlösung der Arbeiterregierung sondern auf die Zwischenlösung des Betriebsrätekongresses, dadurch wurde ein Doppeltes bewirkt: Erstens wurde die Meinung hervorgerufen ohne Betriebsrätekongress könnten wir überhaupt nicht zur Arbeiterregierung gelangen, was falsch ist. Vor allem aber wurde die Zugkraft der Hauptlösung dadurch abgeschwächt zu Gunsten einer Lösung, von der in der Tat die Masse der Arbeiterschaft sich nicht vorstellen kann, dass von ihr derzeit

jene grundstürzende Änderung ausgehen soll, die wir kommunistisch
stellen. Dass von der Arbeiterregierung grundlegende Änderungen ausgehen
den, das leuchtet dem Arbeiter ein, aber dass derzeit von einem Betriebsrat
kongress in Oesterreich nicht mehr zu helfen ist als in besten Fällen eine
Umdeutung der Sozialdemokratie das weiß jeder revolutionäre Arbeiter.

So wurde durch die Konzentrierung der U.S. Propaganda auf eine Hilfslosun
die Hauptziehung und damit die gangbarste Werbekraft der Parteipropaganda
geschnitten.